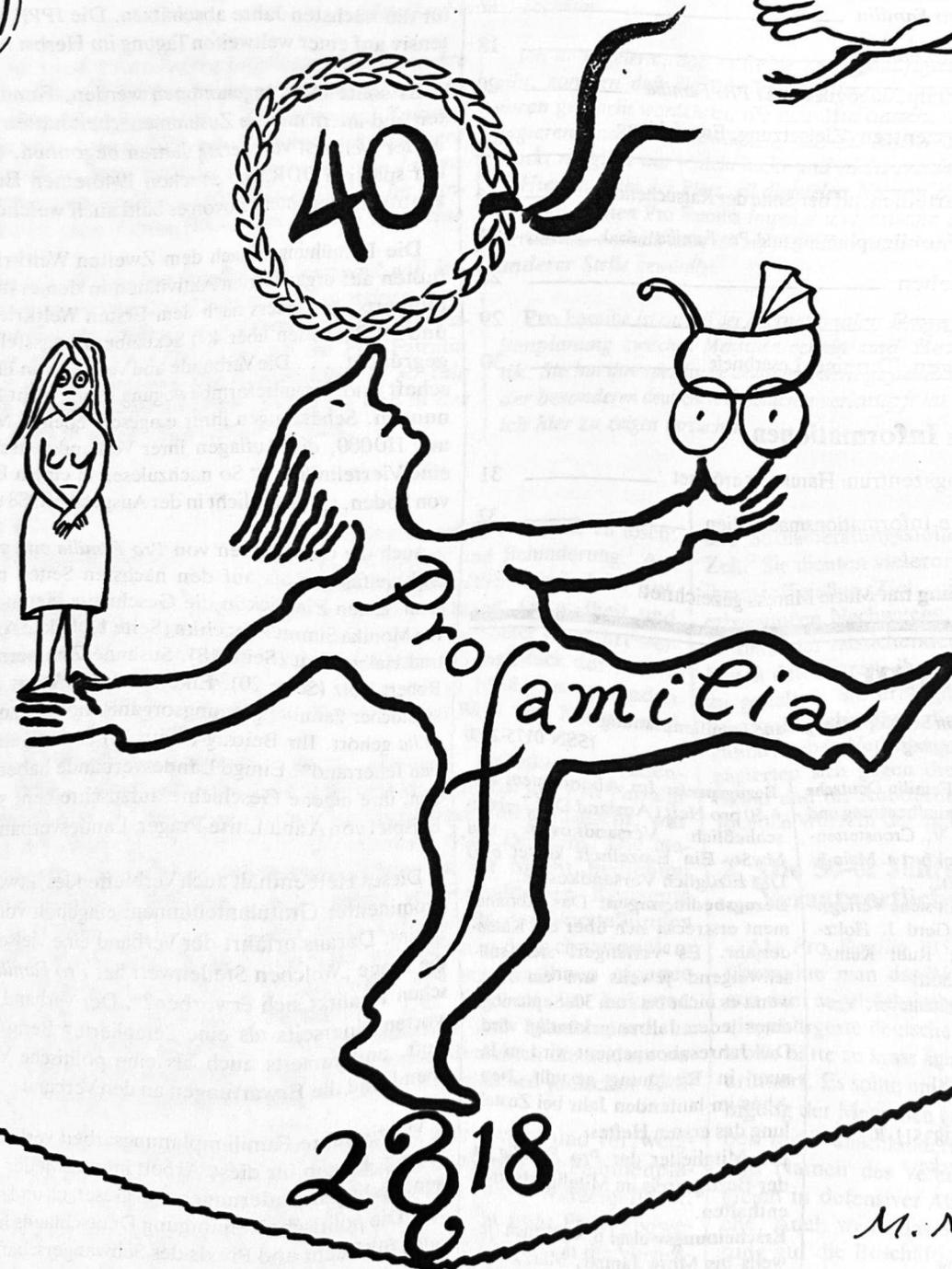
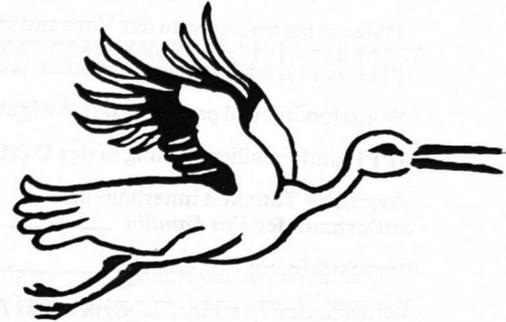


März/Apr. · DM 6,50

2/92

pro familia magazin



M. Mankes

40 Jahre Pro Familia

Inhalt

Geschichte und Zukunft einer Familienplanungsorganisation	1
Die wichtigsten Stationen der Verbandsentwicklung	9
Plädoyer für ein Programm sexueller Kultur	12
Sexualpolitik und psychosoziale Aufgaben	15
IPPF und Familienplanung in der DDR	16
Ärztliche Tätigkeit innerhalb und außerhalb der <i>Pro Familia</i>	17
Berufstätig bei <i>Pro Familia</i>	18
Anfänge der Sexualpädagogik in der <i>Pro Familia</i>	20
Familienplanungszentren: Zielsetzung, Entwicklung, Perspektiven	22
Liebevoll und parteilich auf der Seite der Ratsuchenden	24
Internationale Familienplanung und <i>Pro Familia</i>	25
Männer einbeziehen	28
Buchbesprechungen	29
Neuerscheinungen, Termine, Leserbriefe	30

Pro Familia Informationen

Familienplanungszentrum Hannover eröffnet	31
Neu erschienene Informationsmaterialien	32

Die Titelabbildung hat Marie Marcks gezeichnet.

Impressum

pro familia magazin Sexualpädagogik und Familienplanung
Heft 2/92, 20. Jahrgang ISSN 0175-2960

Herausgeber: Pro Familia Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e. V., Cronstettenstraße 30, 6000 Frankfurt a. Main 1, Telefon (069) 550901.

Redaktion (Anschrift siehe Verlag): Jürgen Heinrichs, Gerd J. Holtz-meyer (v.i.S.d.P.), Ruth Kuntz-Brunner, Inge Nordhoff.

Verlag: Gerd J. Holtz-meyer, Verlag, Weizenbleek 77, W-3300 Braunschweig, Telefon (0531) 320281 Fax (0531) 302219

Postgiro: Hannover 383811-307

Satz: Fotosatz Meinecke

3341 Groß Denke

Druck: RGG-Druck

3300 Braunschweig

Vertrieb: siehe Verlag

Anzeigen an den Verlag. Gültig ist die Anzeigenpreisliste 1992.

Stellenanzeigen an: Ring u. Simon, Alt Fechenheim 87, 6000 Frankfurt 61.

Bezugspreis: Im Abonnement DM 6,50 pro Heft (Ausland DM 7,-) einschließlich Versandkosten und MwSt. Ein Einzelheft kostet 6,50 DM zuzüglich Versandkosten.

Bezugsbedingungen: Das Abonnement erstreckt sich über ein Kalenderjahr. Es verlängert sich stillschweigend jeweils um ein Jahr, wenn es nicht bis zum 30. September eines jeden Jahres gekündigt wird. Das Jahresabonnement wird im Januar in Rechnung gestellt, Neu-Abos im laufenden Jahr bei Zustellung des ersten Heftes.

Für Mitglieder der *Pro Familia* ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Erscheinungsweise: 6 × jährlich (jeweils bis Mitte Januar, März, Mai, Juli, September und November).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Zu diesem Heft

Die Redaktion des *pro familia magazin* legt mit dieser Ausgabe zum Thema „Vierzig Jahre *Pro Familia*“ keine Vereinschronik vor. Der äußere Anlaß für dieses Heft zu dieser Zeit ist die schlichte Tatsache, daß *Pro Familia* vor 40 Jahren unter der Bezeichnung „Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie e. V.“ gegründet wurde. Dieser neue Verein wurde im selben Jahr in Bombay/Indien zu einem Gründungsmitglied des Internationalen Verbands für geplante Elternschaft (IPPF). Beide können also im Jahr 1992 auf vier Jahrzehnte Familienplanungsarbeit zurückblicken und ihre Perspektiven für die nächsten Jahre abschätzen. Die IPPF wird das besonders intensiv auf einer weltweiten Tagung im Herbst in Indien tun.

Es sollte nicht angenommen werden, Familienplanungsaktivitäten und internationale Zusammenarbeit hätten in Deutschland und in der Welt erst vor vierzig Jahren begonnen. (In Ostdeutschland, der späteren DDR, gab es schon 1946 einen Erlaß, Eheberatungszentren einzurichten, wovon es bald auch welche gab.)

Die Bemühungen nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland fußten auf organisierten Aktivitäten in den ersten Jahren des Jahrhunderts, besonders nach dem Ersten Weltkrieg: „Zwischen 1919 und 1932 wurden über 400 Sexualberatungsstellen in Deutschland gegründet. . . Die Verbände und Vereine von Frauen, der Arbeiterschaft und Sexualreformbewegung waren nicht bloß lokale Erscheinungen. Schätzungen ihrer eingeschriebenen Mitgliederzahl lagen um 110000, die Auflagen ihrer Verbandszeitschriften überstiegen eine Viertelmillion.“ So nachzulesen in einem Bericht von Kristine von Soden, veröffentlicht in der Ausgabe 6/1988 unserer Zeitschrift.

Auch die Geschichten von *Pro Familia* und von *Ehe und Familie* sind vielfältiger als auf den nächsten Seiten nachgelesen werden kann. Einen Einblick in die Geschichte bieten besonders die Texte von Monika Simmel-Joachim (Seite 1), Lykke Aresin (Seite 16), Gertrud Halberstadt (Seite 18), Susanne Zimmermann (Seite 19) und Robert Bolz (Seite 20). Elke Thoß reflektiert über die Lage nicht-staatlicher Familienplanungsorganisationen, zu denen auch *Pro Familia* gehört. Ihr Beitrag (Seite 12) ist ein gelungener „Blick über den Tellerrand“. Einige Landesverbände haben schon damit begonnen, ihre eigene Geschichte aufzuschreiben; sie folgen damit dem Beispiel von Anna Luise Prager, Landesverband Hessen.

Dieses Heft enthält auch Verblüffendes, etwa die Stellungnahmen prominenter Gratulanten/innen, eingeholt von Monika Simmel-Joachim. Daraus erfährt der Verband eine vielschichtige Antwort auf die Frage „Welchen Stellenwert hat *Pro Familia* in der bundesdeutschen Realität sich erworben?“. Der Verband wird in diesen Grußworten einerseits als eine „etablierte“ Beratungsinstitution eingestuft, andererseits auch als eine politische Vereinigung. Entsprechend sind die Erwartungen an den Verband.

Vierzig Jahre Familienplanungsarbeit verliefen nicht stromlinienförmig. Es gab für diese Arbeit immer wieder neue Randbedingungen, bis hin zu Änderungen von Gesetzen und sexualpolitischen Zielen. Die politische Vereinigung Deutschlands hat erhebliche Folgen, auch für Recht und Praxis des Schwangerschaftsabbruchs.

Dieses ist kein Jubelheft, sondern der Versuch einer Zwischenbilanz mit Zwischentönen und Diskussionsanreizen.

Jürgen Heinrichs

40 Jahre Pro Familia

Geschichte und Zukunft einer Familienplanungsorganisation

Monika Simmel-Joachim

Nachdem ich mich auf dieses Thema eingelassen hatte, merkte ich, daß es ein verrücktes Unterfangen war, zu den 40 Jahren Pro Familia – ein halbes Menschenleben! – Geschichte und Zukunft „meiner“ Pro Familia – einen Beitrag zu schreiben. Ich engagierte mich seit 1980 im Ortsverein Wiesbaden, gehöre seit zehn Jahren dem Bundesvorstand an und bin damit zugleich Mitglied im Landesvorstand Hessen. Aus diesem Blickwinkel schreibe ich meine Einschätzung.

Verwoben wie ich mit der Pro Familia bin, kann und will ich nicht alles distanziert abschätzen. Ich habe mir aus meinen Enttäuschungen und meinen Hoffnungen in diesem Beitrag einen Faden gesucht, der mich dorthin führte, wo ich die Pro Familia heute sehe: als eine freie, gemeinnützige Organisation für soziale Dienste, die sich zu jedem Zeitpunkt ihrer Geschichte und in der Zukunft fragen muß, in wessen Interesse sie arbeitet.

Ich habe gelernt, daß es keine zwangsläufigen Entwicklungen gibt, sondern daß die Pro Familia immer von den Menschen voran gebracht worden ist, die den Mut hatten, sich in ihr zu engagieren und zu verwirklichen, was zu einem bestimmten Zeitpunkt möglich war – nicht mehr und nicht weniger.

Hier ist nicht der Platz, all die vielen Namen der Menschen zu nennen, denen Pro Familia Impulse und mutige Entscheidungen verdankt, deshalb habe ich auf fast alle verzichtet. Sie werden an anderer Stelle gewürdigt.

Pro Familia ist ein Teil der internationalen Bewegung zur Familienplanung zwischen Menschenrechten und Bevölkerungspolitik. Sie hat ihre spezifische deutsche Form gefunden, die auch mit der besonderen deutschen Geschichte verknüpft ist. Auch dies will ich hier zu zeigen versuchen.

1. Wurzeln in der deutschen Vergangenheit

Immer, wenn etwas planbar und damit machbar wird, hängt es vom Interesse derer ab, die es verwenden. So ist es auch mit dem Wissen und der Anwendung von Methoden zur Verhütung ungewollter Folgen von heterosexuellen Kontakten – kurz Familienplanung genannt. Die Wurzeln kennzeichnen das bis heute bestehende Dilemma zwischen staatlichem Anspruch an Kontrolle und dem Bemühen der Individuen, sich dieser Kontrolle in ihrem privaten Lebensbereich zu entziehen und ihre Freiheitsspielräume zu erweitern.

Daß Frauen dieser Kontrolle der Fruchtbarkeit in erster Linie ausgesetzt sind, verschärft noch die Konflikte. Geburtenkontrolle kann sowohl ein Beitrag zur schärferen Unterdrückung von Frauen sein als auch eine Chance zur Befreiung aus patriarchalischer Herrschaft.

Die Bewegung zur Familienplanung hat tiefreichende Wurzeln in den Ideen zur Sozialeugenik, Rassenhygiene, Menschenökonomie und Bevölkerungspolitik, wie sie vor der Jahrhundertwende und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts verbreitet waren und allgemein als Sozialdarwinismus bezeichnet werden. Man glaubte, durch gezielte Vermehrung von „hochwertigem“ und Vermeidung von „minderwertigem“ Nach-

wuchs schwere soziale Probleme zu lösen: Armut, Krankheit und Behinderung.¹ Auf der Basis wissenschaftlich begründeter Entwürfe sollten Wohlstand, Gesundheit und damit auch Glück der Völker vermehrt werden. Die Rechte und das Glück der Individuen gingen auf im Ideal vom gesunden „Volkkörper“ zum Wohl von Nation und Staat.

Hans Harmsen, Bevölkerungswissenschaftler und Mitbegründer der *Pro Familia* sowie ihr langjähriger Ehrenpräsident, war ein Repräsentant dieses Denkens. Die Nationalsozialisten an der Macht bedienten sich solcher wissenschaftlichen Konzepte und ihrer Erfinder für ihre Vorstellungen von Volk und Nation in deutschnationalem Größenwahn und mit der ihnen eigenen Perfektion. Das Ergebnis ist bekannt: Zwangssterilisation und Massenmord an über 6 Millionen Menschen, die anders waren, vor allem an Menschen jüdischer Religion.

Die anderen, eher breiten und verzweigten Wurzeln der Bewegung zur Familienplanung ähneln mehr einem Wurzelgeflecht. Es reicht hinein in die erste Frauenbewegung mit ihren Bemühungen um die Verbesserung der Lage von Frauen und Kindern, und es belebt sich aus den Wünschen und Problemen des alltäglichen Sexuallebens von Frauen und Männern. Diese waren der Anlaß für die praktische Arbeit der Ehe-

und Sexualberatungsstellen der Weimarer Zeit.² Sie dienten vielerorts, ganz entgegen ihrem offiziellen Ziel, nicht so sehr dem erbgesunden Nachwuchs, sondern der Gesundheit der ratsuchenden Frauen. Sie verhalfen den Paaren, ihr individuelles Glück zu gestalten. Sie ermöglichten Schwangerschaftsabbrüche ohne die Risiken der Illegalität, gaben Verhütungsmittel weiter, engagierten sich gegen die sexuelle Doppel-moral und für Aufklärung. Hier liegen die ideellen Wurzeln der späteren *Pro Familia*.

2. Die 50-er Jahre: Verantwortliche Elternschaft

Als *Pro Familia* 1952 gegründet wurde, übernahm man das Wort *Familienplanung* aus dem angelsächsischen Sprachraum. Das eingebürgerte deutsche Wort Geburtenkontrolle hätte zu krass an staatliche Verfügung erinnert. Es sollte um die individuelle Befähigung der Menschen gehen, ihr Familienleben mit Wunschkindern zu planen. Begriff und Namen des Vereins signalisierten zugleich in defensiver Absicht die seriöse Sache. Auch wenn das Stichwort Sexualberatung auf die Beschäftigung mit der Sexualität hinwies, sollte doch der strenge ärztliche Zugang jeden Gedanken an vielleicht Schlüpfriges ausschließen. Keiner sollte denken, es ginge nur um sexuelle Liberalisierungen.

Mit Planung und Vernunft wurde das Sexuelle eingezäunt, um überhaupt darüber sprechen zu können. Zugleich entstand damit erst ein Freiraum, die Nöte des Sexuallebens zu sehen und Wege für kleine Befreiungsschritte zu suchen.

2.1 Familie – Familienleben

Die Pro Familia fand sich bei dieser Haltung im Einklang mit den liberaleren Geistern ihrer Zeit. In den 50-er Jahren war man getragen vom Glauben an die Normalfamilie, das private Glück, das erwünschte Kind von pflichtbewußten Eltern.

Der hintergründige Sarkasmus, mit dem Bert Brecht über die Doppeldeutigkeit des Wortes „Familienbande“ nachdachte, lag den idealistisch gesonnenen Ärzten und Ärztinnen der recht kleinen Pro Familia fern.

Das Familienleben in Deutschland stand im Zeichen des Aufbaus aus einem Trümmerhaufen. Das politische Klima der Familienpolitik war düster bis tiefschwarz. Würmeling war der bezeichnende Name des prägenden Familienpolitikers. Die Familie galt – wie im 1000-jährigen Reich – als die Keimzelle der Gesellschaft. Kontrollierter Geburtenzuwachs war erwünscht, wer sollte dabei bevölkerungspolitische Absichten mutmaßen? Der unerwünschte Kinderreichtum, von dem schon immer bekannt war, daß er mehr Fluch als Segen ist, sollte auf ein verantwortbares und verträgliches Maß reduziert werden und zwar mit Methoden, die den Abbruch ausschlossen. Die „Abbruchseuche“ mit der Folge von Todes-



Zum 40jährigen Bestehen sende ich Pro Familia meine Glückwünsche. Ihre Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, im Bereich der Sexualberatung und Familienplanung aufklärend und helfend zu wirken. Damit hat sie eine Vorreiterrolle eingenommen und sich große Verdienste erworben.

Die jüngste Diskussion um den §218 hat deutlich gezeigt, wie notwendig Sexualberatung im umfassenden Sinne ist. Wir müssen erreichen, daß schon Kinder und Jugendliche lernen, wie sie mit Sexualität verantwortlich umgehen, wie empfängnisregelnde Mittel und Methoden gehandhabt werden und wie das Leben des ungeborenen Kindes geschützt werden kann.

Wenn es bei der Schwangerschaft zu Konflikten kommt, ist die Beratung eine ganz entscheidende Hilfe. Eine solche Konfliktberatung sollte den Schutz des ungeborenen Lebens stärken und den Frauen Mut machen und Wege aufzeigen, ein Leben mit dem Kind zu wagen. Sie sollte im übrigen auch den Vater des Kindes einbeziehen und dessen Verantwortung stärken. In diesem Sinne wahrgenommen, ist Beratung keine Bevormundung, sondern kann den Frauen Freiräume der Entscheidung eröffnen.

Sexualberatung im weiteren Sinne muß aber schon weit im Vorfeld ansetzen, damit Konflikte möglichst erst gar nicht entstehen. Schon in der Kindheit sollten junge Menschen die Gelegenheit bekommen, Vorurteile zwischen den Geschlechtern auszuräumen und Rollenklischees abzubauen. Damit könnte zum einen erreicht werden, daß vernünftiger und verantwortlicher verhütet und die Verantwortung im Zusammenhang mit Sexualität und Elternschaft gestärkt wird. Zum anderen ist zu hoffen, daß auch Gewaltanwendung zwischen Partnern in Verbindung mit Sexualität vermindert werden kann.

Mit guten Wünschen für die Zukunft

Dr. Angela Merkel
Bundesministerin für Frauen und Jugend

fällen und gesundheitlichen Schäden war eine allen Ärzten nur zu gut bekannte Krankheit und zugleich das humanitäre Motiv der Gründergeneration.

Sexualtabu – frisch aufgewärmt aus alter Tradition – schnürten die Körper der jungen Frauen ebenso ein wie die Metallgürtel ihre Taillen über dem Petticoat. Für Repression

sorgten die begrenzten Möglichkeiten der Verhütung ganz von selbst. Knaus-Ogino, Kondome und Coitus interruptus waren bekannt. Kondome durften nicht öffentlich feilgeboten werden. Wer sich Hilfen beschaffte und wer dabei behilflich war, mußte streng die Aura der Anständigkeit wahren, das galt selbst für Ärzte. „Vorbeugen ist allemal besser als abbrechen“, hieß die vernünftige Einsicht, nur wie? Der Abbruch war nur bei Gefahr für das Leben der Frau erlaubt, ansonsten bei Strafe verboten. Dazu wußte der Volksmund: „Ein Kind auf dem Kissen ist besser als eins auf dem Gewissen“.

Dennoch war und blieb der illegale Abbruch eine weit verbreitete Methode, die Kinderzahl zu begrenzen. Man schätzte eine Million Abbrüche im Jahr.

3. Die 60-er Jahre: Aufbruch mit der Pille

In den 60-er Jahren gab es tiefe Risse in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Halbstarke, später Gammler erschütterten die Biederkeit. Oswald Kolle klärte die ganze Nation auf. Man propagierte den gesunden Sex. Schulmänner fühlten sich bedroht von der Idee des Pädagogikprofessors Hans Jochen Gamm, der zur sexuellen Befreiung der Schüler ein Liebeszimmer in der Schule vorschlug.

Autoritäten wankten unter den Stürmen der Studentenbewegung. Der Zusammen-

Der Einigungsvertrag verpflichtet den Gesetzgeber, ungeborenes Leben gerade auch in Konfliktlagen besser zu schützen als dies bisher der Fall ist. Dazu gehört auch das Bemühen, der Entstehung solcher Konfliktsituationen vorzubeugen.

Qualifizierte Beratung über Fragen der Sexualität und der Familienplanung kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Es entspricht dem Grundverständnis einer offenen und pluralen Gesellschaft, daß diese Aufgabe nicht unmittelbar vom Staat, sondern von unabhängigen gesellschaftlichen Institutionen wahrgenommen wird.

Seit nunmehr vierzig Jahren ist Pro Familia auf diesem Feld tätig. Ein inzwischen flächendeckendes Netz von Beratungsstellen ist Zeugnis ihres gesellschaftspolitischen Engagements.

Das Bundesministerium für Familie und Senioren fördert diese Arbeit von Pro Familia, soweit es sich um bundeszentrale Aufgaben – wie etwa die Fortbildung von Mitarbeitern – handelt, seit vielen Jahren mit beträchtlichen Mitteln.

Es ist wichtig, daß junge Menschen und junge Paare rechtzeitig lernen mit ihrer Sexualität und mit den Möglichkeiten der Familienplanung verantwortungsbewußt umzugehen. Das erfordert Information und Aufklärung, aber immer wieder auch persönlichen Rat.

In diesem Sinne danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute.

Hannelore Rönsch
Bundesministerin für Familie und Senioren



hang von Sexualität und Herrschaft wurde entlarvt und die Sexualität des Kindes mit Sigmund Freud wiederentdeckt.

Was gerade als sexuelle Revolution gefeiert werden sollte, wurde sofort von kritischen Geistern als Scheinbefriedigung und repressive Entsublimierung entlarvt.³ Marx, Reich und Marcuse waren die neuen Propheten. Doch all diese intellektuellen Auseinandersetzungen über Warenästhetik, Triebmodellierung, Sexualität und Herrschaft bewirkten letztlich weniger als die Verbreitung der Pille ab Mitte der 60-er Jahre. Zum ersten Mal war auch für Frauen denkbar, daß Sexualität nicht umgehend mit unerwünschter Fruchtbarkeit bestraft würde.

Für die Pro Familia war klar, daß sie diesen Fortschritt in der Verhütung propagieren würde, aber es stellten sich wichtige Fragen: Kann man unverheirateten Paaren oder jungen Mädchen ohne Zustimmung der Eltern die Pille geben? Nie sollten Zweifel an der grundsätzlichen Bejahung des Willens zum Kinde aufkommen. Niemand wollte die Familie untergraben, dem Leichtsinns Tür und Tor öffnen. Nichts Geringeres als die Sexualmoral, ja überhaupt die Ordnung der Geschlechter stand auf dem Spiel, wenn Sexualität und Fruchtbarkeit so wirksam entkoppelt werden konnten.

3.1 Frauenpillenzeit

Dennoch, was die Kritiker von Sexualeklärung und freier Verhütung immer behauptet hatten und was umso vehementer abgestritten werden mußte, trat ein, als es die Pille gab: Sie war ein ganz wesentliches Vehikel für die Veränderung des Verhältnisses der Geschlechter und ein weiterer Schritt zur Emanzipation der Frau. Zusammen mit den gesellschaftlichen Veränderungen wie dem steigenden Bildungsstand der Mädchen, dem veränderten Erwerbsverhalten der verheirateten Frauen und dem Ausbau des Sozialstaats wie der Nachkriegsdemokratie bewirkte sie ein neues Frauenbewußtsein mit der Folge einer neuen Frauenbewegung.

Es zeigte sich schnell, daß der Wille zum Kind erheblich geringer war, als man jemals geglaubt hatte. Es gab nicht wenige, die überhaupt keine Kinder wollten und dann auch wirklich keine bekamen. Der Pillenknick bewegte die öffentlichen Gemüter und besonders die Schul-, Arbeitsmarkt- und Rentenplaner.⁴

Ende der 60-er Jahre zeigte sich, daß die Pro Familia sich nicht an bevölkerungspolitischen Absichten orientierte und sich auch nicht dazu instrumentalisierte ließ. Ihr ging es nicht um Verantwortung für den Staat, die Familie als Institution oder sonstige ab-

Gesundheit ist eines der höchsten Lebensgüter. Sie zu erhalten, zu fördern und im Krankheitsfall wiederherzustellen, ist Aufgabe unserer Gesundheitspolitik. Hierfür steht ein Versorgungssystem zur Verfügung, das sich durch einen hohen und international anerkannten medizinischen Qualitätsstandard auszeichnet.

Ein System, das sich nur an medizinischen Kriterien orientiert, wird den vielfältigen Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen, nicht gerecht. Für Vorsorge, Rehabilitation und Krankenbehandlung gilt daher gleichermaßen, daß neben den körperlich maßgeblichen Faktoren und den medizinischen Sachverhalten auch Zusammenhänge mit der Lebensweise, dem sozialen und technischen Umfeld und hierbei insbesondere Gestaltung von Arbeit und Freizeit berücksichtigt werden müssen. Durch Forschung und langjährige Erfahrungen haben sich in diesem Bereich gerade in den letzten Jahrzehnten viele neue Erkenntnisse ergeben. Diese müssen so eingesetzt werden, daß sie unsere Bürgerinnen und Bürger zu einer gesundheitsbewußten Lebensweise motivieren.

Seit nunmehr 40 Jahren leistet Pro Familia hierzu mit großem Engagement einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag. Neben der Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der soziologischen, psychologischen und sozialmedizinischen Forschung und ihren Auswirkungen auf den Bereich Gesundheit verbindet sich mit der Arbeit von Pro Familia besonders medizinische, psychologische und soziale Beratung in Fragen der Sexualität und Schwangerschaft. Mehr als in anderen Beratungsbereichen spielen hier ethische und moralische Positionen eine große Rolle. Das Herangehen an sog. Tabu-Themen hat Pro Familia häufig Konflikte eingebracht. Ohne Zweifel haben diese Auseinandersetzungen aber auch das Verständnis unserer Gesellschaft für Probleme erweitert und Hemmnisse, über bestimmte Themen mit kompetenten Beratern zu sprechen, abgebaut.

Welche Bedeutung die Tätigkeit von Pro Familia hat, zeigt sich besonders am Beispiel der Immunschwächekrankheit AIDS: Offene Worte sind nötig, um über Aufklärung präventive Wirkung zu erzielen und so eine Ausweitung von AIDS zu verhindern.

Mit Ihrer Arbeit helfen Sie nicht nur denjenigen, die mit ihren Problemen und Sorgen zu Ihnen kommen, sondern Sie tragen wesentlich zur Umsetzung der Ziele unserer Gesundheitspolitik bei. Hierfür möchte ich Ihnen danken. Auch in Zukunft sehe ich in Pro Familia einen wichtigen Partner für meine Arbeit.

Gerda Hasselfeldt
Bundesministerin für Gesundheit



strakte Prinzipien. Individualität und Verantwortung waren die Ziele in der Partnerschaft wie bei der Erziehung der Kinder. Als die Menschenrechtsdeklaration von 1968 Familienplanung zum Menschenrecht erklärte, war diese Überzeugung in der Pro Familia schon längst vorhanden.

4. Die 70-er Jahre: Modellprojekte

Anfang der 70-er Jahre hatten auch solche Menschen Zugang zur Pro Familia gefunden, die von der großen Sexualpädagogik-Debatte in den 60-ern beeinflusst waren. Seit 1970 hat sich die Pro Familia systematisch um eine Sexualpädagogik in emanzipatorischer Absicht bemüht, konnte aber erst Mitte der 70-er Jahre staatliche Unterstützung wenigstens für einige Modellprojekte erhalten. Die im „Münchener Modell“ dokumentierten praktischen Erfahrungen sind in einem Handbuch für Sexualerziehung dokumentiert, das inzwischen zum Klassiker der Sexualerziehung geworden ist.⁵

Die MitarbeiterInnen des Münchner Mo-

dellprojektes bezogen den Präventionsbegriff ganz allgemein auf die Vermeidung von Problemen im Umgang mit der Sexualität. Sie wollten nicht „Feuerwehr“ sondern „Feuerwerker“ sein, die zum verantwortlichen Umgang mit dem Feuer anleiten. Damit war ein entscheidender Schritt vom engen, allein auf Verhütung bezogenen Verständnis der Prävention getan. Auch wenn sich noch lange in der Argumentation vor allem gegenüber den Geldgebern dieses enge Verständnis gehalten hat, so ist doch seither die Sexualpädagogik für den Verband ein eigenständiges Aufgabenfeld, das sich aus sich selbst heraus begründet.

Doch wie es oft das Schicksal von Modellprojekten zu sein pflegt, es ist bis heute nicht gelungen, der Sexualpädagogik den finanziell abgesicherten Rahmen zu geben, der erforderlich wäre, um sie ihrer Bedeutung gemäß auszubauen. Dennoch ist es gelungen, die Sexualpädagogik auszubauen, von der bis heute alle reden, aber die niemand wirklich bezahlen will.

Das hing mit einem anderen Modellprojekt zusammen, das die Pro Familia der 70-

er Jahre durchführte, und das für ihr weiteres Schicksal folgenreicher sein sollte, als es anfangs überhaupt denkbar schien: die Beratung nach §218b StGB. Sie stellte in den folgenden Jahren bis heute die Finanzierung der *Pro Familia* auf eine gesetzliche Grundlage, so daß Beratungsstellen gegründet, bestehende erweitert und ein großer Stab von neuen MitarbeiterInnen eingestellt werden konnte. Mit ihnen kam eine überwiegend pädagogisch-psychologische Berufsauffassung in den ehemals stark ärztlich bestimmten Verband. Gerangel um Zuständigkeiten und den Leitungsstil hat die Mitarbeiterschaft heftig geschüttelt und letztlich die Orientierung in den Arbeitsgebieten nachhaltig beeinflusst.

Rückblickend muß man festhalten, daß die Reform des §218 – so unglücklich man auch über die Indikationenregelung war – die *Pro Familia* erst zu dem gemacht hat, was sie heute von der Größe und dem Ansehen her ist. An der Änderung des §218 hatte sich der Verband in der Bundestags-Anhörung beteiligt, aber er ist öffentlich nicht besonders hervorgetreten. Es war sicher nicht nur eine Stilfrage, mit welchen Aktionen und Argumenten man sich als Fachverband in die von der radikalen Frauenbewegung geführten Debatte einmischen sollte. Der im „Stern“ 1971 erschienene Appell „Ich habe abgetrieben“ forderte die ersatzlose Streichung des §218.⁶ Frauengruppen stürmten Kirchen und skandierten:

„Mein Bauch gehört mir, ich pfeif aufs Pfaffengeschmier“. Aus den Frauenzentren heraus wurden Fahrten zum Abbruch in Holland organisiert. Dieser bewußte Schritt in die Illegalität war als politische Aktion und Widerstand gedacht.

Die *Pro Familia* war moderater, sie hatte sich auf die Fristenregelung verständigt und stand damit im Einklang mit der Mehrheit der öffentlichen Meinung. Solch ein Schritt in die Illegalität war nach 1975 nicht mehr nötig, aber es gab zu wenige und vor allem unzureichende Möglichkeiten zum Abbruch. Das führte zur Gründung des ersten Familienplanungs-Zentrums (FPZ) in Bremen,⁷ einem im Verband noch lange umstrittenen Schritt.



Zu diesem vierzigjährigen Jubiläum kann man nur gratulieren! – Und der Ärztinnenbund tut das ganz besonders herzlich und wünscht eine erfolgreiche Zukunft.

Über viele Mitglieder unseres Verbandes, die als Ärztinnen in der Pro Familia in Beratungsstellen und auch in Leitungsfunktionen tätig sind, fühlen wir uns dieser Gesellschaft und ihren Anliegen in besonderem Maße verbunden.

Die Gründungsväter und -mütter der *Pro Familia* haben 1952 wirklich die Zeichen der Zeit erkannt und mit der Aufgabenstellung die Weichen für eine erfolgreiche Arbeit weit in die Zukunft gestellt. Familienplanungsberatung, Ehe- und Partnerschaftsberatung, Sexualpädagogik und -beratung sind wesentliche Aufgaben der Beratungsgesellschaft *Pro Familia* ebenso wie die Schwangerschaftskonfliktberatung nach §218, die zwar immer an erster Stelle genannt wird, aber nur ein Drittel der *Pro Familia*-Tätigkeit ausmacht. Trotzdem ist die §218-Beratung der öffentlich wirksamste Tätigkeitsbereich, der leider auch zu den meisten ungerechtfertigten Angriffen gegen die *Pro Familia* führt. All diese Bereiche nehmen auch nach 40 Jahren noch lange nicht den notwendigen Stellenwert in unserer Gesellschaft ein – den sie im Grunde genommen dringend einnehmen müßten.

Vielleicht haben sich die Gründungsmitglieder vor vierzig Jahren einmal vorgestellt, daß in vier Jahrzehnten alle die skizzierten Aufgaben so weit in die üblichen Bereiche einer Gesellschaft integriert sind, daß sich für diese Fragen eine Extraeinrichtung erübrigt. Ich meine damit, daß die Sexualpädagogik in Familie und Schulen stattfinden sollte, daß die Familienplanungsberatung ebenso wie die Schwangerschaftskonfliktberatung sowohl durch alle ärztlichen Fachgebiete wahrgenommen werden sollte, ebenso wie durch die vielen Vertreter und Vertreterinnen der beratenden Berufe, die einzeln und in vielen vorhandenen staatlichen und gemeindenahen Einrichtungen tätig sind – usw.

Aber die Dinge sind nun einmal nicht so. Die *Pro Familia* hat deshalb mit Recht ein immer dichteres Netz von Beratungsstellen entwickelt – oft in Zusammenarbeit mit vorhandenen Einrichtungen wie z. B. Mütterschulen, und trotzdem ist der Bedarf noch lange nicht gedeckt.

Die große Welle der scheinbaren Enttabuisierung der Sexualität, die verbesserten Möglichkeiten der Empfängnisverhütung durch neue medizinische Erkenntnisse, ebenso wie die Fort-

schritte in der Behandlung von Unfruchtbarkeit und Kinderwunsch, und auch die Reformierung des §218 (Schwangerschaftsabbruch) haben die Probleme und Konflikte nicht gemindert, sondern nur bewußter gemacht. Der Kreis der Menschen, die Beratung suchen, ist eher größer geworden. Die Menschen sind auch offener geworden, Beratung zu fordern und auch in Anspruch zu nehmen. Mehr Freiheit, mehr Autonomie, z. B. im Rahmen der neuen „sexuellen Freiheit“ und auch in der „Fortpflanzung“, bedeutet eben doch auch mehr Verantwortung und somit häufig für den einzelnen Menschen auch mehr Probleme.

Wir Ärztinnen im Ärztinnenbund sehen die Notwendigkeit, Beratung für Menschen in allen Altersgruppen anzubieten – auch als eine Hauptaufgabe von Ärzten und Ärztinnen, und für die Zukunft wünschen wir uns eine zunehmend wieder engere Zusammenarbeit gerade auch mit der Beratungsgesellschaft *Pro Familia*, weil in vielen Bereichen eine multidisziplinäre Zusammenarbeit zwingend notwendig ist.

Gerade die Entwicklung nach der Reform des §218 im Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung und der Schwangerschaftsabbruchproblematik zeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen der Ärzteschaft und den anderen beratenden und sozial engagierten Berufen ist. Somit sollten wir uns auch immer mehr in Zusammenarbeit üben, uns gegenseitig Erfahrungen und Wissen aus unseren Fachbereichen vermitteln, um optimale Beratungsqualitäten anbieten zu können anstatt Abgrenzungskämpfe und fachbezogene berufspolitische Auseinandersetzungen zu fördern.

Die Arbeit der *Pro Familia* hat in vielen Bereichen ja auch einen spezifisch emanzipatorischen Charakter – nicht nur für Frauen. Und somit bedeutet Arbeit in den genannten Bereichen auch gesellschaftspolitische Arbeit, indem die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen Menschen für sich, seine Partner und seine Familie wächst und ihn damit auch mehr befähigt, aktives Mitglied der Gesellschaft zu sein und mitgestaltend tätig zu sein. Dies ist auch Aufgabe und Effekt der Tätigkeit eines frauenspezifischen Berufsverbandes, so daß auch hier Verbindungen zu finden sind zwischen dem Ärztinnenbund und einer Gesellschaft, wie der *Pro Familia* – Verbindungen, die natürlich auch zu anderen Gruppenverbänden und Institutionen bestehen.

Wir wünschen der *Pro Familia* eine kreative Zukunft, und wir wünschen uns, daß die Zusammenarbeit mit der *Pro Familia* über die Mitarbeit von Kolleginnen sich weiter positiv entwickelt und zu einem regen Austausch von Gedanken und Aktivitäten führt.

Dr. Ingeborg Retzlaff
Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes

Nicht so sehr die praktische Beteiligung am Abbruch führte zu Auseinandersetzungen, sondern vor allem die Radikalität, mit der die Bremer *Pro Familia* innerverbandliche Kritik formulierte. Es ging um nichts Schwierigeres als eine verbandliche Position zum Schwangerschaftsabbruch. Sollte man sich dazu defensiv oder offensiv verhalten?

Pro Familia hatte sich bereit erklärt, Modelleinrichtungen im Rahmen des Fristenmodells des § 218 für die darin vorgesehene freiwillige Schwangerschaftskonflikt-Beratung zu übernehmen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hatte aber 1975 die obligatorische Beratung gebracht, die nicht dem Konzept des Verbandes entsprach. Die Bremer „Fraktion“ nannte Zwangsberatung, was von anderen weiterhin als „Schwako-Beratung“ verstanden wurde.

Dieser Streit um Aufgabe und Charakter der Beratung nach § 218b hat den Verband bis zum Ende der 80-er Jahre nicht losgelassen, doch dann wurde er von außen aufgezungen, weil sich zunehmend Protest am § 218 äußerte. Von konservativer Seite wurde eine Verschärfung und aus Teilen der Frauenbewegung und schließlich auch von der *Pro Familia* erneut die Streichung aus dem Strafgesetzbuch gefordert.

5. Die 80-er Jahre: § 218 und „geistig-moralische Wende“

Je mehr sich die *Pro Familia* mit ihrem breit gespannten Netz von 120 Beratungsstellen und fünf FPZs etablierte, umso weniger konnte sie sich auf dem Erreichten ausruhen. Seit 1982 war sie ununterbrochen Angriffsziel konservativer Gruppen, die an ihr stellvertretend das wachsende weibliche Selbstbewußtsein bekämpften. Wie vor zehn Jahren die Sexualreformer, so waren jetzt die bewegten Frauen in der *Pro Familia* aktiv geworden.

Ansatzpunkt der Kritik an der *Pro Familia* war ihr selbstbewußt und öffentlich geäußertes Verständnis von Beratung. Im „geistig moralisch“ gewendeten politischen Klima der BRD glaubte man trotz sinkender Abbruchzahlen der *Pro Familia* die Schuld für den Abbruch zuschieben zu können. Bei steigenden Arbeitslosenzahlen und überproportionaler Frauenerwerbslosigkeit machte es sich scheinbar gut, von neuer Mütterlichkeit, dem Willen zum Kind und der Verantwortung für das ungeborene Leben zu schwärmen. Wachsende Lebens- und Zukunftsangst angesichts Rüstung mit „Overkill“-Potenzen und sterbender Wälder suchte man mit der Floskel vom „Schutz des ungeborenen Lebens“ einzugrenzen. Dagegen ließ sich doch etwas tun! Außer-



Zum Geburtstag ein paar Erinnerungen und ein paar Wünsche für die Zukunft. Erinnerungen: als ich die Pro Familia vor rund 35 Jahren kennenlernte (und Mitarbeiter für meine Serien interviewte), waren da einige Idealisten tätig in drei Beratungsstellen: Von einer sexualfeindlichen Gesellschaft mißtrauisch beübt, mußten diese Leute um ihr Geld kämpfen und sich gegen den Ruf wehren, sie leisteten durch ihr Eintreten für Empfängnisverhütung „der Unzucht Vorschub“. Es war die Zeit, als eine große Gruppe führender deutscher Gynäkologen in einer Denkschrift an die Bundesregierung vor der Zulassung der „Pille“ warnte, weil die Pille zwangsläufig die deutschen Frauen zu Huren machen würde. Es war eine total schizophrene Gesellschaft, die gleichzeitig über die hohe Zahl der Abtreibungen laminierte und die Aufklärung über Empfängnisverhütung blockierte, den Sterilisations-Arzt Dr. Doohrn vor Gericht stellte und Versandhäuser verpflichtete, Kondome „nur an Ehepaare“ abzugeben. Nach Einführung der „Pille“ wurden die Adressen von Frauenärzten, die auch jungen unverheirateten Frauen die Pille verschrieben, unter der Hand weitergereicht wie Dissidenten-Papiere in der DDR.

Soviel nur zur Atmosphäre dieser Jahre. Gegen all diese Widerstände hat sich Pro Familia durchgebissen – und darauf dürfen die Mitarbeiter und Förderer stolz sein. Aber ich wünschte mir auch, daß sie heute gegenüber ständig neuen Anfeindungen noch mehr Selbstbewußtsein zeigen. Soviel hat sich nämlich nicht geändert: Noch immer sind die Gegner der sicheren Empfängnisverhütung auch die Gegenspieler der Pro Familia, sie verdächtigen, unterminieren, drehen den Geldhahn zu, wollen die Frauen wieder in der Abtreibungsfrage entmündigen. Ich lese und höre von diesen Dingen und werde genauso zornig wie damals.

Soviel nur zur Atmosphäre dieser Jahre.

Wir haben in den Niederlanden bei einer liberalen Abtreibungspraxis die niedrigsten Abtreibungsquoten aller Industrie-Staaten der Welt – und das ist kein Zufall. Hier haben sich allerdings auch nie – wie in der Bundesrepublik – die Befürworter einer liberalen Gesetzgebung in die Ecke der „Abtreibungsfreunde“ stellen lassen. Niemand ist für Abtreibung, das sollte die 40jährige Pro Familia viel deutlicher sagen und viel mehr so argumentieren: Wir sind die wirklichen Abtreibungsgegner, denn wir tun etwas für die Empfängnisverhütung, für Aufklärung, für eine verantwortliche sexuelle Freiheit, wir sorgen dafür, daß die Frauen, die einmal abtreiben mußten, in Zukunft sicheren Empfängnischutz betreiben. Wer gegen diese Praxis einer freiwilligen Beratung ist, der fördert die Abtreibung, der macht die Frauen krank, weil er ihnen Schuldgefühle einimpft und sie wieder zu Kurpfuschern treibt.

Ich wünschte mir also, daß sich die Mitarbeiter der Pro Familia gegen alle absurden Angriffe auf die Hinterbeine stellen. Ich wünsche der Pro Familia auch mehr Beratungsstellen, damit die Schwelle niedriger wird, damit sie auch mehr Sexualberatung machen kann und sich nicht zu sehr auf Abtreibungs-Beratung konzentrieren muß. Und ich wünsche schließlich dieser Organisation ein langes Leben. Denn wo sollte ich die vielen Leser und Hörer sonst hinschicken, die mich fragen, wie sie ihre sexuellen Probleme lösen können . . .

Oswald Kollé

dem verdeckte diese Floskel wie ein klassisches Sexualtabu den immer offenkundiger werdenden Zusammenhang von Sexualität und ungewollter Schwangerschaft und der anhaltenden Benachteiligung der Frauen.

Diese große „Wende“ stellte sich nach kürzester Zeit als schlichtes familienpolitisches Sparprogramm heraus. Selbst auf die Ebene des klassischen Almosens wie in der öminösen Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ war man herabgesunken. Sozialpolitische Leistungen ohne Rechtsanspruch – das war wirklich die Wende! Man war groß im Predigen, aber kleinlich im Zahlen. Dem Wohlfahrtsstaat BRD, „einem der reichsten Länder der Erde, in der keine Frau aus sozialen Grün-

den die Schwangerschaft abbrechen muß“, war der Schutz des ungeborenen Lebens gerade mal 50 Millionen wert!

Ein Wahlkampfschlager ist das nicht geworden. Nach der Reduzierung des Mutterchaftsgeldes für erwerbstätige Frauen wurden Erziehungsgeld und Elternurlaub eingeführt, das konnte schon eher Eindruck machen. Auch wenn der arbeitsmarktpolitische Effekt dieser Maßnahmen deutlich war (runter mit den Zahlen der arbeitssuchenden Frauen!) hat doch der politische Legitimationsdruck die Parteien dazu gezwungen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen punktuell zu verbessern. Wirksam in Richtung des propagierten Ziels, „ungeborenes Leben“ zu retten und



Die Pro Familia wird 40? Und darüber soll ich mich wundern? Nein, für mich ist die Pro Familia so „altherwürdig“ und im tagtäglichen Kampf um Selbstbestimmung erprobt wie Frauenbewegung, Sexualreformbewegung oder Sexualwissenschaft, die ihren 100. Geburtstag schon hinter sich haben. Für mich steht die Pro Familia in dieser Tradition der Aufklärung, der Selbsthilfe und des Ringens um Menschenrechte.

Ich bin mit ihr aufgewachsen und war immer froh, daß es sie gab. Unzähligen Menschen, die Rat, Schutz und Hilfe benötigten, hat sie auf eine ebenso selbstverständliche wie unaufdringliche Weise geholfen. Dabei ist es ihr sogar gelungen, das Band zwischen der reproduktiven und der sexuellen Sphäre zu lockern, ohne es zu zerschneiden. Gelingen konnte ihr das nur, weil sie immer wieder – eine weitere enorme Anstrengung in dieser Kultur – jene Konfessions-, Ideologie- und Staatsferne zustande brachte, ohne die kritische Arbeit nicht möglich ist.

Natürlich habe ich mich im Verlauf der Jahrzehnte immer wieder einmal geärgert über einen allzu rückwärtsgewandten Landesverband, einen allzu ständischen Medizinprofessor an der Spitze oder eine allzu theorieferne Mitarbeiterin an der Basis. Die große Linie aber stimmte.

Ich gratuliere also voller Respekt und Dankbarkeit und fürchte, die Pro Familia muß mit unserer aller Unterstützung uralt werden, weil nun einmal keine allgemeinen Verhältnisse zu sehen sind, in denen das geschlechtliche und sexuelle Elend endete.

Professor Dr. med. Volkmar Sigusch
Leiter der Abteilung für Sexualwissenschaft
des Klinikums der Universität Frankfurt am Main

die Abbruchzahlen zu senken, sind diese Maßnahmen zwar nicht, aber sie sind doch ganz allgemein hilfreich für Mütter und Familien.

5.1 Verbandspolitik

Pro Familia hat sich Anfang der 80-er Jahre, nach einem kurzen Flirt mit sozial- und familienpolitischen Fragen, schnell wieder auf ihre Besonderheit als Beratungsverband beschränkt. Im klassischen Zwiespalt von Hilfe und Kontrolle war sie zum Instrument der Aufsicht über abbruchwillige Frauen geworden. Sie stand bei ihrer Gratwanderung, den Buchstaben des Gesetzes zu erfüllen, aber ihrem eigenen Anspruch, die Emanzipation und das Recht der Frau auf ihre eigene Entscheidung zu ermöglichen, mitten in einem brodelnden Kessel öffentlich entfachter Emotionen und damit in der wohl heißesten Phase ihrer Geschichte.

So viel man auch bei der Propagierung von Methoden zur Familienplanung von Paaren, Menschen und Eltern sprechen mag, wenn es um Verhütung geht: In erster Linie sind Fraueninteressen berührt. Diese Einsicht aus der neuen Frauenbewegung hat ihre verzweigten Wirkungen auf die *Pro Familia* ausgeübt. Gerade weil sie sich pragmatisch, situativ und ohne moralische Belehrung auf die Zweifel und Wünsche der Ratsuchenden einläßt, hat sich *Pro Familia* großes Vertrauen in der Öffentlichkeit erworben. Ihr gerecht zur Ehre, was ihr in der Auseinandersetzung um die Beratung zum §218 Kritik einbringt, weil sie sich

nicht zum Instrument einer „fürsorglichen Belagerung“ durch sanfte Kontrollformen wie die Beratung machen läßt und weil sie nicht um des Geldes willen den Mund hält, wenn Widerspruch notwendig ist.

Andere Themen, die dieses Jahrzehnt bestimmten, wie Männer- und Frauensexualität, AIDS, Tschernobyl, Hochrüstung, ökologische Katastrophen Pornographie, sexuelle Gewalt, Leihmütter und Reproduktionstechniken, haben die *Pro Familia* von



Mit vierzig befindet sich Pro Familia wohl wie viele Eltern im besten Familienalter. Die Kinder sind aus dem „größten“ und werden demnächst ihre eigenen Wege gehen. Pro Familia hat sich, von vielen „Eltern“ behütet und geschützt, die von der Idee verantwortungsbewußter Familienplanung überzeugt waren, entfaltet und ist selbstbewußt geworden.

Heute können unsere eigenen Kinder mit ihren Fragen über Empfängnisverhütung, die wir als Eltern oft nur laienhaft beantworten könnten, sich an Pro Familia wenden. Informiert sein gibt Sicherheit. Sie ist die Grundlage für einen verantwortungsbewußten Umgang mit Sexualität in Partnerschaft, Ehe und Familie.

Als liberale Frauen- und Gesundheitspolitikerin weiß ich, wie sehr eine konfessionell ungebundene Beratungsstelle für Sexualberatung und Familienplanung von Frauen und Männern geschätzt wird.

Seit ihrer Gründung ist Pro Familia ihrer Überzeugung treu geblieben, daß Familienplanung etwas mit Selbstentscheidung und Mündigkeit zu tun hat. Damit hat sie Vorbildfunktion. In diesem Sinne wünsche ich Pro Familia, daß sie ihren Biß behält und weiterhin konsequent für offene Sexualberatung und eine aufgeklärte Familienplanung allen Ratsuchenden so erfolgreich wie bisher zur Verfügung steht.

Mit den besten Glückwünschen Ihre

einer Debatte in die andere gejagt, ohne nachhaltige Spuren in ihrer Praxis zu zeigen. Im Tagesgeschäft fehlte oft die Zeit zum Nachdenken. Wo sollen die Schwerpunkte liegen? Wie können aktuelle Fragen konzeptionell so eingebunden werden, daß sie sich aus der fachlichen und politischen Erfahrung beantworten, und wie, angesichts knapper Ressourcen, ohne die bewährten Routineaufgaben zu vernachlässigen?

6. Die 90-er Jahre: Wende und kein Ende des §218. Dennoch: Zukunft gibt es reichlich

Die 90-er Jahre fingen mit einer großen Verwirrung an. Was haben wir uns nicht alles von der „Wende“ in der DDR erträumt! Eine demokratische Reform von unten mit Impulsen zu mehr sozialer Gerechtigkeit für die verkrustete BRD und für die *Pro Familia* einen Zuwachs an engagierten und erfahrenen Ärzten und Ärztinnen! So plötzlich wie die Hoffnungen kamen, so schnell sind sie verfliegen.

Die DDR ist in sich zusammengefallen und hat ihren Anschluß an die große BRD gesucht. Die stattliche Schwesterorganisation *Ehe und Familie* schrumpfte auf ein wackeres Häuflein unverdrossener MitstreiterInnen zusammen, das in die *Pro Familia* fünf neue Landesverbände einbrachte. Das alles dominierende Thema ist der leidige §218 geblieben. Dazu gehört der Aufbau der neuen Schwangerenberatungsstellen nach dem Einigungsvertrag. In bekannter

Uta Würfel
Frauenpolitische Sprecherin der FDP-Bundesfraktion

Sisyphusarbeit muß die finanzielle Sicherung erkämpft werden, weil man sich gegen konfessionell und parteipolitisch einseitige Behörden behaupten muß. Die neuen Landesverbände haben schnell gelernt, daß auch in einer Demokratie die eigenständige und selbstbewußte Haltung bestraft werden kann, wenn sie nicht ins regierungsamtliche Mehrheitsbild paßt.

Welcher Kompromiß in Bonn und später in Karlsruhe zur gesetzlichen Regelung des Abbruchrechts gefunden wird, ist noch nicht genau zu bestimmen. Sicher ist, daß es zur Zeit und in absehbarer Zukunft keine politische Mehrheit für eine Streichung des §218 aus dem StGB geben wird. Fällt die entmündigende Indikationsvorschrift, dann ist das schon ein Etappensieg für die Frauen.

Für die *Pro Familia* ist es nötig, sich anderen Utopien zuzuwenden, obwohl das selten ihre Stärke war. Sie war und ist keine Organisation, die in vorderster Front die neuesten gesellschaftlichen Entwürfe erkämpft. Ihre Stärke liegt in der Beharrlichkeit, mit der sie zum Reformmodell macht, was vor ihr Radikalere gefordert haben und was die Zeit reifen ließ. Es fällt ihr nichts in den Schoß, sie muß zugreifen und darf den Zeitpunkt nicht verpassen.

Nach 40 Jahren Aufklärung, nach fast 30 Jahren breiter Verfügbarkeit und selbstverständlichem Umgang mit Verhütungsmitteln legt das Wort Familienplanung immer noch in aller Unschuld nahe, daß Menschen mit den Unwägbarkeiten des beruflichen und privaten Lebens rational verfahren könnten. Doch die Praxis zeigt, daß es offenbar nichts Komplizierteres als die Gründung und Aufrechterhaltung von Familienleben gibt. Dabei ist es gleichgültig, nach welchen gesetzlichen Bestimmungen sich Sorge-, Unterhalts- und Besuchsrechte in diesen modernen Aggregaten von Lebensgemeinschaften regeln, die doch allesamt weiterhin für die Menschen, die in ihnen leben, „Familie“ sind.

Das gilt für Heranwachsende in der Ablösung von den Eltern in ersten sexuellen Beziehungen, für die Gründung von Lebensgemeinschaften mit Kindern und für die immer älter werdenden Erwachsenen mit ihren wiederholten Mühen, eine Partnerschaft zu gestalten. Angesichts der internationalen Wanderungsbewegungen in und nach Europa machen auch interkulturelle Verflechtungen die private Verständigung nicht einfacher. Wo Unterstützung und eine unabhängige Meinung gefragt ist, bei den kleinen und großen Problemen, die sich aus dem „ganz normalen Chaos der Liebe“ ergeben, da hat *Pro Familia* eine gute Chance, weil die Bereitschaft und auch der Zwang zum Aufsuchen professioneller Beratung wächst.



Vierzig Jahre ist es nun also schon her, daß die Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e. V. ins Leben gerufen wurde. Und es ist wirklich kaum zu glauben, daß die Pro Familia schon so „in die Jahre gekommen ist“, und immer noch voller Elan und Energie Positionen vertritt, die manchen „Jüngeren“ auch heute oftmals immer noch nicht so recht ins Konzept passen, und sich in elementaren Auseinandersetzungen immer wieder mutig zu Wort meldet.

Die Pro Familia steht für mich für einen unverkrampften Umgang mit Sexualität, für Lustfreundlichkeit statt Lustfeindlichkeit, für einen liebevollen Umgang mit Kindern und Erwachsenen, für Aufklärung und Verantwortung und nicht zuletzt für Mut. Mut, anderen geistigen Strömungen die Stirn zu bieten, sei es zur Thematik des Schwangerschaftsabbruchs oder für eine tabufreie Sexualerziehung.

Ich wünsche der Pro Familia für die nächsten Jahre, daß sie ihr Mitgefühl und glaubwürdiges Gespür für alles Zwischenmenschliche beibehält und auch in manch noch so aussichtslos scheinenden Situationen ihre engagierte Konfliktfähigkeit beibehält.

Renate Schmidt
Vizepräsidentin des Bundestages
und Vorsitzende der SPD Bayern

Die Chiffre von der verantworteten Elternschaft ist längst zur gesellschaftlichen Norm geworden. Die Mehrheit der Paare und der allein lebenden Frauen, die sich heute für Kinder entscheidet, tut dies unter dem erheblichen Druck, alles richtig und vernünftig zu machen. Die Erwartungen an Vernunft und Unabhängigkeit stehen dem Wunsch nach Geborgenheit und Hingabe gegenüber. Scheidung und Befreiung folgt neue Bindung aus der Sehnsucht nach Geborgenheit. Diese innere Widersprüchlichkeit bestimmt das allgemeine Lebensgefühl und macht ratlos.

7. Perspektiven für die Familie

Die Aufgaben der *Pro Familia* für die nähere Zukunft bestimmen sich weit mehr aus diesen Niederungen der sozialen Entwicklung, die mit dem Eltern-Werden und Eltern-Sein verbunden sind, als aus den Ge-

fahren, die eine moderne Reproduktionstechnologie zweifellos hat. Zwar steht der alte Topos der Bewegung zur Familienplanung, das „Wunschkind“, nicht mehr einfach für Liebe und Geborgenheit. Wenn es als Retortencocktail verkauft werden kann, wird das „Kind der Liebe“, das es früher mit Verhütung zu verhindern galt, zur Rebellion.

Doch *Pro Familia* ist nicht die Expertenorganisation, die sich mit der Lobby der Gen- und Reproduktionsindustrie fachkundig anlegen könnte; sie kann warnen, kritisch beobachten und sich informieren, aber wohl kaum auf diesem Gebiet kämpfen.

Dafür hat sie eine stattliche Crew erfahrener Beraterinnen und Pädagogen, in der ungeliebten Zwangsberatung zum §218, der Sexual- und Paarberatung und in der Sexualpädagogik mit Mädchen und Jungen Kompetenzen erworben, die so leicht keine andere Organisation vorweisen kann.

Mit diesen Pfunden gilt es in den näch-



Liebe Pro Familia, den 40. Geburtstag feierst Du in diesen Tagen, es ist kaum zu glauben. So alt bist Du schon, und doch noch rebellisch und kämpferisch, Deiner internationalen Mutter zum Trotz, so wenig verkrustet, wo andere Gesellschaften und Vereine schon nach wenigen Jahren versteinern. Und so jung bist Du noch, als gäbe es Dich nicht so ewig lang wie die Weisen Frauen.

Was wären wir Sexualwissenschaftler ohne Dich! Noch weiter weg von Geschlechtersicht, -frage, -kampf und -forschung; noch elfenbeinerer im hohen Turm; noch ahnungsloser gegenüber den Nöten und Zwängen alltäglicher Sexualität und ihren Folgen; und sexualpolitisch noch viel einsamer auf weiter Flur.

Ich wünsche mir, daß Du Dich ständig verändernd so bleibst wie Du bist. Selbst Dein hin und wieder steil gereckter Zeigefinger würde mit fehlen, laß ihn nicht stecken.

Sei zum 40. Geburtstag in Freundschaft ganz herzlich umarmt von Deinem

Prof. Dr. Gunter Schmidt



In der gegenwärtigen Debatte über die erneute Reform des §218 Strafgesetzbuch ist manchmal die ungeduldig-resignative Feststellung zu hören, bei der gesellschaftlichen Umgehensweise mit ungewollten oder sich konflikthaft entwickelnden Schwangerschaften habe sich in den letzten Jahrzehnten kaum etwas getan oder feiere der Konservatismus fundamentalistisch-fröhliche Urstände. Eine Rückerinnerung aus Anlaß des vierzigsten Jahrestages der Deutschen Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e. V. Pro Familia belegt jedoch das Gegenteil: Sexualität und Schwangerschaft werden heute privat und öffentlich ungleich angstfreier und repressionsärmer wahrgenommen und gelebt als zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland. Hierzu haben die vielen Beratungsstellen der Pro Familia mit ihrer langjährigen Arbeit nachhaltig beigetragen.

Bei der Formulierung des heute selbstverständlichen sexualpädagogischen Anspruchs und bei der Entwicklung praktischer sexualpädagogischer Kompetenz ist Pro Familia nicht wegzudenken. Die Fähigkeit, erotisch/sexuelle Wünsche und Phantasien ebenso ernst zu nehmen wie diesbezügliche Ängste und sie zugleich aufzufangen in pragmatischen Handlungsempfehlungen für eine selbstbestimmte, lustvolle und zugleich verantwortliche sexuelle Praxis, wurde vor allem von ihren MitarbeiterInnen entwickelt und umgesetzt. Diese Kompetenz ist als professionelle Handlungsfähigkeit angesichts der HIV-Epidemie hochaktuell und vielerorts Ausgangspunkt für die Arbeit der AIDS-Hilfen bei der Erarbeitung lebensweisen safer sex-Konzeptionen gewesen.

Ebenso vorbildlich ist die Arbeit der Pro Familia bei der Beratung in Schwangerschaftskonflikten. Von Anfang an ist das anspruchsvolle Ziel verfolgt worden, den betroffenen Frauen in einer oft widersprüchlichen emotionalen und kognitiven Situation die Entwicklung einer zeitstabil eigenständigen Position zu ermöglichen. Dieser Ansatz verbietet jede Überredung zu einer „eigentlich“ richtigen Entscheidung und vermeidet oder überwindet

Kontrollverluste, denen schwangere Frauen in besonderem Maße ausgesetzt sind. Es liegt auf der Hand, daß es hierzu viel Kritik und Diffamierung gibt in dem Sinne, Pro Familia setze bedenkenlos das Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren absolut. Faktisch hat sich dieser Ansatz jedoch inzwischen auch bei den MitarbeiterInnen anderer Beratungsträger umgesetzt, da nur auf seiner Grundlage eine Konfliktlösung ausgehalten bzw. eine Trauerarbeit begonnen werden kann.

Folgerichtig praktiziert die Pro Familia an mehreren Orten in der Republik auch exemplarisch eine humane und sachgerechte Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen. Das vorherrschende medizinisch-technische Verständnis dieses Vorganges konnte dabei zugunsten eines emotionalen bzw. psychosozialen aufgehoben und damit die Voraussetzung für Lernprozesse gelegt werden, die eine sexuelle Selbstbestimmung und Familienplanung eher erleichtern als behindern.

Bei all dieser sachbezogenen und erfolgreichen Arbeit waren zuweilen organisatorische bzw. institutionelle Eigenwilligkeiten nicht vermeidbar. Pro Familia ist auch deshalb so erfolgreich, weil eine straffe Verbandspolitik betrieben wird. Dies ist für eine Landesverwaltung – wie bei anderen Freien Trägern auch – nicht immer nur angenehm. Fruchtbar waren die Meinungsverschiedenheiten aber stets deshalb, weil sie die Diskussion über das im Sinne der Frauen Erforderliche voranbrachten.

In diesem Sinne hat Pro Familia in besonderer Weise zu einer Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins von Schwangerschaft und Sexualität beigetragen und durch das praktische Vorbild neue Ansprüche und Standards durchgesetzt. Durch ihr oft aufreibendes Engagement haben die MitarbeiterInnen damit zur Entwicklung der gesundheitspolitischen Kultur in unserem Lande beigetragen, die die Unterschiede zu den liberalen Nachbarländern verringert hat.

Ich hoffe, daß es der Pro Familia möglich sein wird, sich auch künftig in so wirkungsvoller Weise zu engagieren.

Iris Blaul

Hess. Staatsministerin für Jugend,
Familie und Gesundheit

sten zehn Jahren zu wuchern. Soziale Dienste sind längst an die Stelle tradierter Verwandtschafts- und Nachbarschaftshilfen getreten. Spezialisten werden aufgesucht für Teilaspekte, um Lebensplanung zu bewerkstelligen. Doch wer hilft, den Zusammenhang zu sehen und Kenntnislücken über Verhütung, Fruchtbarkeit, Sterilität, Schwangerschaft, Geburt und Elternschaft zu schließen?

Wer bietet sich als Anlaufstelle an, wenn Mann und Frau das unparteiische Gespräch suchen, um zuerst ihre Gedanken zu sortieren um sich dann vielleicht auch den verwirrenden Gefühlen zuzuwenden?

Wer kann Dienste anbieten und Räume organisieren für gegenseitige Formen von Unterstützung für Menschen in gleicher Betroffenheit, die sich in der Anonymität modernen Lebens von alleine nicht finden?

Pro Familia – der Name sollte Programm sein für eine moderne, gemeinnützige Organisation, die unabhängig von religiösen, parteipolitischen und wirtschaftlichen Interessen Frauen und Männern ihre Dienste an-

bietet in einem Prozeß zum Eltern-Werden und Eltern-Sein. Wenn es gelingt, durch Information die Entscheidungsgrundlage der Ratsuchenden zu verbessern, ist schon viel gewonnen. Wenn es darüber hinaus gelingt, Ambivalenzen und Gefühle zu beachten, Zweifel ernst zu nehmen und Ängste nicht zu beschwichtigen, dann ist schon fast alles erreicht.

So bescheiden und so anspruchsvoll zugleich sollte die Pro Familia in die nächste Zukunft gehen und ihre stetige Praxis weiter mit jenen heißen Debatten begleiten, die die Gedanken beflügeln und die Verbindung zu den Fragen der ferneren Zukunft garantieren.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Jürgen Reyer: Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege. Freiburg 1990.
- ² Kristine von Soden: Die Sexualberatungsstellen in der Weimarer Republik 1919–1933. Berlin 1988.
- ³ Reimut Reiche: Sexualität und Klassenkampf, zur Abwehr repressiver Entsublimierung. Frankfurt 1968.
- ⁴ Schon um 1900 war man besorgt gewesen, daß auf 1000 Einwohner nur noch 36 Geburten im Jahr kämen. Als es dann 1965 nur noch 17,7 waren, sprach man vom Pillenknick. Als es 1975 gar nur noch 9,7

waren, hatte man endgültig resigniert. 1989 gab es ca. 680000 Geburten in der BRD, die Geburtenrate beträgt 1,5 und liegt weit unter dem sog. Reproduktionsniveau. Anders gerechnet ergibt sich eine leichter nachvollziehbare Relation: Von 1000 Frauen zwischen 14 und 44 Jahren werden nur wenig mehr als 44 Kinder im Jahr geboren.

Der Abstand zwischen den Geburten vergrößerte sich in den letzten 30 Jahren von 4 auf 6 Jahre – wenn sich die Menschen überhaupt noch entscheiden, mehr als ein Kind zu bekommen.

- ⁵ Senta Fricke, Michael Klotz, Peter Paulich: Sexualerziehung in der Praxis. Köln 1980.
- ⁶ Alice Schwarzer: So fing es an, 10 Jahre Frauenbewegung. Köln 1981, S. 134.
- ⁷ Pro Familia Bremen: Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren. Bremen 1978.
- ⁸ Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim: Das ganz normale Chaos der Liebe. Frankfurt 1990.



Monika Simmel-Joachim, Prof. Dr., Dekanin des Fachbereichs Sozialwesen der Fachhochschule Wiesbaden, ist Vorsitzende des Bundesverbands der Pro Familia.

Die wichtigsten Stationen der Verbandsentwicklung

Susanne Zimmermann

1941 stellte die Himmlersche Polizeiverordnung „Mittel und Gegenstände zur Unterbrechung und zur Verhütung von Schwangerschaften“¹ gleich. Diese Verordnung wurde 1943 nochmals verschärft durch die Bestrafung der „fortgesetzten Zersetzung der Volkskraft“ mit dem Tode. Die Erweiterung des §219, der die Anwendung von Mitteln oder Gegenständen, die eine Schwangerschaft verhüten oder abbrechen, unter Strafe stellt, verankert das Verhütungs- und Abtreibungsverbot im Strafgesetzbuch. Auf diesem Erbe der Nazizeit hatte sich die junge *Pro Familia* ihr Dasein aufzubauen.²

1952 gelang es J. Lederer aus Kassel und M. Sanger aus den USA, zwei für Familienplanung sehr engagierten Frauen, mit finanzieller Unterstützung aus den USA für Familienplanung interessierte Personen zu versammeln. Das Ergebnis des Zusammentreffens ist die Gründung der „*Pro Familia* Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie e. V.“. Leitidee des Vereins und der gleichzeitig entstandenen „Beratungsstelle für bewußte Elternschaft“ in Kassel sind die Ermöglichung eines verantwortlichen Willens zum Kinde und die darauf beruhende Familienbildung. Die Beratungsstelle wollte bei Ehekrise helfen, und es sollten die psychischen und physischen Schäden

40 Jahre Pro Familia sind schwer darzustellen, weil die Landesverbände ein starkes Eigenleben haben. Nachfolgend eine grobe Entwicklung mit Daten, Zahlen und Namen. Die Autorin beginnt mit der Nachkriegszeit. Die Wurzeln der Familienplanungsarbeit vor 1933 sind hier weggelassen. Der Hinweis auf die Einführung der Todesstrafe für Schwangerschaftsabbruch ist insofern von Interesse, als die Todesstrafe dafür erst wesentlich später abgeschafft wurde, nicht etwa mit dem 8. Mai 1945 aufgehoben war, sondern erst später durch die Alliierten.

durch Schwangerschaftsabbruch dadurch verhindert werden, daß Aufklärung in Sachen Empfängnisverhütung betrieben wurde. Durch die gezielte Aufklärungsarbeit sollten ungewollte Schwangerschaften vermieden werden, wodurch wiederum ein Rückgang der vielen illegalen Schwangerschaftsabbrüche erreicht werden sollte. Das Wort Familienplanung wagte noch niemand zu benutzen.

„Gründungsväter und Ziehmütter waren

damals Ärztinnen und Ärzte, die ihrerseits (. . .) teilweise in der Tradition der bürgerlich konservativen Familienplanungsbe-
wegung der Weimarer Republik gestanden haben.“³

1957 fand in Berlin ein internationaler Kongreß der IPPF (International Planned Parenthood Federation = Internationale Familienplanungs-Föderation), die 1952 in Bombay gegründet worden war, statt. An dieser Veranstaltung nahm die „Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie“ mitverantwortlich teil. Die Forderung nach Beratung zu Fragen der Empfängnisverhütung wurde immer deutlicher. Sexualpädagogik sollte in Schule und Elternhaus zum Thema werden.

1957 wurde eine zweite Sexualberatungsstelle in Berlin eröffnet. Die finanziellen Mittel dazu stammten von der IPPF.

Anfang der 60er Jahre genoß die Familienplanungsorganisation *Pro Familia* Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie keinen guten Ruf. Kirche und Ärzteschaft standen dem Familienplanungsgedanken des Vereins ablehnend gegenüber.⁴

1961 wurde die dritte Beratungsstelle in Frankfurt aufgebaut. Frau Dr. med. E. Hobbing rief sie ins Leben. Finanzielle Hilfe leistete der Bundesverband. Die Stadt Frankfurt stellte nach langen Mühen kostenlos Räume zur Verfügung. Zusammen mit zwei Frauen, M. Millik und G. Halberstadt, wurde die Arbeit der Beratungsstelle im Arztzimmer einer Schule geleistet. Noch im selben Jahr wurde eine Mitgliederversammlung der *Pro Familia*, die noch nicht einmal ein richtiger Verein war, einberufen.⁵

In der Zeit zwischen 1963 und 1965 war die innerverbandliche Diskussion geprägt von dem vom Bundesministerium angestrebten Verbot jeglicher Werbung für Empfängnisverhütung, den „modernen“ Verhütungsmitteln, wie z. B. der Pille, der Notwendigkeit, Ärzte/Ärztinnen in Sachen Empfängnisverhütung auszubilden, und der schwammigen Gesetzgebung durch die Strafrechtsreform von 1962. Im Strafrecht wurden Verhütungsmittel und Mittel zur Vermeidung von Geschlechtskrankheiten vermischt, blieben Unklarheiten zur Sterilisation, die ethische Indikation zum Schwangerschaftsabbruch war gestrichen worden, und die künstliche Befruchtung war gänzlich verboten.

1965 verfügte die *Pro Familia*, die sich in



It gives me great personal and professional pleasure to congratulate Pro Familia on its 40th anniversary. As a founder member of IPPF, which is also celebrating its 40th anniversary this year, Pro Familia has always recognised the international dimensions of planned parenthood work. It has earned its reputation for being "brave and angry" in its forthright championing of women's reproductive rights. Pro Familia's experience, as one of 134 IPPF member family planning associations, has played a key role in emphasizing planned parenthood as a basic human right, and advocating a high quality of care for reproductive health services. Few associations have been as active as Pro Familia in assisting IPPF to persuade governments of the importance of planned parenthood work throughout the world, and in demonstrating that family planning policy, whether at the national or international level, should be firmly rooted in the same philosophy, respecting the basic rights of individuals and couples to reproductive choice. We congratulate Pro Familia on its first 40 years, and wish it every success as it embarks on the next 40, which promise to be equally challenging, as Pro Familia takes its place as one of the key human rights organisations helping to shape Germany's future.

Dr. Halfdan Mahler
Generalsekretär der IPPF

diesem Jahr in „Deutsche Gesellschaft für Familienplanung“ umbenannte, über vier Beratungsstellen. Die Mitgliederzahl betrug 347. Es ließen sich 198 Ratsuchende in 481 Beratungen informieren. Es handelte sich meist um Verheiratete, von denen sich 80 Prozent in Fragen der Empfängnisverhütung beraten ließen. Behandlungen fanden nicht statt. In Frankfurt fand eine von der *Pro Familia* initiierte Ärztefortbildung statt.

In der Zeit bis 1966 entstanden die fünf Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Der Verein betrieb sieben Beratungsstellen. Die *Pro Familia* wurde Mitglied im „Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband“.

Mitte bis Ende der 60er Jahre fanden weitere Anschlüsse an Verbände der sozialen Wohlfahrt statt. Das Bundesfamilienministerium förderte drei Ärztekurse der *Pro*

Familia. Der Landesverband Rheinland-Pfalz wurde gegründet. Die junge Familienplanungsorganisation forderte vom Kultusministerium, ähnlich wie die antiautoritäre Schüler- und Studentenbewegung, Sexualpädagogik in die Lehrerbildung mit aufzunehmen.

Die Geschichte der *Pro Familia* spielte sich in jener Zeit auf dem Hintergrund der „sexuellen Revolution“ der End-Sechziger ab. Die politischen Ereignisse beeinflussten, meist mit einiger Verzögerung, die Arbeit des Vereins.

1968 erhielt der *Pro Familia* Bundesverband seinen ersten institutionellen Haushalt in Höhe von 40000 DM. Bis auf die Verbände Hamburg und Bremen existierten alle heutigen Landesverbände. Die *Pro Familia* konnte schon 13 Beratungsstellen zählen. Eine Beratungseinrichtung in Hamburg und eine in Kassel arbeiteten im Sinne der *Pro Familia*. Im gleichen Jahr wurde die

Pro Familia auch Mitglied im „Deutschen Arbeitskreis für Jugend-, Ehe- und Familienberatung.“⁶

Am Beginn der 70er Jahre ist die innerverbandliche Diskussion geprägt durch den §218 StGB. Die *Pro Familia* trat für eine Änderung dieses Paragraphen ein und forderte Straffreiheit für Insemination (künstliche Befruchtung) und Sterilisation. Einigkeit, wie der §218 genau aussehen sollte, bestand im Verein nicht.

In den frühen 70ern fand eine weitere Umbenennung der *Pro Familia* statt. Der Verein heißt seit 1970 „Deutsche Gesellschaft für Familienplanung und Sexualberatung“.⁷ Kritikpunkt an der *Pro Familia* war ihre Mittelschichtorientierung.

1973 richtete die *Pro Familia* im Zuge der anstehenden Strafrechtsreform des §218 fünf Modellberatungsstellen im Auftrage des Bundesministeriums für Jugend, Ehe und Familie ein. „Nun beginnt der Ausbau



Bei einem Blick auf die 40jährige Verbandsgeschichte von *Pro Familia* fällt eine ungewöhnliche Dynamik ins Auge. Sie ergibt sich aus den programmatischen Zielsetzungen, die der Verband im Laufe der Jahrzehnte zur Familienplanung und Sexualaufklärung entwickelt hat. Der gesellschaftliche Wandel, dem die Familie in dieser Zeitspanne unterworfen war, braucht hier nicht eigens thematisiert zu werden. Ebenso hat sich die Tatsache, daß Sexualität und Verhütung zu den

noch immer tabuisierten Bereichen des menschlichen Lebens gehören, in Zusammenhang mit der Aidsprävention deutlich bestätigt. Die Arbeit von *Pro Familia* bewegt sich an den Schnittstellen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Veränderungen und ist damit immer wieder neu gefordert, ihre Inhalte und Positionen zu überprüfen und zu begründen. Unter anderem dieser Aspekt hat dazu geführt, daß bei *Pro Familia* mit großer Fachkompetenz eine überaus überzeugende Arbeit geleistet wird.

Diese Fachkompetenz von *Pro Familia* stellt für den PARITÄTISCHEN in vieler Hinsicht eine Bereicherung dar. In den über 25 Jahren der Zugehörigkeit verdankt der PARITÄTISCHE der *Pro Familia* wesentliche und unverzichtbare Impulse, die in zunehmendem Maße Eingang in die fachpolitische Arbeit des Verbandes gefunden haben.

Vor allem in die fachpolitischen Aussagen des PARITÄTISCHEN zur Familienpolitik sind die breitgefächerten Erfahrungen von *Pro Familia* eingeflossen. Sie haben ein zeitgemäßes Familienbild mitgeprägt, das den verschiedenen Formen des familiären Zusammenlebens Rechnung trägt und sich von der ausschließlichen Orientierung an der Ehe verabschiedet hat. Wesentliche Leitbilder sind dabei das partnerschaftliche Verhältnis von Mann und Frau sowie ein Verständnis von Familienarbeit als Aufgabe aller Familienmitglieder. Hieraus resultieren Forderungen an eine Familienpolitik, die die unterschiedlichen Bedürfnisse und Vorstellungen aller Familienmitglieder zum Ausgangspunkt nimmt.

Wer 40 Jahre *Pro Familia* betrachtet, kommt nicht daran vorbei, die vielfältigen Auswirkungen zu registrieren, die die Diskus-

sion um den §218 StGB und der Paragraph selbst auf die Verbandsentwicklung hatten. Dabei hat *Pro Familia* durchgängig und konsequent die Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung in der Familienplanung auch für den Schwangerschaftsabbruch eingefordert. Diese Haltung hat immer wieder heftige öffentliche Kritik auf sich gezogen. Sie stellte auch für den PARITÄTISCHEN, der sich den unterschiedlichen Auffassungen seiner Mitgliedsorganisationen gegenüber zu Pluralismus, Offenheit und Toleranz verpflichtet sieht, durchaus eine Herausforderung dar, die zunehmend aufgegriffen und konstruktiv umgesetzt wurde.

So veranstaltete der PARITÄTISCHE unter wesentlicher Mitwirkung von *Pro Familia* 1987 im Vorfeld des damals geplanten Bundesberatungsgesetzes ein Gesprächsforum zu diesem Thema, bei dem fachliche Stellungnahmen aus unterschiedlichen Bereichen und Verbänden zusammengetragen wurden. Die von *Pro Familia* begründet vorgetragenen Bedenken gegen dieses Beratungsgesetz waren seinerzeit Anlaß zahlreicher Diffamierungen verschiedener Interessenvertreter. Mit einer Erklärung des Vorstandes, die sich gegen die unsachlichen Angriffe verwahrte, stellte sich der Verband auf die Seite seiner Mitgliedsorganisation.

In der derzeitigen Diskussion um die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs erfahren altbekannte Positionen von *Pro Familia* neuerliche Bestätigung, zumindest in Fachkreisen. Wie von *Pro Familia* jahrzehntelang vertreten und inzwischen von zahlreichen Untersuchungen und internationalen Vergleichen belegt, sind es nicht die repressiven gesetzlichen, sondern die präventiven Maßnahmen in Form einer umfassenden Sexualaufklärung, die eine verantwortungsvolle Familienplanung fördern und ungewollte Schwangerschaften und damit auch Schwangerschaftsabbrüche vermeiden.

Mit *Pro Familia* hoffen wir, daß diese Erkenntnisse endlich in die anstehende gesetzliche Neuregelung Eingang finden. Und daß die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Sexualaufklärung und -beratung endlich den Stellenwert verschaffen, für den sich *Pro Familia* seit 40 Jahren einsetzt.

Die Unterstützung des PARITÄTISCHEN ist *Pro Familia* weiterhin gewiß.

Prof. Dr. Dieter Sengling
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Es beginnt die ‚Modellphase‘. *Pro Familia* wird professioneller, sie wird eine Institution.⁸

Mitte bis Ende der 70er Jahre ist die *Pro Familia* wieder geprägt von der öffentlich heiß diskutierten Reform des §218 (1974/1976). „Auf massiven Druck verabschiedete der Bundestag mit sozialliberaler Mehrheit schließlich 1974 ein Gesetz mit Fristenregelung: Die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch sollte in den ersten 12 Wochen der Frau überlassen werden. (...) Gegen den neuen §218 StGB rief das Land Baden-Württemberg das Bundesverfassungsgericht an, das die Fristenregelung mit einer Stimme Mehrheit als grundgesetzwidrig verwarf.“⁹ 1976 trat die heute gültige Indikationsregelung in Kraft.

Es kommt in der *Pro Familia* zu einem ungeplanten Wandel durch die Übertragung der Beratungsberechtigung. Die Struktur der Ratsuchenden ändert sich. „Während bis 1976 die Majorität der Ratsuchenden ledig und 21–30 Jahre alt war, dominiert seit 1977 der Anteil der verheirateten Frauen mit 1 oder 2 Kindern.“¹⁰

Die *Pro Familia* expandierte. Von 1973 stieg die Zahl der Beratungsstellen von 39 auf 139. 1977 waren von den 98 Hauptberatungsstellen 28 berechtigt, eine §-218-Beratung durchzuführen. Von 1973 bis 1974 nahm die Anzahl der Ratsuchenden um 100 Prozent zu. 1979 beträgt die Anzahl der Ratsuchenden das Fünffache der Anzahl der Ratsuchenden von 1974.¹¹

	1973	1974	1979
Anzahl Ratsuchende	11662	23726	114432
Anzahl Beratungsst.	39	56	139

Die Anzahl der Mitarbeiter/innen stieg von 1977 mit 532 auf 753 im Jahr 1979. Durch den strukturellen Wandel verlor die *Pro Familia* ihre Mittelschichtorientierung.

Der Arbeitsschwerpunkt der *Pro Familia* verschob sich immer mehr von der traditionellen Familienplanungsberatung zur Schwangerschaftskonfliktberatung, was eindeutig auf den geänderten §218 zurückzuführen war.

1979 verwirklichte der Landesverband Bremen trotz heftiger Widerstände der katholischen Kirche und der Ärzteschaft eine neue Konzeption der Beratungsstelle, das Familienplanungszentrum. „Kernpunkt des Zentrumskonzepts ist das Motto ‚Alles unter einem Dach‘, das heißt die Erweiterung der traditionellen Beratungsarbeit der *Pro Familia* um medizinische Leistungen.“¹² Sowohl Beratung, Indikationsstellung, medizinische Aufklärung, als auch der Schwanger-

schaftsabbruch und Nachsorge sollen in der Einrichtung durchgeführt werden.

1980 legte A. L. Prager ihr Konzept für ein Familienplanungszentrum in Hessen vor. Es sollte noch drei Jahre dauern, bis Frau Pragers Ideen in Rüsselsheim verwirklicht werden konnten.

In den ersten zwei Jahren der 80er Jahre hatte die *Pro Familia* 117 Beratungsstellen, davon sind 112 nach §218 anerkannt. 861 Mitarbeiter/innen wurden von dem Verein beschäftigt. Knapp 200000 Klient/inn/en wurden von der *Pro Familia* erreicht. 210000 Beratungssitzungen wurden von den Mitarbeiter/innen im Jahr 1981 durchgeführt.¹³

1982 öffnete, nach langwierigen Diskussionen im Landesverband sowie Schwierigkeiten mit der ärztlichen Standesorganisation, der Bau- und der Gesundheitsbehörde, das Familienplanungszentrum in Hamburg seine Pforten. Es erhielt 450000 DM Zuschuß vom Senat der Stadt Hamburg.

1983 eröffnete das Rüsselsheimer Team nach langjähriger Erörterung im Landesverband Hessen trotz schwerwiegender finanzieller Probleme sein Familienplanungszentrum. Die Rüsselsheimer Beratungsstelle erhielt dafür einen Betrag von 60000 DM vom hessischen Sozialministerium zugestanden.¹⁴ Mitte bis Ende der 80er Jahre wurden drei weitere Familienplanungszentren in Saarbrücken, Kassel und Gießen aufgebaut.

1984 hatte die *Pro Familia* 120 Beratungsstellen. 114 dieser Einrichtungen waren zur §-218-Beratung zugelassen. Zusätzlich zu den Hauptstellen besaß der Verein noch 30 Außenstellen, die meisten davon in „sozialen Brennpunkten“. In den Beratungseinrichtungen waren 785 Mitarbeiter/innen tä-

tig. In den 90 Beratungsstellen, die eine Statistik erstellen, wurden 126800 Ratsuchende registriert (einschließlich der Personen, die in Gruppen beraten wurden).

Anmerkungen

- ¹ A. L. Prager, 1988, 4
- ² Vgl. A. L. Prager, 1988, 4
- ³ D. Kunert, 1988, 8
- ⁴ Vgl. E. Thoß, 1979, 24ff
- ⁵ Vgl. A. L. Prager, 1988, 8f
- ⁶ Vgl. E. Thoß, 1979, 27ff
- ⁷ Vgl. E. Thoß, 1979, 31f
- ⁸ A. L. Prager, 1988, 41
- ⁹ *Pro Familia* und Komitee für Grundrechte und Demokratie, 1989, 10
- ¹⁰ E. Thoß, 1979, 34
- ¹¹ Vgl. D. Tiedt, 1975, 4ff
- ¹² A. Saul, 1986, 26
- ¹³ Vgl. *Pro Familia* Bundesverband, 1983, 23
- ¹⁴ Vgl. *Pro Familia* Zentrum Rüsselsheim, 1988, 1f

Susanne Zimmermann, Jg. 1965, Dipl. Pädagogin, Mitarbeiterin der *Pro Familia* Vertriebsgesellschaft, z. Zt. Promotionsvorhaben zum Thema „Sexpäd. in d. ehemaligen BRD/DDR“.



Ausschnitt aus der Dipl.-Arbeit „Entstehung und Verwirklichung eines sexualpädagogischen Projektes – Vom Krokodilbildung zur Condomeria“. Kopie (120 Seiten) zu beziehen bei der *Pro Familia* Vertriebsgesellschaft, Niddastr. 76, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/25 1930, DM 20,- + Porto und Verpackung.

Frauen und Männer an der Spitze des Verbandes

Vorsitzende/Präsidenten

- 1952–1957 Prof. Dr. Dr. Hans Harmsen (Medizin)
- 1957–1973 Prof. Dr. Richard Kepp (Medizin)
- 1973–1983 Dr. Jürgen Heinrichs (Sozialwissenschaften)
- 1983–1986 Melitta Walter (Pädagogik)
- seit 1987 Prof. Dr. Monika Simmel-Joachim (Sozialwissenschaften)

Geschäftsführung, Bundesverband

- 1955–1964 Dr. Anne-Marie Durand-Wewer
- 1964–1970 Dr. Eva Hobbing
- 1970–1977 Anna Luise Prager
- seit 1977 Elke Thoß

Ehrenpräsident/in

- 1963–1970 Dr. Anne-Marie Durand-Wewer
- 1971–1984 Prof. Dr. Dr. Hans Harmsen

Plädoyer für ein Programm sexueller Kultur

In der aktuellen Debatte über Erfolge, Mißerfolge und Zukunftsperspektiven internationaler Familienplanungsprogramme erleben die sogenannten NGOs*) für Familienplanung wieder einmal einen regelrechten Boom an Beachtung. Unübersehbar ist das neue Interesse der Wissenschaft und insbesondere der am Markt orientierten Management-Wissenschaft an den Organisationen und Institutionen des intermediären Sektors. Administrationen der Entwicklungshilfe setzen wieder verstärkt auf die Zusammenarbeit mit NGOs. UN-Veröffentlichungen und Reden preisen die Potentiale und die grassroot-Orientierung der NGOs. Etablierte Bevölkerungsinstitutionen wie z. B. der Population Council setzen sich mit ihren schärfsten Kritikerinnen, den internationalen Frauen- und Gesundheitsnetzwerken, an einen Tisch mit dem Ziel, gemeinsam internationale Familienplanungsversorgung verbessern zu wollen.

Das erneute Interesse ist geleitet von der Vorstellung, daß NGOs eher für mehr „Betroffenennähe, Flexibilität, Innovationsbereitschaft und relative Freiheit von politischen Zwängen“ (Dieter Neubert) stehen. Inwieweit dies zutrifft und wie sich international NGOs für Familienplanung Sexualität verändert haben, soll Gegenstand der folgenden Überlegungen sein.

Die neue Beachtung der nicht-staatlichen Familienplanungsorganisationen hat meiner Meinung nach mit zwei wesentlichen Entwicklungen und Ereignissen der letzten Jahre zu tun. Selbstkritisch mußten wir feststellen, daß sich trotz zahlreicher Anstrengungen die Lage von Frauen und Kindern in der Dritten Welt nicht wesentlich verbessert hat. Ich erinnere hier nur an die 1989 vom Population Crisis Committee veröffentlichte Untersuchung mit dem Titel „Women: Poor, Powerless and Pregnant“. Die International Planned Parenthood Federation (IPPF) hat im Rahmen einer internationalen Untersuchung über die Reproduktionsrechte von Frauen 1990 festgestellt, daß nur 50 Prozent der UN-Mitgliedsländer über angemessene Familienplanungsdienste verfügen. Legale und gesundheitlich verträgliche Schwangerschaftsabbruchmöglichkeiten verweigert nahezu der gesamte

*) NGOs = Non-governmental Organisations. Dies sind nicht-staatliche gemeinnützige Organisationen, die ohne Gewinnabsicht öffentliche und halböffentliche Güter und Dienstleistungen erstellen (Dieter Neubert). Im internationalen entwicklungspolitischen Diskurs ist die Verwendung des Begriffs NGO üblich.

Elke Thoß

Dieser Beitrag fußt auf einem Vortrag, den die Bundesgeschäftsführerin der Pro Familia auf dem Fachgespräch „Bevölkerungspolitische Optionen für die Neunziger Jahre – Internationale Aspekte“ der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen – Kommission für internationale Bevölkerungsfragen – im November 1990 gehalten hat. Da auch Pro Familia zu den „NGOs“ (nicht-staatliche Organisationen) gehört, ist die von Elke Thoß formulierte Neuorientierung institutionalisierter Familienplanung von erheblichem Interesse auch für den Verband und seine Politik.

lateinamerikanische Kontinent. Die Frauen- und Familienplanungsprogramme der achtziger Jahre haben ihr Ziel also nur zum Teil erreicht. Parallel hierzu hat sich in weiten Teilen der Welt das Verhältnis der Menschen zu Institutionen, insbesondere staatlichen, verändert. Schlüsselworte hierfür sind die neuen sozialen Bewegungen und die radikalen Auf- und Umbrüche in Osteuropa mit ihrer klaren Absage an zentralisierte Bürokratien. All dies zwingt nicht-staatliche Familienplanungsorganisationen (FPOs), ihre zukünftige Rolle neu zu überdenken. Dabei hat es nicht nur um ihre Wirksamkeit zu gehen, sondern gleichermaßen um die Frage der Lebensnähe und Menschlichkeit von nicht-staatlichen Familienplanungsorganisationen.

Pluralistischer Arbeitsmarkt

Zweifelsohne sind die nicht-staatlichen FPOs maßgeblich an der Durchsetzung der Idee der Familienplanung und dem Aufbau von Familienplanungsdiensten beteiligt. Es war die IPPF, die mehr als 20 Jahre Regierungen und UN-Organisationen sensibilisierte und aufforderte, rechtliche wie materielle Grundlagen zur Durchsetzung der Idee der Familienplanung zu schaffen. War sie in den ersten 20 Jahren nahezu als einzige NGO auf dem Gebiet der Familienplanung tätig, konkurriert sie heute mit Hunderten von Organisationen der Familienplanung. Hierzu gehören weiterhin die traditionellen wie neuen FPOs, Forschungs- und

Aufklärungsorganisationen, Lobby-Büros, die internationalen Frauennetzwerke. All dies kann, positiv betrachtet, als ein Ausdruck internationaler Akzeptanz der Familienplanung angesehen werden. Die eher profane Seite dieser Entwicklung ist, daß der nicht-staatliche Familienplanungssektor international ein mittelgroßer Arbeitsmarkt geworden ist.

Die Pluralisierung des nicht-staatlichen Familienplanungssektors korrespondiert mit der allgemeinen Pluralisierung des intermediären Sektors und dessen zunehmender Unübersichtlichkeit. Nicht von ungefähr sind Begriffe wie BINGOS (Big NGOs), LINGOS (Little NGOs), QUANGOS (Quasi NGOs), GONGOS (Governmental NGOs) entstanden, um die vielfältige Differenz in bezug auf Größe, Ideologie und Einflußsphären deutlich zu machen. Deutlich ist auch die zunehmende Professionalisierung der NGOs. Ihre Themen sind anspruchsvoller und komplexer geworden. Verwaltungs-, Planungs-, Organisations- und Evaluationskompetenzen sind zusätzlich gefragt. NGOs werden mehr und mehr nach professionellen Koordinations- und Leistungsprinzipien geleitet. So unterscheidet sich die nordamerikanische Familienplanungsorganisation „PPFA“ kaum mehr von einem marktwirtschaftlich geführten Unternehmen, außer daß sie zusätzlich ehrenamtliche Arbeit koordiniert und unterstützt und Gelder für ihre Aktivitäten beschaffen muß (Peter Drucker).

Kritiker dieser Entwicklung befürchten die zunehmende Bürokratisierung und Menschenferne von NGOs. Sie scheinen Recht zu haben. Wie sonst ließe sich die Entstehung zahlreicher internationaler Frauennetzwerke zum Thema Sexualität und Familienplanung (z. B. International Women's Health Coalition, FINRAGE, ISIS, Women's Global Network of Reproductive Rights) erklären? Die Existenz dieser kritischen Netzwerke impliziert, daß der bestehende nicht-staatliche Familiensektor nicht alle Dimensionen von Sexualität und Familienplanung abzudecken, geschweige denn neue Entwicklungen aufzunehmen scheint. Es ist bedauerlich, daß der nicht-staatliche Familienplanungssektor bisher so wenig Interesse an kontinuierlicher und geregelter Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit den Frauennetzwerken und den neuen sozialen Bewegungen gezeigt hat.

Ein wesentlicher Grund hierfür mag sein,

daß die nicht-staatlichen Familienplanungsorganisationen noch nicht ihr neues Selbstverständnis gefunden haben. In der Tat gibt der Begriff „non-governmental“ nicht mehr viel her. Er ist nebulös und unpräzise. Heißt „non-governmental“ etwa gegen den Staat sein, unabhängig vom Staat sein, koexistieren oder staatliche Familienplanungspolitik ausführen? Solange NGOs existieren, haben diese verschiedene Rollen übernommen und sind dabei auch unglückselige Allianzen mit Regierungen und Zuwendungsgebern eingegangen. Staatliche Förderung akzeptieren und gleichermaßen Unabhängigkeit fordern, war und ist der Widerspruch, in dem sich FPOs befinden. Nachdenkenswert finde ich Peter Druckers Überlegungen zu diesem Sachverhalt: „Man kann nicht etwas danach definieren, was es nicht ist.“ Statt dessen schlägt er vor, NGOs „Human Change Institution“ (Institutionen des menschlichen Wandels) zu nennen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Zielsetzung und die daraus folgende ethische Verpflichtung können mit diesem Begriff eher präzisiert und positiv entworfen werden.

Ursachen mangelnden Erfolgs

Zur institutionalisierten Familienplanung gehören eine materielle und eine kulturelle Seite. Die materielle umfaßt die Dienste, die Informationen, die Gesetzgebung und ähnliches. Die kulturelle bezieht sich auf Befähigung, Sensibilisierung, Wahrnehmung und Achtung der Differenz zwischen den Geschlechtern. Die materielle Seite der Familienplanung ist sicherlich die erfolgreichere, obwohl in manchen Regionen der Welt die Situation dramatisch ist (z. B. in Afrika oder Osteuropa). Weniger erfolgreich war institutionalisierte Familienplanung als ein Programm kultureller Umorientierung:

- Der Partnerschaftsansatz bewirkte bislang keine wesentliche Zunahme männlicher Verhütungspraxis.
- Sexuelle Gewalt und Diskriminierung sind weiterhin charakteristisch für das Leben von Frauen und Kindern.
- Homosexualität wird noch immer diskriminiert.
- Der Beitrag zur Zurückdrängung der Krankheit Aids, vor allem unter Heterosexuellen, ist unbedeutend.
- Die Entwicklung einer Frauengesundheitskultur befindet sich in den Anfängen.
- Entwürfe selbstbestimmten und vergnüglichen Mann- und Frauseins werden als Luxusartikel privilegierter Gruppen gehandelt.

Im folgenden möchte ich auf einige mögliche Ursachen für die Probleme institutionalisierter Familienplanung eingehen.

Selbstbestimmte Sexualität versus Schwangerschaftsverhinderung

Bereits in den Anfängen institutionalisierter Familienplanung im 19. Jahrhundert war die Idee der Familienplanung eher ein Konzept der Verhinderung ungewollter Schwangerschaften als ein Programm sexueller Emanzipation. Die frühe Geburtenkontrollbewegung hat sehr schnell ihre ursprüngliche Ideologie der sexuellen Befreiung aufgegeben, sich der Idee geplanter Elternschaft zugewandt und sich folgenreich mit der Medizin, Eugenik und Bevölkerungswissenschaft verbündet (M. Stycos). In der Folge ist das Konzept „Verantwortliche Elternschaft“ entstanden, das auch noch heute der wesentliche Bezugsrahmen für die praktische Familienplanungsarbeit ist.

Dieses Konzept basiert auf der schlichten Einsicht, daß eine Schwangerschaft bewußt und verantwortlich geplant sein sollte, und daß ein erwünschtes Kind sich psychisch und sozial besser entwickeln und wohlfühlen wird als ein unerwünschtes. Weil aber Frauen nicht ständig schwanger sein wollen und können, bedeutet dies, daß Frauen und Männer – wenn sie verantwortliche Elternschaft praktizieren – den größten Teil ihres Lebens unerwünschte Schwangerschaften verhindern müssen. Sie müssen gegen etwas, also negativ planen.

Die Entscheidung, verhüten zu wollen, könnte sich auch anders begründen, indem wir anerkennen, daß Frauen und Männer sexuelle Wesen sind und Sexualität leben, Frauen aber nicht immer schwanger sein wollen. Dies würde der Sexualität der Menschen mehr Bedeutung zugestehen als der negativen Geburtenplanung und Reproduktion. Auch würde dadurch klarer, daß Familienplanung sowohl Rationales als auch Irrationales implizieren kann. Darüber hinaus würde dieser Standpunktwechsel uns ermöglichen, Familienplanung als ein umfassendes Konzept sexueller Beziehungen zu definieren, in dem die Entscheidung für ein Kind eine mögliche Ausdrucksform sein kann.

Das negative Vermeidungskonzept hat institutionelle Familienplanung sowohl entsexualisiert als auch die Bedeutung der Sexualität für Frauen und Männer abgewertet. Familienplanung hingegen meint nichts anderes, als fast ein Leben lang in dem Widerspruch zu leben, Sexualität rationalisieren (verhüten) zu müssen und sie andererseits zu begehren. Die Folgen dieses Widerspruchs sind allerdings für Frauen und Männer verschieden. Frauen werden schwanger, Männer nicht.

Indem wir die widersprüchliche und sexuelle Basis von Familienplanung vernachlässigt haben, haben wir zu dem Mythos beige-

tragen, daß wir ungeplante Schwangerschaften nahezu völlig verhindern können. In der Folge hat diese rationale und entsexualisierte Sicht der Dinge verhindert, Ideen und Programme zu entwickeln, um Frauen und Männer dabei zu unterstützen, Fähigkeiten für den Umgang mit diesem Widerspruch zu entwickeln.

Halbherziges Engagement

Die Entsexualisierung institutionalisierter Familienplanung hat besonders fatale Folgen für die Frauen gehabt.

Frauen als Produzentinnen von Leben, als Hauptversorgerinnen auf dem Gebiet der Gesundheit, waren und sind von zentraler Bedeutung für institutionalisierte Familienplanung. Trotz wohlfeiler Rhetorik ist das Engagement institutionalisierter Familienplanung für die eine Hälfte der Welt halbherzig, und ihre Programme sind noch immer geprägt von patriarchaler Sichtweise:

- Frauen werden nicht als eigenständige und sexuelle Wesen wahrgenommen.
- Frausein wird im wesentlichen mit Reproduktion und Familie verbunden.
- Differenzierungen im Frauenleben auch in der Dritten Welt geraten kaum in den Blick.
- Das Herrschaftsverhältnis zwischen den Geschlechtern wird nicht systematisch aufgegriffen.
- Die Überbewertung kultureller Differenzen vernachlässigt das Universelle zwischen allen Frauen und verhindert damit mögliche gemeinsame Programme und Aktivitäten.

Be-Forschung

Von der Forschung erwarten wir Erkenntniszugewinn für unsere praktische Arbeit. Forschung auf dem Gebiet der Familienplanung hat dies in weiten Teilen geleistet. Ich meine allerdings, daß Erkenntnisse über die geschlechtsspezifische sowie die irrationale Dimension von Familienplanung wesentlich für erfolgreiche Verhütung sind. Hier gibt es noch einiges zu tun. Beforscht werden auf dem Gebiet der Familienplanung:

- Frauen und ihre Sexualität nahezu ausschließlich in bezug auf den Mann und nicht als Geschlecht an sich.
- Familienplanungsforschung hat Frauen und auch Männer als rückständig bezeichnet, wenn sie nicht verhüten, oder als drop-outs und Risikogruppe eingeordnet, wenn sie nicht kontinuierlich verhüten (siehe Peter Kraeger). So geweckte Schuld behindert jedoch den gekonnten Umgang mit der eigenen Fruchtbarkeit.
- Familienplanungsforschung hat zur Dogmatisierung eines rationalen Ideals von

Familienplanung beigetragen.

- Familienforschung hat weiterhin wenig zur Identifikation universeller Familienplanungsthemen/Bedürfnisse mit Hilfe vergleichender Forschung beigetragen.

Persönlich verspreche ich mir zusätzliche, wichtige Erkenntnisse für die praktische Familienplanungsarbeit, wenn eine feministische Perspektive in die Familienplanungs-forschung integriert wird, die sich nicht damit begnügt, Benachteiligungen beseitigen zu wollen, sondern das Herrschaftsverhältnis zwischen den Geschlechtern und dessen Bedeutung für Vorstellungen von Frau- und Mannsein ergründen will.

Programm sexueller Kultur

Institutionalisierte Familienplanung hat zögerlich begonnen das Konzept Familienplanung in Frage zu stellen. Die Diskussion zentriert sich um Konzepte wie sexuelle Gesundheit (sexual health) und reproduktive Rechte (reproductive rights). Unübersehbar ist ihre einschränkende Orientierung (Gesundheit, Reproduktion) und die Gefahr der Normierung von Sexualität.

Worauf laufen nun diese Überlegungen hinaus? Sie alle führen in dieselbe Richtung; nämlich zu einem umfassenderen Konzept von Familienplanung, das ich versuchsweise ein Programm sexueller Kultur nennen möchte. Ich benutze den Begriff sexuelle Kultur, weil er uns ermöglicht, das Persönliche mit dem Politischen zu verbinden. Statt eines Zieles stellt er den Prozeß und den Diskurs in den Vordergrund. Er beinhaltet Konfrontation und Experiment. Es ist ein offenes System des Denkens, Fühlens und der sozialen Aktion, welches meiner Meinung nach am geeignetsten ist, die sich ändernden Lebensweisen von Frauen und Männern aufzugreifen und ernstzunehmen.

- Die neue Familienplanung als ein Programm sexueller Kultur erkennt zuallererst Frauen und Männer als einmalige, aber verschiedene sexuelle Wesen an. Familienplanung ist ein - aber nicht der einzige - Ausdruck ihrer Sexualität.

- Ein Programm sexueller Kultur integriert die sogenannte gute und schlechte Sexualität. Es beinhaltet Versuche kultureller Umorientierung, in der Geschlechtszugehörigkeit „an sich“ anerkannt wird sowie die vielfältigen Lebensweisen, die Frauen und Männer für sich wählen.

- Ein Programm sexueller Kultur ist sich bewußt, daß sexuelle Emanzipation in sexuelle Unterdrückung umschlagen kann und daß es sich diesem Problem immer wieder stellen muß.

- Ein Programm sexueller Kultur ist politisch, indem es Probleme und neue Fragen sichtbar macht und hierbei Kontinuität herstellt.

- Ein Programm sexueller Kultur ist parteilich. Es erkennt an, daß trotz Zunahme der Rechte für Frauen die allgemeine Lage von Frauen sich nicht wesentlich verbessert hat. Es kämpft ebenso gegen die Ausbeutung von Kindern durch Erwachsene, sei dies sexueller, emotionaler, geistiger oder materieller Art.

- Ein Programm sexueller Kultur setzt sich für ein partizipatorisches Verhältnis von Theorie und Praxis ein, indem es das neue Verhältnis von Erfahrung und Ideenbildung, wie es die Frauen- und Selbsthilfebewegungen praktizieren, aufgreift.

- Ein Programm sexueller Kultur ist auch praktisch. Es fördert zum Beispiel die verbalen Fähigkeiten von Frauen.

- Last but not least, ein Programm sexueller Kultur meint auch Vergnügen. Es eröffnet Frauen und Männern Wege, Frausein und Mannsein zu genießen.

Kein Luxusartikel

Ist ein Programm sexueller Kultur wiederum ein Luxusartikel, der angesichts eskalierender Armut und Umweltzerstörung für Frauen und Männer der Dritten Welt keine Bedeutung haben kann? Ich meine nein! Nicht-staatliche Familienplanung braucht einen veränderten Bezugsrahmen, an dem sich ihre praktische Arbeit zu messen hat. Es geht um die Rückgewinnung der sexuellen Basis von Familienplanung und ihrer unterschiedlichen Bedeutung für Frauen und Männer. Ein Programm sexueller Kultur als neuer Orientierungsrahmen für Familienplanungsarbeit könnte dazu beitragen, einseitig historisches Erbe zu überwinden und neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Dies kann aber nur im Zusammenhang mit einer veränderten Investitionspolitik gelingen. Konkret hieße dies, vorrangig in Sexualität zu investieren und zum Beispiel der Sexualpädagogik hierbei einen ersten Platz einzuräumen.

Könnte nicht-staatliche Familienplanung Träger eines Programmes sexueller Kultur sein? Ich meine ja! Nicht-staatliche Familienplanung war auch immer Pionierin auf dem Gebiet der Sexualität und Familienplanung. Dies ist ihre Tradition, trotz Anpassung. Ihre historische Weiterentwicklung hat sie zu einer institutionellen Mischform werden lassen, die einerseits etablierte Institution und andererseits teilweise Verankerung in sozialer Bewegung bedeutet. Nimmt sie die Herausforderung an, könnte sie damit den Beweis antreten, daß der Weg in die Institutionalisierung nicht notwendigerweise Lebensferne bedeuten muß.

Die Versuchung, dem neuen Buhlen um die NGOs zu erliegen, ist groß, zumal Anerkennung und Geld damit verbunden sind.

Dennoch sollten wir uns zurückhalten und uns zunächst Klarheit darüber verschaffen, ob wir im wesentlichen mehr oder weniger gescheiterte Technikvermittler bleiben wollen oder Anwälte einer humanen und selbstbestimmten sexuellen Lebensweise von Frauen und Männern.

Literatur

Peter Drucker: The New Realities, Mandarin Paperbacks, London, 1989.

Peter Kraeger: Family Planning Drop-outs Reconsidered, London, IPPF, 1977.

M. Stycos: Desexing Birth Control, Family Planning Perspectives, 1977.

Dieter Neubert: Nicht-Regierungs-Organisationen und Selbsthilfe in Kenia in: Deutsche und internationale Entwicklungspolitik: zur Rolle staatlicher, supranationaler und nicht-regierungsabhängiger Organisationen im Entwicklungsprozeß der dritten Welt/Manfred Glasgow (Hrsg.). - Opladen: Westdt. Verl., 1990.

Elke Thoss: Sexuality And Violence: IPPF's Concern With Women Reconsidered in: IPPF Europe Report on "Counselling On Rape and Sexual Abuse of Children", London, 1989.



Elke Thoss, Diplomsoziologin, seit 1977 Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Pro Familia.

- Anzeige -

Ulrich Schnürle

VASEKTOMIE UND REFERTILISIERUNG

FAKTEN - MATERIALIEN - HILFEN

Ein Praxisheft für Berater und Ärzte zur Beratung von Männern und Paaren

Dieses Buch bietet eine kompetente Hilfestellung für eine reife Vasektomie-Entscheidung.

Aus dem Inhalt:

Vasektomie im Wandel der Lebensformen / Warum entscheiden sich Männer für Vasektomie? / Ärzte und Vasektomie / Langzeiteffekte der Vasektomie / Kosten, Verfahren, Versager, Komplikationen / Beratungsverfahren / Beratung von Refertilisierungswilligen / Wer bezahlt eine Refertilisierungsoperation? / Human-Sperma-Konservierung / Psychische Folgen, positive Auswirkungen der Vasektomie / Stichpunkte zu Fragen aus der Praxis / Beratungsformen, Arbeitsmaterialien u.a.m.

50 Seiten, 14,80 DM

Mabuse-Verlag

Postfach 11 06 42

6000 Frankfurt/Main 1

Telefon: 069/7 38 17 24



Sexualpolitik und psychosoziale Aufgaben

Jürgen Heinrichs

Familienplanungsorganisationen mußten in den deutschen und in anderen Ländern mit Fragen der Sexualität öffentlich umgehen lernen. Das war und ist nicht leicht, weil liberale Überzeugungen immer wieder auf eine Opposition stoßen und bekämpft werden. Die Erfahrung von vier Jahrzehnten zeigt, daß alle relevanten Aspekte der Sexualität gesellschaftlichem Wandel unterliegen können, der bis zu Änderungen im Strafgesetz führen kann.

Zu den politischen Fragen und Aufgaben gehören die Ziele der Geschlechterpolitik, Berufs- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, Familien- und Bevölkerungspolitik. Solche Ziele in einem politischen Programm aufeinander zu beziehen und Widersprüche dabei zu vermeiden, gelingt nur selten. Es ist deshalb für eine Familienplanungsorganisation nicht einfach, für die Durchsetzung der Interessen vieler Ratsuchender öffentlich wirkungsvoll zu kämpfen und einen liberalen Umgang mit Fragen der Sexualität im Sinne der Selbstbestimmung zu erreichen.

Finanzen

Vier Jahrzehnte Erfahrung mit Aufgaben der Familienplanung und Sexualberatung machen es deutlich, daß Finanzierungsfragen oft zur Abhängigkeit von politischen Instanzen führen können. Auch eine autonome Arbeit kostet regelmäßig Geld, Umfang und Qualität sind häufig direkt vom Ausmaß der Finanzierung abhängig und damit auch von den Geldquellen.

Der Anspruch auf ausreichende öffentliche Mittel ist immer wieder umstritten, obwohl dieser Anspruch mit guten Argumenten angemeldet wird auf allen politischen Ebenen, von der Bundesregierung bis zum Gemeinderat des Dorfes.

Um sich nicht einer völligen politischen Abhängigkeit preiszugeben, ist die Pflege anderer Finanzquellen auch wichtig. Dazu können befreundete Verbände und Gewerkschaften gehören und private Stiftungen. Hinzu kommen Mitgliedsbeiträge und Spenden, Einnahmen aus aktiver Beteiligung an Veranstaltungen, Verkauf von Dienstleistungen und Publikationen.

(Wer sich für die geschichtliche Entwicklung der Abhängigkeit in ihren verschiedenen Phasen weiter interessiert, sollte einen wichtigen Text der Bundesgeschäftsführerin Elke Thoß lesen: „Pro Familia: Zwischen Abhängigkeit und Autonomie“. In: *Leviathan* 7/1987, Seiten 333–347.)

Öffentlichkeitsarbeit

Vom Bundesverband bis zu einzelnen Ortsvereinen und Beratungsstellen gibt es seit vielen Jahren mannigfache Ansätze der Öffentlichkeitsarbeit; dazu gehören Zusammenarbeit mit der Presse, Interviews für Hörfunk und Fernsehen, Darstellung der

eigenen Ziele und Aufgaben bei anderen Institutionen. Wichtige Hilfsmittel sind gute Veröffentlichungen. Dazu gehören Handzettel, Broschüren und Plakate zu einzelnen Arbeitsgebieten und für verschiedene Zielgruppen. Oft läßt sich auch die Verbandszeitschrift gut verwenden, deckt sie doch das ganze Spektrum der Aspekte der Familienplanungs- und sexualpädagogischen Arbeit mit lesbaren Berichten ab.

Auch mit visuellem Material wie Filme, Videos und Dienserien wurden Experimente gestartet. Bücher können auch verbandspolitisch wichtig werden. Als ein Beispiel sei ein immer noch wichtiges Buch empfohlen, das *Pro Familia* mitherausgegeben hat: „Memmingen: Abtreibung vor Gericht.“ Bearbeitet von Elke Kügler, Braunschweig 1989.

Eine neue Selbstdarstellung der *Pro Familia*, ihrer Verbandsarbeit, der Struktur des Verbandes und der Gremien sowie der inhaltlichen und sexualpolitischen Ziele ist derzeit in Bearbeitung und wird in einigen Monaten für die Entwicklung und Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen.

Einige Fachleute meinen, die öffentliche Darstellung der *Pro Familia* sollte noch mehr wahrgenommen werden und intensiver sein. Der bekannte Sexualaufklärer Oswald Kolle schrieb mir jetzt in einem Brief: „Mir ist bisher keine Öffentlichkeitsarbeit aufgefallen, sonst wäre das Image dieser hervorragenden Institution sicher besser und gerechter. Ich selber habe immer wieder darauf hingewiesen, welchen Stellenwert *Pro Familia* in unserer Gesellschaft haben sollte und wie erbärmlich wenig dieser Wert gewürdigt wird – sowohl finanziell wie

in der öffentlichen Beurteilung.“

Vielleicht erweisen sich „Vierzig Jahre Familienplanung“ als ein geeigneter Aufhänger, um daran etwas zu ändern.

Beratung von Ausländern/innen

Auch Deutschland ist schrittweise zu einem multikulturellen Land geworden. Damit ist ein großer Reichtum verbunden, aber auch Probleme, die jede/r kennt.

Der Umgang mit Sexualität und Schwangerschaft hat kulturelle Wurzeln; das wirkt sich auch auf Familienplanung und Sexualerziehung aus. Um damit gut umgehen zu können, beschäftigen viele Beratungsstellen mehrsprachige Mitarbeiter/innen und Dolmetscher/innen.

Einige der Veröffentlichungen des Verbandes wurden in andere Sprachen übersetzt. Um die Auseinandersetzung mit den relevanten Fragen zu erleichtern, hat die Verbandszeitschrift Beiträge zu Aspekten der Ausländerarbeit veröffentlicht; Ausgabe 4/1990 trägt den Titel „Kulturelle Vielfalt – Leben im Zwiespalt“; diese Ausgabe wurde von Annette Rethemeier für die Redaktion organisiert.

Geschichte

„Die Anfänge der Familienplanungsberatung – gemeint sind hier die institutionalisierten – reichen zurück in die ersten Jahre dieses Jahrhunderts, als ein drastischer Geburtenrückgang nicht allein im wilhelminischen Kaiserreich stattfand... Erst in jüngster Zeit haben Sozialwissenschaftler und Medizinhistoriker begonnen, diesen Ausschnitt deutscher Sozial- und Gesundheitsgeschichte zu rekonstruieren. Und ohne Übertreibung kann man sagen, daß eine umfassende Darstellung der Anfänge der Familienplanungsberatung noch in den Kinderschuhen steckt.“

Diese Sätze stehen in der Einleitung von Kristine von Soden der Ausgabe 6/1988 der Verbandszeitschrift mit dem Titel: „Aus den Anfängen der Familienplanungs-Beratung“.

Zur Geschichte dieser Arbeit gehören auch ideologische Aspekte und Wünsche sowie deren Wandel in der Zeit. Dazu ist – zumindest als Stichwort – zu beachten: Bevölkerungspolitik, Schwangerschaftsabbruch, Sexualpolitik, Familienrecht, Eugenik, Re-

produktionstechnologie, Kinderwunsch, Sexualmedizin, Ausländerpolitik. Mehr dazu kann nachgelesen werden in der Ausgabe 6/1990 der Verbandszeitschrift mit dem Titel „Ideologie und Familienplanung“.

Perspektiven

Eine unabhängige Familienplanungsorganisation ist bisher in keinem Land Europas überflüssig geworden und wird es wohl auch in den nächsten Jahren nicht werden, weil der Beratungsbedarf der Bevölkerung und der Fachleute eher noch zunimmt, wozu auch wissenschaftliche Entwicklungen beitragen, etwa solche, die unter dem Begriff Reproduktionsmedizin zusammengefaßt werden. Das gilt alles auch für Deutschland; hier haben sich durch die politische Vereinigung die Aufgaben wahrscheinlich

noch vermehrt. Ganz deutlich ist das an der rechtlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs zu erkennen.

Eine nationale Familienplanungsorganisation kann und sollte für sich keine Monopolrolle in Anspruch nehmen. Eine gute Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und das Angebot von brauchbarer Fortbildung können für das Ansehen und die Erfüllung der Aufgaben wichtig sein. Es gehört auch dazu, immer wieder neue Mitglieder zu gewinnen, die die Verbandsarbeit praktisch und ideell unterstützen. Einige wenige tausend Frauen und Männer reichen dazu nicht aus.

Perspektiven der Verbandsarbeit bis zum Jahr 2002 sollten von einer Arbeitsgruppe erarbeitet werden, um gründlich diskutiert werden zu können. Die Verbandszeitschrift, das kann ich im Namen ihrer Redaktionen sagen, wird dazu ihren Beitrag leisten.

cher Seite die Einrichtung weiterer Beratungsstellen unterstützt und mehr Stellen für Mitarbeiter geschaffen wurden. Zu ihnen gehörten hauptsächlich Ärzte verschiedener Fachrichtungen, Psychologen, Pädagogen, Sozialfürsorgerinnen und Familienrichter, wovon die Mehrzahl nebenamtlich tätig war. Die meisten Beratungsstellen waren in das staatliche Gesundheitswesen integriert.

Um ein möglichst einheitliches Vorgehen zu erreichen, wurde am 8. Januar 1969 vom Ministerium für Gesundheitswesen eine Richtlinie erlassen, in der Arbeitsweise und Aufgabenstellung erläutert waren. Schwerpunkte bildeten Erziehung zur Partnerschaft, Ehe und Familie, der Komplex der Familienplanung, Beratung beim Wunsch nach Schwangerschaftsabbruch sowie bei sexuellen Funktionsstörungen von Mann und Frau und Partnerschaftskonflikten. Die Beratungsstellen können sowohl von unverheirateten wie verheirateten Personen kostenlos in Anspruch genommen werden.

Zur Bewältigung dieser vielfältigen Aufgaben mußten die Mitarbeiter entsprechend qualifiziert werden. Nach Gründung einer vorläufigen Arbeitsgruppe wurde diese schließlich zu einer Sektion „Ehe und Familie“ bei der Gesellschaft für Sozialhygiene der DDR umgewandelt. Die Anregung hierzu ging hauptsächlich von Professor Mehlan aus, der damit einen Familienplanungsverband schaffen wollte, der dem internationalen Standard, wie er ihn bei der IPPF kennengelernt hatte, entsprach. Familienplanung, Sexualerziehung und Sexualberatung mußten umgewandelt werden. Ähnlich der Struktur von *Pro Familia* in der Bundesrepublik bilden sich gegenwärtig eigene Landesverbände. Zu der Wahrnehmung der bisherigen Aufgaben kommt für uns eine bisher nicht gekannte hinzu, der Kampf gegen die Opposition, wie er sich in den letzten Monaten im Streit um den § 218 und die bisher in der DDR geltende Fristenregelung abgezeichnet hat. Seitens der Gesellschaft nutzen wir derzeit alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um uns für die Beibehaltung unserer gesetzlichen Regelung einzusetzen, wobei die zusätzliche Anwendung einer sozialen Beratung akzeptabel erscheint, sofern der Frau ihr alleiniges Entscheidungsrecht belassen wird. Wir sind insofern etwas auf diese Herausforderung vorbereitet, weil gerade von der Europäischen Region der IPPF die Bedeutung dieses Kampfes bereits vor einigen Jahren als Schwerpunkt erkannt und entsprechende Strategien entwickelt wurden, die wir nun ebenfalls nützen können.

(Stand: Anfang 1990)

(Aus: Jürgen Heinrichs (Hg.): Familienplanung International. Braunschweig, 1991. Seiten 149–151)

IPPF und Familienplanung in der DDR

Lykke Aresin

Die ersten Kontakte zur IPPF gehen auf die Initiative von Professor K.-H. Mehlan, damals Direktor des Instituts für Sozialhygiene der Universität Rostock, zurück. Kurz nach der Gründung der IPPF hatte er in den frühen fünfziger Jahren – angeregt durch seine Forschungen über die Abortproblematik – die Bedeutung der Familienplanung als Instrument der Abortbekämpfung erkannt und sich fortan für ihre Förderung in der DDR eingesetzt.

Von großem Nutzen waren ihm dabei die persönlichen Kontakte zu den Pionieren der Familienplanung, wie beispielsweise Lady Rama Rau, Indien, Helena Wright, Großbritannien, und Elise Ottesen-Jensen, Schweden, sowie die Erfahrungen, die er auf vielen internationalen IPPF-Tagungen sammeln konnte. Zeitweilig gehörte er damals auch dem Governing Body der IPPF an, ein Leitungsgremium, das dem heutigen Central Council entsprach.

In der DDR steckte die Familienplanung damals noch in den Kinderschuhen. Zwar gab es seit 1949 aufgrund einer Anordnung der deutschen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen in der sowjetisch besetzten Zone einige Ehe- und Sexualberatungsstellen, die sich mit Empfängnisverhütung,

Beratung bei sexuellen Funktionsstörungen von Mann und Frau sowie Partnerschaftskonflikten befaßten. Ihre Einflußmöglichkeiten blieben jedoch zunächst begrenzt, es fehlte an modernen Kontrazeptiva. Zur Verfügung standen lediglich Kondome in nicht gerade guter Qualität und aus Ungarn eingeführte Scheidenpessare. Anfang der sechziger Jahre verbesserte sich die Situation durch die Pille, die zuerst aus den Niederlanden importiert und später in der DDR produziert wurde. Sexualerziehung an den Schulen war so gut wie nicht vorhanden.

Im Gegensatz zur Entwicklung in der Bundesrepublik wurde die Abortgesetzgebung sehr bald geändert. Die 1946–1948 noch geltenden §§ 218–220 des Deutschen Strafgesetzbuches wurden bis 1950 in den einzelnen Ländern aufgehoben und die Indikationen zum Schwangerschaftsabbruch erweitert: Außer der medizinischen kamen noch eine erweiterte sozial-medizinische Indikation, eine ethische und eine eugenische Indikation hinzu. 1972 wurde die Indikationsregelung durch eine Fristenregelung ersetzt: Bis zur 12. Schwangerschaftswoche hat die Frau allein über den Abbruch zu entscheiden.

Mit Inkrafttreten des Familiengesetzes 1966 wurde die Entwicklung insofern verbessert, als jetzt nachdrücklich von staatlich-

Ärztliche Tätigkeit in und außerhalb der Pro Familia

Arbeitsteilung und Zusammenarbeit

Jutta Walter

Pro Familia wird vierzig Jahre alt. Geburtstag feiern bedeutet stets neben dem Erleben des Hier und Heute zugleich auch Rückblick und Vorschau. Das wird ganz besonders in diesem Jahr aus mannigfaltigen Blickrichtungen getan. Eine davon ist die medizinisch-ärztliche, zu der im folgenden einige Gedanken beigeuert werden.

Pro Familia weist von Anbeginn einen starken ärztlichen Einfluß auf. Ärztinnen und Ärzte, die sich schon vor dem Zweiten Weltkrieg für Familienplanung eingesetzt hatten, gehörten zu den Gründungsmitgliedern, und bis 1973 nahmen Ärzte die Präsidentschaft der Organisation wahr. Also liegt es nahe, sich im Jubiläumsjahr mit dem Arztberuf in und außerhalb der Pro Familia zu beschäftigen und Berührungspunkte, Gemeinsamkeiten und Trennendes zwischen diesen beiden Berufsgruppen zu betrachten. Die Thematik ist nicht neu und wurde in diesem Magazin bereits aus verschiedener Sicht in umfassenden Beiträgen von Mia Volling (1/1989, S. 28) und Johanna Beyer (3/1990, S. 6) behandelt. „Medizin in der Pro Familia“ ist demnach ein nicht versiegendes Thema mit immer wieder neuen Varianten, gewissermaßen ein Dauerbrenner, der Zündstoff in sich birgt mit gelegentlicher Wirkung sowohl nach innen wie nach außen.

Wie Mia Volling in ihrem historischen Überblick darlegt, wurde anfänglich für die Errichtung einer Pro Familia-Beratungsstelle „eine voll approbierte und speziell auf allen Gebieten der Familienplanung nach den Richtlinien der IPPF geschulte und für die Beratungstätigkeit medizinisch und psychologisch vorbereitete Ärztin“ gesucht. „Neben der ärztlichen Leitung muß eine als Sprechstundenhilfe geschulte Mitarbeiterin – möglichst Hebamme oder Schwester – tätig sein“, hieß es weiter in dem sogenannten „Status der Beratungsstellen“.

Ärztin und Hebamme oder Schwester bildeten eine medizinische Einheit, welche die Aufgaben der Beratungsstelle abdeckte. Im wesentlichen wies das Arbeitsgebiet die nachstehende Gliederung auf: Beratung über Familienplanung, wobei Fragen zur Geburtenregelung im Vordergrund standen. Damit gleichrangig, wenngleich der geringeren Nachfrage wegen zahlenmäßig we-

Die Autorin arbeitet als Pro Familia-Ärztin in Heidelberg. Ihr Bericht macht klar, daß der Familienplanungsverband einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Sexualmedizin geleistet hat und auch in Zukunft Aufgaben in diesem Gebiet zu erfüllen hat und dazu bereit ist. Das schließt auch das Angebot zu sexualmedizinischer Fortbildung von Ärztinnen und Ärzten und die Beteiligung an der Ausbildung an Universitäten ein.

niger bedeutsam, wurden Sprechstunden für Frauen oder Paare mit ungewollter Kinderlosigkeit von einer Ärztin angeboten. Sehr bald weitete sich das Arbeitsfeld der „medizinisch und psychologisch vorbereiteten Ärztin“ aus, indem allgemeine Fragen zu Gesundheit der Frau und spezielle Fragen zu Sexualität in die Sprechstunde hineingetragen wurden. Die Pro Familia-Ärztin entwickelte sich zu einer Expertin in der Sexualmedizin.

Zusammenarbeit

Aber nicht nur das Arbeitsgebiet der Ärztin bei Pro Familia veränderte sich im Laufe der Jahre. Die Einrichtung von Modellberatungsstellen 1973 im Zusammenhang mit der dann 1976 erfolgten Änderung der §§218ff StGB brachte eine Strukturänderung. Es wurden nun zusätzlich Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Beratungsstellen tätig. Das hatte auch teilweise Auswirkungen auf die Tätigkeit der Ärztin. Es zeigte sich ein Wandel der Arbeitsweise vom medizinischen Kleinstteam hin zu einem interdisziplinären Teamwork.

Das verlief und verläuft bei den Beteiligten der verschiedenen Berufsgruppen nicht immer ohne Reibungen. Alle diejenigen, die sich dem Teamwork aufgeschlossen zeigen, erleben es jedoch als befruchtend in zweierlei Hinsicht, einmal für die Ratsuchenden und zum anderen für sich selbst. Besonders deutlich zeigt sich diese positive Auswirkung der berufsübergreifenden Tä-

tigkeit in der Gruppenarbeit, wenn sich das medizinische Wissen der Ärztin und das Know-how anderer Berufsgruppen ergänzen. Als Beispiele seien genannt: das Angebot von Diaphragmagruppen durch Ärztin und Sozialpädagogin, von Wechseljahrsgruppen durch Ärztin und Beraterin/Therapeutin, von Schwangerengruppen durch Ärztin und Hebamme, von Gruppen zu „Fragen zur Sexualität in verschiedenen Lebensaltern“ durch Ärztin und Sozialpädagogin. Diese Zusammenarbeit wird getragen von der gegenseitigen Akzeptanz der Mitglieder des Teams, wobei jedes das spezielle Wissen, die Berufs- und Beratungserfahrung des anderen zu schätzen weiß.

Beratung und Behandlung

Für die Ärztin bei Pro Familia liegt die Haupttätigkeit in der Beratung, während die niedergelassene Ärztin/der niedergelassene Arzt die Haupttätigkeit in der Behandlung sehen.

Beratung bedeutet Zeit haben und in gemeinsamem Bemühen mit den Ratsuchenden die für sie annehmbare und praktikable Lösung der jeweiligen Probleme herauszufinden. Häufig fehlt diese Zeit in der Sprechstunde des Arztes/der Ärztin, wo Untersuchung, Diagnose und Behandlung vorrangig sind. Viele Niedergelassene legen deshalb Beratungsgespräche außerhalb der regulären Sprechstunde. Weiter oben wurde von Haupttätigkeiten gesprochen; sicherlich wird es dabei Überschneidungen geben und manchmal eine klare Trennung von Beratung und Behandlung nicht möglich sein. Einige Beispiele aus der Beratungspraxis können das belegen: Fällt etwa bei einer Verhütungsberatung die Entscheidung für die Anwendung eines Diaphragmas, so wird sich im Rahmen einer Behandlung eine gynäkologische Untersuchung und Anpassung dieses Mittels anschließen. In einem anderen Fall kann sich im Beratungsgespräch über die „Pille danach“ die Notwendigkeit der Verabreichung der Pille ergeben, so daß die beratende Ärztin zur Behandlung ein Rezept ausschreiben wird.

Wenn der Unterschied zwischen Beratung und Behandlung erkannt wird, kann sich eine partnerschaftliche Kooperation zwi-

schen niedergelassenen Ärzten einerseits und der Ärztin in der Beratungsstelle andererseits herausbilden. Ein Konkurrenzdenken sollte sich somit ausschließen.

Im beruflichen Alltag der *Pro Familia*-Ärztin zeigt sich diese Kooperation und Arbeitsteilung mit niedergelassenen Ärzten im Bereich der Familienplanung. Das Zusammenwirken wird immer wieder aufs neue deutlich, wenn es sich um Beratungen bei Sterilisationswunsch, insbesondere zu Fragen der Vasektomie (Sterilisation des Mannes), handelt. Zu Urologen und Chirurgen, die diesen Eingriff durchführen, unterhalten Beratungsstellen Kontakt. Das Beratungsgespräch bei *Pro Familia* vor dem Aufsuchen der Arztpraxis wird von operierenden Ärzten als wesentlicher Beitrag zur Entscheidungshilfe angesehen.

Die Familienplanungsberatung und die Beratung bei „Frauen-Gesundheitsfragen“ bilden eine bemerkenswerte Schnittstelle mit den Gynäkologen, die sich nach Lage der Dinge unterschiedlich darstellt. Falls der niedergelassene Arzt die Kollegin von *Pro Familia* kennt und über die Arbeit unterrichtet ist, ergibt sich unmittelbar eine für beide Seiten erfolversprechende Kooperation. Im Rahmen einer solchen Zusammenarbeit überweisen niedergelassene Ärzte ihre Patientinnen an die *Pro Familia*-Ärztin, wenn etwa eine spezielle Verhütungsmethode, wie das Diaphragma, einer aufwendigen Information und der Erklärung von Anwendung und Anpassung bedarf. Andererseits verweist die *Pro Familia*-Ärztin die behandlungsbedürftigen Ratsuchenden an niedergelassene Gynäkologen, oder sie ebnet jungen Frauen durch die Beratung den Weg zum erstmaligen Frauenarztbesuch, der diese bisweilen mit Angst erfüllt.

Im Verhalten von niedergelassenen Ärzten gegenüber den bei *Pro Familia* tätigen Kolleginnen sind deutliche Unterschiede erkennbar. Ebenso unterschiedlich verhalten sich ärztliche Institutionen und Organisationen. Wenn es sich um Vorurteile handelt, beruhen sie vielfach auf Unkenntnis der ärztlichen Tätigkeit bei *Pro Familia*. Wo jedoch die Arbeit der *Pro Familia*-Ärztin bekannt ist und wo man sich bewußt ist, daß auch ein anderes Klientel als das des niedergelassenen Frauenarztes sich von *Pro Familia* angesprochen fühlt, dort wird die ärztliche *Pro Familia*-Arbeit als notwendig und hilfreich angesehen und als Baustein im Gesundheitssystem anerkannt, wie auch von manchen Krankenkassen und manchen Kasernenärztlichen Vereinigungen.

Infertilität

Ein sich neu eröffnendes Feld der Kooperation und Arbeitsteilung können Beratung

und Behandlung bei Fertilitätsstörungen werden. Bekanntlich sind bei derartigen Störungen multifaktorielle Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Unterrichtung und Beratung sind für die betroffenen Frauen oder Paare wichtige Voraussetzung zur Entscheidungsfindung für die eine oder andere vom Arzt vorgeschlagene Behandlung oder auch deren Ablehnung. Die Bedeutung der Beratung aus psychosomatischer Sicht über Risiken, Erfolgs- und Mißerfolgsraten, über die Dauer der Behandlung, insbesondere in der modernen Reproduktionsmedizin, hat ihren Niederschlag in den Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen zur künstlichen Befruchtung gefunden, die ein Beratungsverfahren vorsehen. Darin kommt zum Ausdruck, daß sich die Unterrichtung gezielt auf die individuellen medizinischen, psychischen und sozialen Aspekte der künstlichen Befruchtung bezieht. Außerdem soll das Gespräch nicht bei demjenigen Arzt geführt werden, welcher die Leistungen zur späteren künstlichen Befruchtung erbringt. Läge es da nicht nahe,

die Kooperation der „medizinisch und psychologisch geschulten“ *Pro Familia*-Ärztin zu suchen, die in der Beratung erfahren ist?

Nach den dargelegten Aspekten dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß eine Arbeitsteilung und Zusammenarbeit zwischen beratender *Pro Familia*-Ärztin und behandelnden niedergelassenen Ärzten positive Auswirkungen für alle Beteiligten haben kann. *Pro Familia* könnte dies in der Öffentlichkeit und gegenüber den Berufsorganisationen deutlich darstellen.

Dr. Jutta Walter, Ärztin. Für den Bundesverband lange tätig als Kursleiterin in der Fort- und Weiterbildung. Ihre Spezialgebiete sind die arztunabhängigen Methoden der Verhütung.



Berufstätig bei Pro Familia

Gertrud Halberstadt

Dieses ist ein sehr persönlicher Bericht über eine vielfältige Tätigkeit bei Pro Familia in Frankfurt am Main. Die Autorin ist seit mehr als drei Jahrzehnten an den Verbandsaktivitäten beteiligt und hat zu den Erfolgen beigetragen. Sie ist ein Beispiel für viele, die hier ungenannt bleiben müssen.

1961: Eine junge Frau, verheiratet, Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern, wird durch Zufall auf die Gründung einer Organisation aufmerksam gemacht, die sich mit Familienplanung (was ist das denn?) befassen will. Die Informantin befürwortet das Unternehmen als Gegnerin des §218, kann aber selbst nicht mitmachen. Sie bittet daher die Jüngere (also mich), sich zu beteiligen. Aufgrund zweifacher Abbruchserfahrungen in den 50er Jahren schien mir das Unternehmen sehr sinnvoll.

So fing meine Berufstätigkeit bei *Pro Familia* an, dauert bis heute und veranschaulicht deutlich die Entwicklung des Verbandes vom ehrenamtlich arbeitenden sozialen Verein zum modernen Dienstleistungsbetrieb mit professionellen MitarbeiterInnen.

1. Stadium: Da ist eine Gruppe von etwa 20 Personen in Frankfurt, die auf Initiative einer Ärztin, Frau Dr. Eva Hobbing, den eingetragenen Verein *Pro Familia* gegründet haben, der eine Beratungsstelle einrichten will. Geld ist keins vorhanden, aber viel guter Wille. Die Beitragseinnahmen bei 20–30 Mitgliedern und einem Jahresbeitrag von DM 12,- reichen kaum aus für Papier und Porto, um die Mitglieder zu Versammlungen einzuladen. Die Lösung ist vorgezeichnet: ehrenamtliche Arbeit.

Durch Unterstützung der Stadtverwaltung Frankfurt und der amerikanischen Familienplanungsorganisation (*Pro Familia* ist ja Gründungsmitglied der International Planned Parenthood Federation) wurde der Beginn der Beratungstätigkeit damals ermöglicht. In den Arztträumen einer Schule konnten wir Beratungen anbieten. Alle unsere Utensilien mußten wir in einem Spind unterbringen und jedesmal nach der Sprechstunde alles wieder wegräumen. Während der Sprechzeit wurden die ersten Briefe geschrieben, Einladungen fertiggemacht, Karteikarten ausgefüllt, unterdessen mußte ich als Helferin auch mal Handschuhe und Speckulauskochen. (Einweg war noch nicht erfunden.) Die ersten Einnahmen für die Beratungen gehen ein. (Die Pille ist gerade auf den Markt gekommen, das Diaphragma

wurde stark propagiert.)

Soweit Geld nicht für Büromaterial, kleinere Anschaffungen für die medizinischen Untersuchungen oder eine Annonce gebraucht wurde, bekamen die Ärztin und die Helferin auch schon mal ein Honorar (DM 30,-/10,- pro Abend), egal wie lange die Beratungsstunden dauerten.

Unter diesen räumlichen Bedingungen wurde etwa zwei Jahre in Frankfurt gearbeitet. Dann konnten wir endlich in das Haus des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Frankfurt umziehen, wo wir drei Räume gemietet hatten. Der Rest der großen Altbauwohnung war noch vom Schwerhörigenverband und der Tolstoi-Gesellschaft belegt und von einer Familie bewohnt. Wenn auch die Arbeitsbedingungen jetzt zunehmend besser wurden, die finanzielle Situation für die Mitarbeiter blieb bis 1971 dieselbe, dann wurde dieser Honorarsatz auf DM 60,-/20,- erhöht, und es gab die erste Sozialleistung: ein Weihnachtsgeld von DM 60,-/50,-!

Durch die Erweiterung des Beratungsgebots kamen allmählich weitere Berufsgruppen hinzu. Ich konnte mich seit 1964 auf die Verwaltungsarbeit konzentrieren und wurde als Halbtagskraft beschäftigt. Alle anderen MitarbeiterInnen (ja es waren tatsächlich ab und an auch mal Ärzte bei uns tätig) arbeiteten in der oben geschilderten Form. Allmählich konnten wir die Räume der Schwerhörigen und der Tolstoi-Gesellschaft übernehmen, und auch die Familie fand eine andere Bleibe. So konnte endlich der nervenaufreibende dreiteilige Bürobetrieb für den nach Frankfurt übernommenen Bundesverband, den inzwischen gegründeten Landesverband Hessen und den Ortsverband Frankfurt etwas getrennt geführt werden.

1971 zieht der Bundesverband in eigene Räume. Meine Arbeit verlagert sich durch die Einstellung einer Geschäftsführerin für den Ortsverband Frankfurt auf den Landesverband Hessen. Schließlich gibt es inzwischen in Hessen sechs Beratungsstellen, die alle unter ähnlich kuriosen Bedingungen zu arbeiten anfangen wie in Frankfurt. Da wir in Frankfurt die „Kinderkrankheiten“ schon hinter uns hatten, konnten wir den Neuanfängern Mut machen, daß sie auch allmählich bessere Arbeitsmöglichkeiten finden würden. Und sie haben sich auch alle, mehr oder weniger schnell, gut entwickelt und standen 1973 bereit, als das 2. Stadium der Entwicklung begann.

1973: Der Streit um die Reform des §218 nahm immer härtere Formen an. Die Frauenbewegung hatte durch die bekannten Selbstbezeichnungen, durch Demonstrationen großen Stils das Klima für eine gründliche Änderung des berüchtigten Paragraphen geschaffen. Die Bundesregierung

legte ihren Gesetzesentwurf für die Fristenregelung vor, der auch umfassende flankierende Maßnahmen enthielt. Die sollten in einem Modellprogramm schon vor der Verabschiedung des Gesetzes in Gang gesetzt werden. *Pro Familia* wurde vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gebeten, in ganz kurzer Zeit einen Vorschlag für dieses Modellprogramm zu erarbeiten. Es ist der damaligen Bundesgeschäftsführerin, Anna Luise Prager, gelungen, ein gut durchdachtes Konzept für diese Arbeit in allen Einzelheiten und mit allen erforderlichen Voraussetzungen personeller, räumlicher und inhaltlicher Art auszuarbeiten. Und das praktisch über Nacht!

Folgen der §218-„Reform“

Das brachte *Pro Familia* im Ministerium großen Kredit ein, aber wir waren ja auch die einzige kompetente Organisation auf diesem Gebiet. Der Entwicklungsschub, der mit dem Modellprogramm einsetzte, brachte *Pro Familia* fast an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Aber nach den Jahren der mühevollen Kleinarbeit, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Probleme der Familienplanung zu richten, fanden wir nun endlich Gehör und erhielten auch die Unterstützung für den Ausbau der Modellberatungsstellen. Unsere Blütenträume von der Fristenlösung, die 1974 vom Bundestag verabschiedet worden war, wurden dann zwar abrupt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zerstört. Aber schlimmer war für uns alle die Anfeindung durch die linke Alternativ-Szene.

Wir, die wir jahrelang gearbeitet hatten, um den Frauen durch gute Beratungen über Familienplanungsmethoden ungewollte Schwangerschaften zu ersparen, mußten nun erleben, daß wir durch unsere Bereitschaft, auch unter den Bedingungen des neuen, ungeliebten Gesetzes den Frauen zu helfen, von militanten Gegnerinnen des Gesetzes als Erfüllungsgehilfen bezeichnet wurden. Beratungsstellen wurden besetzt. Es wurde versucht, unsere Karteien zu entwenden, damit sie nicht eventuell durch die Polizei beschlagnahmt werden könnten usw. Dies nur als Schilderung über eine Zeit, in der sicher viele Mitarbeiterinnen der *Pro Familia* hin- und hergerissen waren zwischen ihrem Wunsch, den Frauen den Weg durch den neuen Beratungsdschungel zu bahnen, und andererseits wütend und enttäuscht waren über den Ausgang des Kampfes um die Reform des §218.

Zurück zur Entwicklung der *Pro Familia*: Neben den bisherigen „Hausfrauen“-Mitarbeiterinnen, die mit dieser stundenweisen Tätigkeit bei *Pro Familia* sowohl ihre beruflichen Kenntnisse auffrischen und erhalten konnten, als auch ihren familiären Pflichten

nachkommen konnten, treten nun berufstätige Frauen in Erscheinung, die für sich und oft auch für ihren studierenden Partner und/oder ihre Kinder den Lebensunterhalt verdienen mußten. Nun gibt es feste Arbeitsverhältnisse mit geregelter Stundenvergütung oder entsprechender tariflicher Bezahlung. Besonders die Sozialarbeiterinnen finden nun ein breites Betätigungsfeld in den Beratungsstellen, da sie die vorgeschriebenen sozialen Beratungen ausführen. Aber im Katalog der Berufe ist nun auch ein fester Platz für Sexual- und PartnerschaftsberaterInnen verankert, die ja bereits seit Ende der 60er Jahre in verschiedenen Beratungsstellen, die von den Ratsuchenden gewünschten Beratungen in vielfältigen familiären oder partnerschaftlichen Fragen übernommen haben. Seit 1971 konnten unsere Mitarbeiterinnen den vom Bundesverband angebotenen berufsbegleitenden Fortbildungskurs zur Sexual- und PartnerschaftsberaterIn belegen und ein entsprechendes Zertifikat erwerben.

Nun fehlen noch die Sexualpädagogen als Berufsgruppe. Sexualpädagogik ist zwar von Anfang an als satzungsgemäße Aufgabe festgelegt, eine besondere Fort- und Weiterbildung für PädagogInnen oder SozialarbeiterInnen gab es bis dahin nicht. Der bereits existierende sexualpädagogische Ausschuß des Bundesverbandes soll 1974 ein Konzept für sexualpädagogische Gruppenarbeit ausarbeiten. Diese Arbeit wird stark durch Erfahrungen geprägt, die in mobilen Informationsbussen im Rahmen des Modellprogramms gemacht wurden. Gruppenarbeit ist eine Methode und ein Begriff, der in dieser Zeit auftaucht.

Mit dieser Vielfalt von Berufen und der damit einhergehenden Professionalisierung wird *Pro Familia* zum Arbeitgeber und muß mit dieser Verwaltungsaufgabe fertig werden. Ich persönlich machte meine ersten Gehversuche auf diesem Gebiet mit meiner eigenen steuer- und versicherungspflichtigen Tätigkeit. Nun aber kamen die vielfältigsten Familienkonstellationen unserer Mitarbeiterinnen, die zu verarbeiten waren. In dieser Lehrzeit war uns der DPWV eine große Hilfe in verwaltungstechnischen und rechtlichen Fragen. Schwerer als die Einrichtung einer Personalverwaltung war für die Vorstände der Ortsverbände die Übernahme der Arbeitgeberrolle. Auch sie hatten in der Regel keine Ahnung von diesen Dingen, aber viel guten Willen, der *Pro Familia* zu helfen. Je nach ihren personellen Möglichkeiten haben in Hessen die Ortsverbände die Arbeitgeberfunktion übernommen oder sie an den Landesverband abgetreten.

Inzwischen ist alles wohlgeordnet und eingespielt: Wir haben einen Betriebsrat, einen Manteltarifvertrag mit den erforderlichen

chen Tarifverträgen, die sich nach den Abschlüssen der ÖTV richten, wir kennen uns mit dem Betriebsverfassungsgesetz aus und haben auch schon Auseinandersetzungen vor der Einigungsstelle oder dem Arbeitsgericht ausgetragen.

Was ich hier schildere bezieht sich auf die Entwicklung in Frankfurt und Hessen. In anderen Landesverbänden hat sich auch eine zentralistische Struktur ergeben. Dort verwaltet dann die Landesgeschäftsstelle alle Beratungsstellen und das dort tätige Personal zentral.

Mit der Phase der Modellberatungsstellen und dem weiteren Ausbau des Beratungsnetzes in Hessen hat sich die Arbeit der Landesgeschäftsstelle wesentlich erweitert. Meine Funktion als Leiterin der Geschäftsstelle, die aber nur aus mir bestand, wurde mit zunehmender Arbeitsfülle zur Geschäftsführerin des Landesverbandes erweitert. Anfang der 80er-Jahre zog die Belegschaft des LV-Büros in eigene Räume, denn nun waren wir inzwischen 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und hatten uns um etwa 100 Beschäftigte im Land Hessen zu kümmern und das Beratungsstellennetz umfaßte nun 17 Beratungsstellen.

Meine Arbeit als Geschäftsführerin im LV Hessen habe ich mit Erreichen der vorgezogenen Altersgrenze beendet. Aber als Rentnerin fühlte ich mich ja nun doch noch nicht. Die gerade in Gründung und Aufbau befindliche Vertriebsgesellschaft konnte gut eine Hilfe gebrauchen. So bin ich dort nun wieder in alle Geburtswehen hineingeraten und kann eine neue Form der *Pro Familia*-Arbeit wachsen und gedeihen sehen.

So ist aus dem kleinen Verein des Jahres 1961 inzwischen eine Institution geworden, die aus dem öffentlichen Leben nicht mehr wegzudenken ist. Für das Gros der *Pro Familia*-MitarbeiterInnen gilt aber sicher heute wie damals, daß sie eine gehörige Portion Engagement für diese Arbeit mitbringen. Beispiele dafür finden sich immer wieder, hier wie anderswo.

Gertrud Halberstadt, 64 Jahre, Kfm. Angestellte bei *Pro Familia* Vertr. GmbH. Vorher Geschäftsführerin beim LV Hessen, Gründungsmitglied von *Pro Familia* Frankfurt 1961.



Anfänge der Sexualpädagogik in der Pro Familia

Die Anfänge sexualpädagogischer Arbeit der Pro Familia finden sich Ende der sechziger Jahre. Damals waren es einzelne Landesverbände (z. B. Niedersachsen), die auf dem Gebiet der Sexualpädagogik tätig wurden. Im Tätigkeitsbericht 1970/71 des Bundesverbands wird festgehalten: „Es wurde aber für wichtig angesehen, daß eine Erklärung zur Sexualpädagogik durch den Bundesverband herausgegeben werden sollte.“

Über den Beginn und die ersten Jahre der Sexualpädagogik wurde mit Karl Ernst Plümer (Frankfurt am Main) Mitte Januar 1992 ein ausführliches Gespräch geführt. Der fragende Gesprächspartner war Robert Bolz (München), der das Gespräch auch bearbeitet hat.

1) Der Anfang

Karl Ernst Plümer (der spätere erste Leiter des sexualpädagogischen Ausschusses) hatte bereits an seiner schulischen Arbeitsstätte, der Carl-Schurz-Schule in Frankfurt am Main, mit dem Thema Sexualerziehung zu tun. Anfang der sechziger Jahre forderte der Elternbeirat die Schule auf, sie möge auf dem Gebiet der Geschlechtererziehung (so lautete der damalige Terminus) aktiv werden. So kam es zur Gründung des „Ausschusses für Geschlechtererziehung“, dem Lehrer, Mitglieder des Elternbeirats – später auch Schüler und Schülerinnen der höheren Klassen – angehörten. 1967 wurde ein wichtiges Jahr: Zum einen brachte die Veröffentlichung von „Zur Revision der Sexualpädagogik“ eine grundlegende Besinnung über die Dimensionen des Themas und mögliche Lernziele. Zum anderen änderte sich auch das Schulrecht: Hessen erließ seine „Richtlinien für die geschlechtliche Erziehung in den hessischen Schulen“ (denen 1968 die „Empfehlungen zur Sexualerziehung in Schulen“ der Kultusministerkonferenz der Länder folgten).

Da K. E. Plümer nicht nur „Lehrer“ war, sondern auch Gründungsmitglied des Ortsverbands Frankfurt am Main der *Pro*

lia und bald darauf Mitglied des Bundesvorstands, wurde er beauftragt, sich des Arbeitsbereiches Sexualpädagogik im Bundesverband anzunehmen.

Ein Seminar zum Thema „Sexualerziehung in der Schule“ der IPPF Europa in Baden bei Wien ermöglichte es K. E. Plümer, der für die *Pro Familia* daran teilnahm, wichtige internationale Erfahrungen zu sammeln.

2) Der Sexualpädagogische Ausschuß

Im März 1971 verfaßte eine Gruppe von Ärzten, die an einem psychologischen Seminar teilgenommen hatten, und einige Lehrer (darunter Plümer) „Thesen zur Sexualpädagogik“, die gedacht waren als eine kurze Beschreibung der kontroversen Einstellungen der Sexualpädagogen in diesem Land und die außerdem zeigen wollten, wo *Pro Familia* stand und was für Ziele dieser Verband in der Sexualpädagogik verfolgte. Diese Thesen sollten auf der Bundesmitgliederversammlung 1971 diskutiert werden. Da diese Diskussion nicht zu Ergebnissen führte, wurde der Vorschlag des damaligen (geschäftsführenden) Vize-Präsidenten (Dr. Jürgen Heinrichs) von der Mitgliederversammlung gebilligt, „1. Die kommissarische Leitung eines Sexualpädagogischen Ausschusses dem Mitglied des Präsidiums, Herrn Studiendirektor Plümer, zu übertragen und 2. Ausschuß-Mitglieder zu benennen, wobei eine angemessene Besetzung berücksichtigt werden sollte.“ Dieser Beschluß hatte die Errichtung eines sexualpädagogischen Ausschusses innerhalb der *Pro Familia* zur Folge, der sich im Laufe des Jahres 1971 konstituierte. An Mitgliedern konnten gewonnen werden: neben Herrn Plümer (als Leiter) Herr Weicker (Dipl.-Psych., OStR im Hochschuldienst) aus Hanau, Frau Dr. Oppermann (Ärztin/Psychoanalytikerin) aus Hannover, Herr Verch (Pädagoge) aus Hamburg, Frau Dr. Rahmig (Ärztin) aus Frankfurt am Main und die damalige Bundesgeschäftsführerin Frau Prager, Frankfurt am Main.

Als erste Aktivität veröffentlichte der Ausschuß im März 1972 seine „Thesen zur Sexualpädagogik“.

3) Thesen zur Sexualpädagogik

In diesen Thesen beschrieb und kritisierte der Ausschuß zunächst die „traditionelle Geschlechtererziehung“, um dann dieser konservativen Begrifflichkeit das Neue gegenüberzustellen: eben die „neue (emanzipatorische) Sexualpädagogik“, die sich „gegen repressive Enthaltsamkeitserziehung und gegen unkritische Tradierung von Geschlechtsstereotypen (wendet)“ (These 4.1). Gefordert wurden ferner: das Recht von Jugendlichen, eigene sexuelle Erfahrungen zu machen, daß die Ehe zwar eine, aber nicht die alleinige Möglichkeit sei, um sexuelle Kontakte zu verwirklichen, und daß Alex Comfords ethische Regeln für verantwortliches sexuelles Verhalten gelten sollen. Vergessen wurde auch nicht der Hinweis auf die UN-Charta, in der die Möglichkeit der Empfängnisregelung und Familienplanung als Menschenrecht deklariert wurde. Die Thesen schlossen mit der Feststellung: „Lieben sollte die Freiheit voraussetzen, einen Partner zu wählen oder sich ihm zu versagen.“

Mit diesen Thesen (die im Mai 1977 zum 25-jährigen Bestehen der *Pro Familia* überarbeitet wurden) hatte der Verband im Bereich der Sexualpädagogik erstmals öffentlich Position bezogen, die in der (weiten) Landschaft einer sich emanzipatorisch verstehenden Sexualpädagogik angesiedelt war.

Natürlich gab es auch Widerstände gegen diese Position: Es gab Widerstände gegen die Anlage dieser Sexualpädagogik auf tiefenpsychologischer Grundlage, es gab aber auch Widerstände gegen die angebliche Laxheit und Liberalität, die in den Thesen zum Ausdruck kämen, und gegen Sexualität als Erlebnisbereich für Jugendliche. Ausschußmitglieder, besonders Plümer, waren damals viel unterwegs, um *Pro Familia* und ihre sexualpädagogische Auffassung zu erläutern und zu verteidigen.

4) Weitere Aufgaben des Ausschusses für Sexualpädagogik

Der Ausschuß hatte die Aufgabe, Präsidium und Erweiterten Vorstand in allen sexualpädagogischen Fragen zu beraten. Der Ausschuß selbst gab sich acht Arbeitsschwerpunkte, die nach Plümer folgende waren: 1) Die bereits erwähnten Thesen zur Sexualpädagogik sollten jeweils auf den neuesten Stand gebracht werden, um die sexualpädagogischen Tendenzen in der BRD aufzuzeigen und die Position der *Pro Familia* darzustellen;

2) eine Bücherliste zur Sexualpädagogik von Seiten der *Pro Familia* regelmäßig herauszugeben, um in der Flut der Veröffentlichungen in den 70er Jahren eine Orientie-

rungshilfe zu leisten (Bücher für Eltern, für Kinder und Jugendliche, für Lehrer und Erzieher etc.);

3) die interessantesten, wichtigsten Veröffentlichungen regelmäßig in den „*Pro Familia* Informationen“ zu besprechen;

4) Zusammenarbeit für und Kooperation mit den sexualpädagogischen Ausschüssen der Landesverbände, Unterstützung der Beratungsstellen in ihrer sexualpädagogischen Arbeit bis hin zur Ausarbeitung von Vorschlägen zur Zusammenarbeit der Beratungsstellen mit Schulen (damals lag der Schwerpunkt auf der schulischen Sexualpädagogik);

5) Erstellen einer Liste von Referenten und Referentinnen, die Sexualpädagogik, wie diese von *Pro Familia* verstanden wurde, in Veranstaltungen in Schulen, Jugendgruppen etc. vertreten konnten;

6) Zusammenarbeit mit dem Werbeausschuß der *Pro Familia*, um Informations- und Werbematerial für Jugendliche und Schulen herauszugeben;

7) Zusammenarbeit mit dem Ausschuß für Aus- und Weiterbildung der *Pro Familia*, um Fortbildungsangebote für LehrerInnen, ÄrztInnen, SozialarbeiterInnen, JugendleiterInnen und Eltern zu entwickeln;

8) Ständige Verbindung mit dem „Regional Information and Education Committee (RIEC)“ der IPPF Europa Region, insbesondere Mitarbeit in der „Sex Education Working Group“ der Region (dies war besonders K. E. Plümers Aufgabe).

Bei der Durchsicht der Jahresberichte 1975–78 des Ausschusses fallen die folgenden Schwerpunkt-Aktivitäten auf:

- Überarbeitung der „Thesen zur Sexualpädagogik“;

- Erstellung der Bücherliste und deren Fortschreibung;

- Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen;

- Vorarbeiten für das Problemgebiet „Behinderte und Sexualität“.

5) Fortbildungsmaßnahmen

Zu einem zentralen Aufgabenbereich des Ausschusses wurde die Fortbildung.

Der Schwerpunkt lag auf der Fortbildung von Lehrern. Die Wahl dieser Zielgruppe hatte laut K. E. Plümer „viel mit meiner eigenen Biographie zu tun, da ich von der Schule her kam und mir die großen Defizite bewußt waren und ich sie täglich erfahren habe – in der Ausbildung von Lehrern kam Sexualpädagogik im besten Fall am Rande vor“. In den 60er Jahren wurden nach und nach Richtlinien erlassen und mit dem KMK-Beschluß zur Sexualpädagogik gehörte dieses „Fach“ zum Standardangebot in Schulen. Der Ausschuß wandte sich mit seinen Ausschreibungen an die Kultusminister der Länder und erreichte in einigen

Ländern, daß diese Kurse in den Amtsblättern veröffentlicht wurden und interessierte LehrerInnen sich daraufhin anmelden konnten. So wurden 1975 und 76 Seminare für LehrerInnen durchgeführt. Ab 1977 wechselten die Zielgruppen der Fortbildung: von den LehrerInnen weg und hin zu den MitarbeiterInnen der *Pro Familia*. Der Grund für diesen Wechsel der Zielgruppe lag darin, daß die Tätigkeit der *Pro Familia* im Bereich der offenen Jugendarbeit ständig zunahm und es dazu qualifizierter MitarbeiterInnen bedurfte. Hinzu kam, daß die eigenen MitarbeiterInnen besser erreichbar waren als die Riesenanzahlen von LehrerInnen. Für diese hätte eine Vielzahl von Seminaren angeboten werden müssen, was die *Pro Familia* nicht leisten konnte – an ein flächendeckendes Angebot wäre nie zu denken gewesen.

Hinzu kam der enorme Wachstumsschub der *Pro Familia* durch die Neufassung des §218 StGB. Sexualpädagogik wurde als präventiver Bereich gesehen, der entsprechende Fortbildung der MitarbeiterInnen voraussetzte.

6) Internationales

K. E. Plümer betont die Wichtigkeit der Mitarbeit in der IPPF: Durch Anregung, Unterstützung und Herausforderung wurde auch in der *Pro Familia* „einiges in Gang gebracht: man wurschtelte nicht nur immer im eigenen Garten, sondern profitierte auch davon, was die anderen taten, blickte über den eigenen Tellerrand hinaus“. So fanden die Thesen zur Sexualpädagogik (in ihrer englischen Übersetzung) große Aufmerksamkeit innerhalb der IPPF und – wie K. E. Plümer sich erinnert – „gingen auf der 21-Jahr-Feier der Welt-IPPF 1973 weg wie warme Semmeln – und viele Gespräche schlossen sich an“.

Karl Ernst Plümers aktive Mitarbeit nahm 1979 ab. Zehn Jahre später entsandte ihn *Pro Familia* in eine Arbeitsgruppe der IPPF Europa, die sich intensiv wieder mit schulischer Sexualerziehung befaßte. In dieser „Sex Education Working Group“ waren VertreterInnen aus Belgien, England, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland (K. E. Plümer) und der (damaligen) Deutschen Demokratischen Republik (C. Drunkenmölle & H.-G. Neumann), aus Polen, Schweden und der Türkei. Plümer gestaltete die Länderstudie „Sex Education in Schools in the Federal Republic of Germany“ und arbeitete engagiert in der Arbeitsgruppe mit. Die Möglichkeiten schulischer Sexualerziehung wurden insgesamt „kritisch“ gesehen und eingeschätzt. Trotzdem wurde schulische Sexualerziehung als wichtig und notwendig erachtet. (Der Bericht dieser Arbeitsgruppe ist (bisher nur

auf Englisch erschienen.)

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß es immer Plümers Bemühen war, dem Bereich der Sexualpädagogik einen hohen Stellenwert, besonders im Bereich der Schule, einzuräumen. Er gehört zu den „Pionieren“ schulischer und außerschulischer Sexualpädagogik in der *Pro Familia*.

Verwendete Materialien:

Karl E. Plümer: Ist Sexualpädagogik noch gefragt? Vortrag anläßl. der 10-Jahres-Feier des OV Frankfurt am Main der *Pro Familia*, 3. 12. 1971.

Pro Familia: Thesen zur Sexualpädagogik, 4. 3. 1972. Entwurf: Darstellung der Aufgaben des Sexualpädagogischen Ausschusses, September 1975.

Karl E. Plümer: Sexualerziehung an der Carl-Schurz-Schule. In: Jahrbuch der Carl-Schurz-Schule, Frankfurt am Main, 1976.

Pro Familia: Thesen zur Sexualpädagogik, Mai 1977. Robert Boltz: Arbeitsbereich Sexualpädagogik in der *Pro Familia*. In: Fricke/Klotz/Paulich: Sexualerziehung in der Praxis. Köln, 1980.

International Planned Parenthood Federation (IPPF) Europe Region: The Other Curriculum: European Strategies for School Sex Education. Edited by Philip Meredith, London, 1989.



Karl Ernst Plümer, 67 Jahre, Studiendirektor a.D. in Frankfurt am Main; seit mehr als zwei Jahrzehnten aktiv an der Arbeit der *Pro Familia* beteiligt und auch international anerkannt.

Redaktionsschluß für die nächsten Ausgaben

Die Redaktion freut sich über jeden Beitrag aus dem Kreis der Leserinnen und Leser, auch über Leserbriefe (die sollten möglichst kurz gehalten sein, damit Kürzungen nicht erforderlich sind).

Heft 3/92 zum Thema „Neue Keuschheit“ erscheint Anfang Mai. Das Schwerpunktthema ist redaktionell abgeschlossen. Aktuelle Kurzberichte können bis zum 4. April eingeschickt werden.

Heft 4/92 zum Thema „Kinderwunsch“ erscheint Anfang Juli 1992. Redaktionsschluß für Beiträge zum Schwerpunktthema ist der 2. April, für aktuelle Kurzberichte ist es der 3. Mai 1992.

Familienplanungszentren

Zielsetzung, Entwicklung, Perspektiven

Helga Glufke

Dieser Bericht über die Entwicklung einer neuen Form von Beratungsstellen als Familienplanungszentren (FPZ) ist von einer Frau geschrieben, die selbst an dieser Entwicklung beteiligt war. Über die Fortsetzung in den verschiedenen Bundesländern werden wir in dieser Zeitschrift später noch zu berichten haben; einiges tut sich in Rheinland-Pfalz, bald wohl auch in Ostdeutschland.

Es ist nun zwanzig Jahre her, daß sich im Zuge der Liberalisierung des Strafrechts Aktionskomitees zur Reformierung und Abschaffung des § 218 bildeten. In vielen Städten formierten sich Frauengruppen, die die Abschaffung des § 218 forderten. Über 300 Frauen gaben öffentlich bekannt, eine Abtreibung vorgenommen zu haben. Im Juni 1976 wurde dann die Neufassung des § 218 StGB, das sogenannte „erweiterte Indikationsmodell“, rechtskräftig. Frauen waren somit in der Umsetzung ihrer Entscheidung zu einem Schwangerschaftsabbruch weiterhin abhängig von der Haltung der ÄrztInnen und der subjektiven Einschätzung der BeraterInnen.

Zur konkreten Durchführung eines Abbruches haben alle Bundesländer mit Ausnahme von Baden-Württemberg und Bayern Regelungen für Einrichtungen zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch getroffen. Sie legten Ausstattung, Personal und inhaltliche Kompetenzen einer solchen Einrichtung fest.

In dieser Situation der klaren gesellschaftlichen Absage an ein Selbstbestimmungsrecht der Frau in der Entscheidung zum Austragen oder Abbrechen einer Schwangerschaft entstand die Idee der Schaffung von Familienplanungszentren (FPZ): Alles was medizinisch sinnvoll und gesetzlich erzwungen ist, soll innerhalb einer Institution angesiedelt werden – nämlich Hilfenberatung, Indikationsstellung, medizinische Aufklärung, ambulanter Abbruch und medizinische Nachuntersuchung.

Das erste Zentrum wurde im Februar

1979 von *Pro Familia* Bremen eröffnet. Weitere Zentren folgten: 1982 Hamburg, 1985 Rüsselsheim und Saarbrücken, 1986 Kassel, 1990 Gießen, 1992 Hannover und Mainz.

Die Familienplanungszentren der *Pro Familia* haben sich ganz auf die besonderen gesetzlichen Bestimmungen und die politischen Bedingungen in der BRD eingestellt; Sie halten den komplizierten Verfahrensweg genau ein und versuchen dennoch, die Belastungen, die sich dadurch für die Frauen ergeben, durch respektvolle Haltung, Empathie sowie durch reibungslose Organisation zu mildern. Sie verwirklichten darüber hinaus ein Konzept, das vorsieht, sonst unterschiedene psychosoziale und medizinische Bereiche, wie Empfängnisregelung, Schwangerschaftsabbruch, Geburtsvorbereitung, Sexualität und Partnerschaft, innerhalb einer Institution anzusiedeln. Es wurde dadurch auch ein klarer Akzent gesetzt in der Aufhebung der Trennung in „gute“ Frauen, die eine Schwangerschaft austragen, und „schlechte“ Frauen, die eine Schwangerschaft abbrechen lassen. Doch im wesentlichen wurde ein Ort geschaffen, an welchem mögliche medizinische und menschliche Versorgung angeboten wird, die den Frauen, die einen Abbruch durchführen lassen wollen, eine Behandlung frei von Diskriminierung und nach den neuesten medizinischen Kenntnissen zukommen läßt.

Praxis

Es zeigte sich in der Folge auch, daß mit der schonenden Absaugmethode bei Eingriffen bis zur 10. Woche nur geringe medizinische Komplikationen und sehr selten Spätfolgen auftraten, wie etwa Gebärmutterverletzungen nur noch bei 0,1%–0,2%.

Die Qualität des medizinischen Angebots und das Vorfinden einer Atmosphäre, die die Frau in ihrer Entscheidung respektiert, führte zu einem hohen Maß an Zufriedenheit bei Frauen, die in einem FPZ einen Abbruch haben vornehmen lassen. Dies bezeugt die Vielzahl von Rückmeldungen, in denen von „Verständnis, Unterstützung, Wohlbefinden und in ihrer Entscheidung sich getragen gefühlt“ die Rede ist.

Trotz der unbestreitbaren Qualität der

medizinischen Versorgung und psychosozialen Betreuung der Frauen in den Zentren gestaltete sich die Zulassungsprozedur bei den zuständigen Behörden wie Regierungspräsident und Gesundheitsamt oftmals sehr schwierig. Der Kampf um Zulassung mit den Behörden dauerte oft jahrelang und war meist von primärer Ablehnung und Ignoranz geprägt.

Dann waren Ermächtigungen zur Kassenabrechnung und Anerkennung einzelner ÄrztInnen zu erwirken, was auf unterschiedlich hartnäckigen Widerstand bei den örtlichen Kassenärztlichen Vereinigungen stieß.

Bei diesem Hürdenlauf wurde überdeutlich, daß *Pro Familia* einerseits mit der Mißgunst aus der Ärzteschaft und ihrer Standesvertreter zu kämpfen hat, andererseits mit politischen Verhältnissen, die Schwangerschaftsabbrüche durch das Strafgesetz reglementieren und die Unterstützung von ungewollt schwangeren Frauen in den Bereich der Illegalität zu drängen versuchen.

So widmen Abtreibungsgegner, wie die organisierten „Lebensschützer“, sich der Aufgabe, nachzuweisen, daß *Pro Familia* die gesetzlichen Bestimmungen nicht einhalten würde, und sorgen so für massive Untergrabung und Behinderung der Arbeit in den Zentren.

Eine ständige Auseinandersetzung mit dem „Umfeld“ und die gleichzeitige Aufrechterhaltung der laufenden Arbeit bedarf eines großen Engagements der MitarbeiterInnen, was nur mittels einer hohen Identifikation mit dem frauenpolitischen Thema der realen Auswirkung des §218 zu halten ist.

Daß es nur so wenige Familienplanungszentren gibt, ist nicht mit einer mangelnden Nachfrage zu erklären, sondern mit den aufreibenden Kämpfen, die MitarbeiterInnen solcher Einrichtungen zu bestehen haben, um das „Innen“ der täglichen Arbeit vor dem drohenden „Außen“ zu schützen. *Pro Familia* ist auf öffentliche Gelder angewiesen und somit in ihrer Existenz direkt abhängig von den politischen Verhältnissen. Ein FPZ, in Bielefeld geplant, konnte nach einer jahrelangen Planungsphase erst gar nicht eröffnet werden, da die nordrhein-westfälische Landesregierung die Zulassungskriterien derart verschärfte, daß eine Umsetzung unmöglich wurde.

Medizin

Zu den ideologischen Angriffen kommt die Kritik an der medizinischen Behandlung. Ambulante Abbrüche werden als zu risikoreich dargestellt, und dies gerade von Seiten der Ärzteschaft, die in Kliniken häufig noch mit veralteten Methoden in diesem Bereich arbeiten. Sie haben während ihrer

Ausbildung in der Gynäkologie in der Regel nur selten den Eingriff Schwangerschaftsabbruch vorgenommen und dies niemals unter örtlicher Betäubung. Der medizinische Standard hieß häufig: Ausschabung, Prostaglandine, Vollnarkose, mehrtägiger stationärer Aufenthalt.

Das holländische Modell der Stimezokliniken fand in seinem Nachbarland keine Nachahmung. Hier werden von erfahrenen ÄrztInnen seit Anfang der siebziger Jahre ambulante Abbrüche unter örtlicher Betäubung bis zur 14. Schwangerschaftswoche (und darüber hinaus) gesundheitsschonend und risikoarm für die Frau vorgenommen. Daß jedoch auch bei der Ärzteschaft veränderte politische Mehrheitsverhältnisse die Bereitschaft fördern, sich für die Interessen der Frauen einzusetzen, zeigte das Beispiel Niedersachsen. Hier übernahm im Juni 1990 eine rot-grüne Koalition die Regierung, und bereits im August 1990 äußerte sich der Präsident der Landesärztekammer (gemeinsam mit dem Berufsverband der Frauenärzte) öffentlich, daß nun ambulante Abbruchmöglichkeiten geschaffen werden müssen, denn die Frauen würden besser bei ihrem vertrauten Arzt behandelt und ein längerer Klinikaufenthalt sei medizinisch und sozial nicht zu empfehlen. Außerdem sei ein ambulanter Abbruch wesentlich billiger. In den vergangenen Jahren hatten die Ärzteorganisationen hingenommen, daß die konservative Landesregierung Zulassungen verweigerte und selbst durch Gerichtsverfahren nicht gezwungen werden konnte, den ambulanten Abbruch auch in Niedersachsen möglich zu machen. Sie begründete dies stets damit, daß die Behandlung in der Klinik aus medizinischen Gründen vorzuziehen sei und außerdem kein Bedarf für ambulante Abbrüche bestehe.¹

Renate Sadrozinski, Mitbegründerin des Familienplanungszentrums Hamburg, hat in ihrer 1990 veröffentlichten Studie „Die ungleiche Praxis des §218“ mit ihrer erstellten „Verwaltungskarte Deutschland“ einen klaren Blick dafür geschaffen, wie Frauen, je nach Lage ihres Wohnortes, gezwungen werden, mehr oder weniger weite Reisen für einen Abbruch auf sich zu nehmen. In Rheinland-Pfalz waren dies 70% der Frauen, in Baden-Württemberg und Niedersachsen 60%.

Daß Frauen oft sehr weite Wege hinter sich haben, spüren die Zentren nicht nur während der Schwangerschaftsabbrüche, sondern häufig schon im Vorfeld. Verzweifelte Frauen rufen aus den ländlichen Regionen an, wo ihnen alle Wege zu einem Abbruch versperrt erscheinen. Angstvolle Anrufe von Frauen aus Süddeutschland erreichen hessische Zentren, daß sie nicht mehr wissen würden, wo sie noch hingehen könnten, um überhaupt erst eine Indikation zu

bekommen. Informationsdefizite und eine ablehnende Haltung von ÄrztInnen gegenüber dem Thema Abbruch führen häufig zu Verzögerungen, so daß auch die Zentren mit weiter vorangeschrittenen Schwangerschaften konfrontiert werden. Wo die Grenze gesetzt wird, ob der Eingriff bis zur 10., 12. oder 14. Schwangerschaftswoche vorgenommen wird, ist je nach Zentrum unterschiedlich. In der Regel hängt dies von der Erfahrung der dort arbeitenden ÄrztIn ab.

Forschung

Etwa 77% aller gemeldeten Abbrüche in der BRD werden in *Pro Familia*-Zentren vorgenommen.

Pro Familia-Zentren haben Modellcharakter. Viele Arztpraxen versuchen inzwischen, nach dem Prinzip der Zentren die Frauen zu behandeln und dementsprechende Angebote zu entwickeln.

Die bewußte Auseinandersetzung mit Schwangerschaft und deren Bedeutung für ein Frauenleben und ebenso die gesammelten Erfahrungen und Kenntnisse in dem medizinischen und psychosozialen Bereich haben zu konkreten Ergebnissen in der Forschungsarbeit geführt.

Frauen des Familienplanungszentrums Hamburg veröffentlichten:

1986

– Enthüllungen. Männer über Verhütung, Kinderkriegen, Abtreibung, Sexualität.

1987

– Gemischte Gefühle – von Frauen, die ungewollt schwanger sind.

1988

– § 218: Zu Lasten der Frauen.

1990

– „Das hätte nicht noch mal passieren dürfen.“ Wiederholte Schwangerschaftsabbrüche und was dahintersteckt.

1991 war dann auch ein Film über den ambulanten Schwangerschaftsabbruch, gedreht im FPZ Hamburg, fertiggestellt. Er zeigt in einer Klarheit den tatsächlichen Verlauf eines Schwangerschaftsabbruches. Die Frau bleibt Hauptbeteiligte, ist ansprechbar und immer dabei.

Aber es scheint gar nicht so einfach zu sein, einen Film zu verbreiten, der aus Erfahrung im Umgang mit Frauen, die ungewollt schwanger geworden sind, entstanden ist.

Da bleibt die Nachfrage eher bei dem Film „Der stumme Schrei“, ebenfalls ein Film über den Schwangerschaftsabbruch, der spektakulär den Blick der ZuschauerInnen an einen gejagten Embryo fesselt. Daß dieser Film mit medizinischen Ungenauigkeiten und Unrichtigkeiten arbeitet, wird von der Öffentlichkeit nicht hinterfragt. Grund dafür ist meines Erachtens: Der

Film bietet den ZuschauerInnen eine klare Identifikation mit der „guten“ gebärenden Frau an und eine emotional harte Abgrenzung gegen das böse Objekt, die abtreibende Frau.

Die Familienplanungszentren sind Orte der wohlwollenden Aufnahme solcher „bösen“ Frauen. Vielleicht sind sie deshalb ständig der vernichtenden Kritik und der Hinterfragung ihrer Legalität ausgesetzt.

Demzufolge wäre die Anerkennung der Arbeit der FPZs eng verknüpft mit einer gesellschaftlichen Nichtentwertung derjenigen Frauen, die nicht gebären wollen. Und davon sind wir wohl noch weit entfernt. Die momentan geführte Debatte um die Reformierung des §218 zu einem Gesamtdeutschen zeigt es in aller Klarheit.

¹ Sadrozinski, Renate: „Die ungleiche Praxis des §218“. Eine Darstellung der Wege und Umwege zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch in der BRD im Jahre 1990. Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung e. V., 1990.



Helga Glufke, 38 Jahre, Diplom-Pädagogin, Sexual- und Paarberaterin, Mitbegründerin des Familienplanungszentrums Kassel.

- Anzeige -

Pro Familia Hanau sucht eine

Supervisorin

für Team- und Fallbesprechungen
ab April 1992 jeweils zwei Stunden
alle 14 Tage.

Bewerbungen an:

Pro Familia
Vor dem Kanaltor 3
6450 Hanau
(Tel.061 81/2 1854)

Pro Familia: Liebevoll und parteilich auf der Seite der Ratsuchenden

Monika Ganseforth

Monika Ganseforth ist seit vielen Jahren Mitglied der Pro Familia in Niedersachsen und seit 1991 Vorstandsvorsitzende dieses Landesverbands. Daneben setzt sie sich seit Jahren – auch als Mitglied des Deutschen Bundestages – für die Belange der Frauen und Jugendlichen ein.

Zum 40. Jubiläum der Pro Familia skizziert sie cursorisch die gesellschaftliche Bedeutung der Pro Familia – insbesondere ihr Einsatz für ein menschlich befriedigendes Zusammenleben –, die Art der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und künftige weitere Schwerpunkte der Pro Familia-Arbeit.

Noch immer können viele Menschen hierzulande Geschlechtlichkeit und Sexualität nicht als positiven und beglückenden Teil ihrer eigenen Person erleben. In der Kindheit und Jugend haben sie Sexualität als Tabu, als etwas Verbotenes, Schmutziges oder Bedrohliches erfahren, über das man nicht spricht, das aber trotzdem allgegenwärtig aus Medien und Werbung lockt. Doppelmoral wird so zur alltäglichen Erfahrung.

Auch die Vorstellungen über das andere Geschlecht sind vielfach von Zerrbildern geprägt, die von Verachtung des anderen bis zur Angst vor ihm, von Bewunderung bis Erlösungssehnsucht reichen. Die tatsächlichen Unterschiede im Erleben aber bleiben meist ausgeklammert wie beispielsweise, daß Frauen mit einer latenten Angst vor sexuellem Mißbrauch leben müssen.

Seit vierzig Jahren macht es sich die Pro Familia zu einer ihrer wichtigsten Aufgaben, Menschen dabei zu helfen, die Geschlechtlichkeit zu akzeptieren und in das Dasein zu integrieren, Sexualität lustvoll und verantwortlich zu leben. Sie arbeitet damit an einem menschlicheren Klima in dieser Gesellschaft, das Selbstakzeptanz und Respekt vor dem anderen ermöglicht.

Die Instrumente dazu sind Sexualberatung und Sexualpädagogik, Beratung und Hilfe in Fragen der Partnerschaft. Sie sollen Blockaden lockern und beseitigen, Gelassenheit und Toleranz, Wärme und Vertrauen

aufbauen. Gleichzeitig sollen Vorstellungen von „richtiger“ oder „falscher“ Sexualität, die repressiv hemmend die freie Entwicklung einer positiv erlebten Geschlechtlichkeit einschränken, abgebaut und die gesamte Bandbreite sexueller Spielarten respektiert werden. Ziel ist es, sich mit der eigenen Erlebnisfähigkeit und den eigenen Wünschen anzunehmen und eine Beziehung damit positiv zu gestalten.

Verstehen und verstanden werden, die eigenen Bedürfnisse und die des Partners oder der Partnerin in Respekt und Verantwortung verknüpfen, Sexualität als eine Möglichkeit der Begegnung mit der anderen Person zu leben: Dazu gibt Pro Familia fachkundige Hilfestellung.

Die Arbeit der Pro Familia reicht in ihrer Bedeutung für den einzelnen Menschen weit über das hinaus, was eine einfache Beratung erreichen kann. Denn die Pro Familia handelt nach dem Grundprinzip, sich liebevoll und parteilich auf die Seite der Ratsuchenden zu stellen.

Die Bereiche ihrer Hilfestellung umfassen alle mit Sexualität verbundenen Fragen wie den Beginn der geschlechtlichen Reife, gewollte und ungewollte Schwangerschaft, Schwangerschaftsabbruch, Geburt, Mutterschaft, Vaterschaft, Geschwisterschaft, Kinderlosigkeit, Sterilisation und Wechseljahre.

Ausblick: Der Sexualität im Alter sollte zunehmend Beachtung geschenkt werden. Hier besteht ein ‚gesellschaftlicher Leidensdruck‘, denn Liebe im Alter ist bisher tabuisiert und rangiert in den Vorstellungen vieler Verunsicherten zwischen anstößig und töricht. In einer Gesellschaft wie der unseren, in der der Anteil älterer Menschen stark wächst, gewinnt das Thema an Bedeutung.

Die größere Mobilität der Menschen wird künftig auch der Frage der Sexualität und Familienplanung in internationalen Zusammenhängen stärkeres Gewicht verleihen.

Schließlich muß sich die Pro Familia noch stärker bemühen, Menschen, die aus anderen Kulturen zu uns kommen, anzusprechen und in die Arbeit mit einzubeziehen.

Angstfreie, beglückende und verantwortlich gelebte Sexualität ist für jeden Menschen in jedem Alter eine wichtige Energiequelle und Teil eines gelungenen Lebens.

Internationale Familienplanung und Pro Familia:

Anmerkungen eines engagierten Mitglieds

Robert Bolz

In einem Jahr kann zudem die Deklaration von Teheran von 1968 ihr 25jähriges Jubiläum „feiern“: jene Deklaration, in der erstmals weltweit festgehalten wurde, daß Eltern ein grundlegendes Menschenrecht haben, die Zahl und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder frei und verantwortlich zu bestimmen, was in einer Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen bestärkt wurde. Soweit zu den Anlaßdaten für die anstehenden Jubiläen; ob es jedoch Grund zum Feiern gibt, ist eine andere Frage.

„Zu viele Menschen? Die Bevölkerungskatastrophe ist vermeidbar,“ betitelte Ansgar Skriver 1986 sein beachtenswertes Buch (besprochen in pfm 2/87). Fünf Jahre später widmet das renommierte Magazin „GEO Das neue Bild der Erde“ den Schwerpunkt seines Heftes Nr. 1/1991 der „Bevölkerungsexplosion“ (nach den Schwerpunktheften Treibhauseffekt und Regenwaldzerstörung). Hermann Schreiber, der Chefredakteur von GEO, geht davon aus, daß hier „Zusammenhänge deutlich werden; ein Thema mündet in das nächste; und zweifellos ist Überbevölkerung das wichtigste aller ökologischen Themen“. Allerdings, merkt Schreiber an, „ist das rapide Wachstum der Menschheit ein Reizthema, das leicht zu Mißverständnissen und falschen Schuldzuweisungen führen kann.“ Und der für diesen Themenschwerpunkt federführende Redakteur Reiner Klingholz wird noch etwas deutlicher, wenn er schreibt: „Wir haben nicht nur dorthin geschaut, wo die Massen sich drängen, sondern vor allem dorthin, wo Menschen ihre Umwelt in einem schlechteren Zustand an die nächste Generation abgeben, als sie diese übernommen haben. Genau das nämlich ist die einzig zulässige Definition von ‚zuviel Mensch‘. Denn die Erde trägt an einem Deutschen weit schwerer als etwa an einem Bürger von Bangladesch. Unser Land ist nach allen relevanten Kriterien, mit Ausnahme der schieren Menschen-dichte, ‚dichter‘ besiedelt als Bangladesch“ (alle Zitate: GEO 1/91). Klingholz erhielt übrigens für seine Beiträge und die didaktische Präsentation der Problematik den „Journalistenpreis Entwicklungspolitik 1990“.

Im Jahr 1991 legt der Club of Rome seinen jüngsten Bericht „Die globale Revolution“ vor (dessen deutsche Übersetzung als

In einem Heft mit dem Schwerpunktthema „Vierzig Jahre Familienplanung“ (konkreter: Vierzig Jahre Arbeit der Pro Familia) darf der internationale Aspekt nicht fehlen. Diese Internationalität wird bereits auf jedem Briefbogen von Pro Familia-Verbänden und -Einrichtungen deutlich, auf dem unübersehbar (kleingedruckt) steht: „Die Pro Familia ist Tochtergesellschaft der IPPF (International Planned Parenthood Federation)“. Und diese „Mutter/Vater“-Gesellschaft IPPF feiert in diesem Jahr ebenfalls Jubiläum: Sie wird auch vierzig Jahre alt. Wobei interessanterweise aus den Gründungsdaten ersichtlich ist, daß bei der Gründung der IPPF am 29. November 1952 in Bombay die Tochtergesellschaft Pro Familia bereits existierte und an der Gründung der IPPF beteiligt war.

Spiegel-Spezial Nr. 2/1991 erschien). In Kapitel 7, das überschrieben ist mit „Dritte Dringlichkeit: Entwicklung und Unterentwicklung“ (nach den Dringlichkeiten „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Eine lebensfreundliche Umwelt“) befaßt sich der Club of Rome mit der Notwendigkeit bevölkerungspolitischer Maßnahmen (Seiten 92–94).

Politik

Im Sommer 1991 stellt das BMZ im Namen der Bundesregierung sein Förderkonzept „Bevölkerungspolitik und Familienplanung“ vor, das folgende Ziele umfaßt (zitiert nach E+Z 12/91):

- Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Voraussetzung für die Entwicklung eines Landes ist eine tragbare Bevölkerungsgröße und -struktur, die mit der sozialen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Einklang steht.
- Schutz der Umwelt in den Entwicklungsländern und weltweit, denn zu rasches Bevölkerungswachstum und zu hohe Bevölkerungszahlen sind mitursächlich für

die Gefährdung der Umwelt in den Entwicklungsländern und auf der ganzen Erde.

- Verwirklichung der Menschenrechte. Die durch Familienplanung eröffnete Möglichkeit, Kinderzahlen und Geburtenabstände zu beeinflussen, gehört zum Selbstbestimmungsrecht des Menschen.
- Selbstverwirklichung des Menschen. Maßnahmen der Familienplanung sollen dazu beitragen, Sexualität verantwortlich zu verwirklichen.
- Verbesserung der Gesundheit. Zu den Hauptursachen der hohen Müttersterblichkeit in den Entwicklungsländern gehören zu frühe, zu viele oder zu rasch aufeinanderfolgende Schwangerschaften sowie unsachgemäß durchgeführte Abtreibungen.
- Verhinderung von Abtreibungen, die in den Entwicklungsländern bis zu 50 Mio. pro Jahr betragen (Anmerkung R. B.: lt. der Studie des „World Watch Institute“/ Washington, das diese Zahl 1990 veröffentlichte, „überleben jedes Jahr mehr als 200 000 Frauen den Schwangerschaftsabbruch nicht“; zitiert aus Süddeutsche Zeitung, 16. 07. 90).
- Verbesserung der Lebenssituation der Frauen, die durch zu viele Kinder erheblich eingeschränkt wird.

Bevölkerungspolitische Maßnahmen, so die Bundesregierung, können hier Abhilfe schaffen. Grundsätze der Förderung sind:

- die Maßnahmen müssen auf Freiwilligkeit beruhen;
- sie müssen die kulturellen und religiösen Traditionen der Zielgruppe achten;
- sie sollen möglichst in andere Maßnahmen der Familiengesundheit integriert werden;
- sie sollen den Zielgruppen alle geeigneten Methoden und Mittel anbieten und sie über deren Vorteile und Risiken aufklären;
- sie sollen Gesundheitserziehung sowie Aufklärung über den verantwortlichen Umgang mit Sexualität, Partnerschaft und Elternschaft als integralen Bestandteil einschließen.

Die entwicklungspolitische Organisation „Germanwatch“ hat an diesem Förderkonzept der Bundesregierung kritisiert (abgedruckt ebenfalls in E+Z 12/91), daß das Förderkonzept die tatsächlichen Ursachen

des Bevölkerungswachstums unterschläge. Es sei eine Reaktion auf Verelendungs- und Verarmungsprozesse, die wiederum durch die ungerechten weltwirtschaftlichen Strukturen hervorgerufen würden.

Eine Stellungnahme von Seiten der *Pro Familia* zu dem Förderkonzept der Bundesregierung liegt bisher nicht vor.

Im Dezember 1991 meldet sich UNICEF zu Wort mit seinem Programm für das Jahr 1992, worin eine „neue Weltordnung für Kinder“ gefordert wird. Die Kindersterblichkeit sollte nach Auffassung der UNICEF auch durch eine bessere Geburtenkontrolle bekämpft werden. Jede dritte Schwangerschaft sei unerwünscht und tagtäglich würden in der Welt 50000 illegale Abtreibungen vorgenommen. Hunderttausende Frauen und Kinder sterben jährlich, weil die Schwangerschaften zu zahlreich sind und zu schnell aufeinanderfolgen (zitiert aus Süddeutsche Zeitung, 20. 12. 91).

Last but not least widmet die Fachzeitschrift „Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z)“, die monatlich von der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) herausgegeben wird, ihr Heft 12/91 dem Schwerpunktthema „Bevölkerungsentwicklung: die Lawine wächst weiter“, und merkt editorisch an: „Die Maxime der Entwicklungspolitik kann aber nicht heißen: weniger Armut durch Reduzierung des Bevölkerungswachstums, sondern: Reduzierung des Bevölkerungswachstums durch Beseitigung der Massenarmut“. (In diesem Heft ist auch ein Beitrag von Assia Brandrup-Lukanow und Curt Fischer über die Erfahrungen und Perspektiven der Familienplanungs-Projekte der GTZ, die wiederum Maßnahmedurchführer des BMZ ist).

Vernetzung

Warum führe ich diese Verlautbarungen auf (zu denen noch viele andere kommen würden wie zum Beispiel der Jahresbericht 1990–91 der IPPF mit dem Motto „Sowing the seeds of change“ (Veränderung säen))? Um kurz hineinzuleuchten in die weltweiten Problemlagen, Veränderungen, Herausforderungen – auch für einen nationalen Verband wie die *Pro Familia*, die international über die IPPF und andere Einrichtungen vernetzt ist und damit – und das meine ich wortwörtlich – auch mitverantwortlich dafür, was weltweit in ihren Arbeitsbereichen geschieht. Oder wie es die Bundesgeschäftsführerin Elke Thoß auf der Mitgliederversammlung 1990 formulierte: „Wir müssen auch die Wirklichkeit außerhalb unseres Verbandes einbeziehen . . . Wie beurteilen Sie in den *Pro Familia*-Beratungseinrichtungen z.B. die Veränderungen in Europa und der Dritten Welt; und wie haben

In Sri Lanka, dem früheren Ceylon, wird auch der Landbevölkerung Familienplanungsberatung angeboten.

Foto: IPPF



wir dies in unsere Arbeit einzubeziehen oder auch nicht?“ (zitiert aus Bericht der Geschäftsführerin auf der Mitgliederversammlung 1990 in Königswinter). Hierzu später.

Zuerst seien in aller Kürze Aktivitäten der letzten Jahre dargestellt, die unter dem Stichwort „Internationale Kooperation“ sich zusammenfassen lassen. (Die Auswahl erfolgt unter subjektiven Gesichtspunkten; da Jahresberichte der *Pro Familia* vorliegen, kann bei Interesse in diesen Berichten nachgelesen werden.).

Internationale Kooperation findet schwerpunktmäßig in und mit der IPPF statt. Der Bundesverband ist Mitglied in der Europa Region der IPPF, und in dessen Regionalrat sind zwei ständige Mitglieder der *Pro Familia* tätig (derzeit die Vorsitzende Monika Simmel-Joachim und die Vorsitzende des LV Sachsen Lykke Aresin). Der Regionalrat tritt jährlich zusammen und behandelt neben den erforderlichen Verbandsregularien immer auch inhaltliche Themen, die besonders Europa (aber auch den Weltverband) betreffen. So standen 1990 die Probleme der Familienplanung in Osteuropa (die Familienplanungsorganisationen wurden durch die rasanten Veränderungen ebenso betroffen wie andere Bereiche der Gesellschaft in diesen Ländern) auf der Tagesordnung. Eine eigenständige Einrichtung sind die ebenfalls jährlich stattfindenden Tagungen der GeschäftsführerInnen der europäischen IPPF-Mitglieder, bei denen seit Jahren die Bundesgeschäftsführerin der *Pro Familia* eine führende Rolle einnimmt.

Die *Pro Familia* hat sich seit Jahren an zahlreichen Projekten der Region beteiligt oder diese sogar angeregt. Zu nennen sind hier besonders:

- Menschenrechte und Familienplanung in Europa
- Migration und Familienplanung
- Bedeutung von Feminismus und Ge-

sundheitsbewegung für die Familienplanungsarbeit

● Theorie und Praxis schulischer Sexualpädagogik in Europa.

Hinzu kommen die Teilnahme an Workshops zu bestimmten Themen (etwa sexueller Mißbrauch, RU 486, Sexualerziehung u. a.), die von der Region selbst, von europäischen Schwesterorganisationen und anderen Kooperationspartnern durchgeführt werden.

Auf der Weltebene der IPPF ist die *Pro Familia* alle drei Jahre auf den Members'Assemblies vertreten, dem höchsten Entscheidungsgremium der IPPF. Auf der Members'Assembly 1989 war der Bundesverband durch die Vorsitzende Monika Simmel-Joachim und Jürgen Heinrichs als Mitglied der Europa-Region im IPPF-Zentralrat (das zweitwichtigste Gremium der IPPF nach der Members'Assembly; J. Heinrichs war dessen Vorsitzender bis Nov. 1989). Themen dieses Welttreffens waren: Entwicklung, Umwelt und die Rolle nichtstaatlicher Organisationen und Antworten auf organisierte Opposition gegen Familienplanung. Regionale Unterschiede wurden deutlich in der Diskussion über den Zusammenhang von Bevölkerungsentwicklung und Umweltzerstörung; Einigkeit bestand in dem Vorhaben, auf breiter Front gegen religiöse Fundamentalisten vorzugehen.

Die Bundesgeschäftsführerin war darüber hinaus aktiv in einer Arbeitsgruppe zur Verbesserung des Informations- und Kommunikationssystems in der IPPF und wurde vom Generalsekretär der IPPF Halfdan Mahler zu mehreren Beratungsgesprächen über die Perspektiven der Familienplanungsarbeit in den 90er Jahren hinzugezogen.

Neben der Kooperation in und mit der IPPF regional und weltweit stehen die üblichen Konsultationen mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und anderen

Fachorganisationen, so Kontakte zur Deutschen Gesellschaft der Vereinten Nationen, so auf Wunsch der IPPF Konsultationsgespräche über die Aussichten internationaler Familienplanungsprogramme und ihre Förderung durch die Bundesrepublik (hier: mit dem BMZ und der GTZ; inzwischen wurden bereits von der IPPF und GTZ zwei internationale Konferenzen in Harare/Zimbabwe durchgeführt) und weitere andere Kontakte.

Leistbar ist dies alles, da der Bundesverband nicht über ein eigenes Referat für internationale Angelegenheiten inklusive IPPF verfügt, nur über den enormen Arbeitseinsatz der bereits im Text genannten Personen (und noch einiger weniger anderer), die nur wenig oder in der Regel mit Vorbehalten vom Verband und dessen Mitgliedern (den Landesverbänden) getragen werden.

Verbandspolitik

Es würde hier zu weit führen und wäre zuerst die Aufgabe innerverbandlicher Klärung, zu analysieren, wie es kommt, daß eine kontinuierliche internationale Kooperation nur auf Bundesebene stattfindet (die Jahresberichte der Bundesgeschäftsstelle dokumentieren das), die Diskussion über die Arbeit der IPPF im Verband (als dem Träger der Bundesebene) aber nicht den Platz einnimmt, wie es sich dieser Verband selbst in einem Beschluß der Mitgliederversammlung 1985 gewünscht hat. (Diese Mitgliederversammlung befaßte sich intensiv mit dem Thema Internationale Kooperation, besonders mit der weiteren Mitgliedschaft in der IPPF, und beschloß nach intensiver Diskussion, zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht aus der IPPF auszutreten.) Auf der Mitgliederversammlung 1989 sollte sich der Verband erneut mit der Mitgliedschaft befassen, was er auch tat und nach einer (wie ich meine: sehr dürftigen und anspruchslosen) Diskussion unwidersprochen feststellte, daß ein Austritt des Verbandes aus der IPPF nicht aktuell sei, da aktive Familienplanungspolitik so wirkungsvoller (europa- und weltweit) mitgestaltet werden könne.

Nach den intensiven Diskussionen 1985, die auch das Ergebnis hatten, daß generell in allen Diskussionen über Familienplanung und Bevölkerungspolitik immer beide Ebenen (die nationale und die internationale) berücksichtigt werden sollten (was in etwa dem bereits abgegriffenen Slogan der Vereinten Nationen entsprach „Global denken und lokal (d. h. auch regional und national handeln“), ist wieder im Verband (nicht auf der Bundesebene) Ruhe in internationalen Fragen, Problemen und Herausforderungen eingekehrt.

So stellt es sich für mich dar und ich wäre hochofret, wenn dem nicht so wäre. Bei allem Verständnis für das enorme Engagement des Verbandes und seiner Mitgliedsverbände in Sachen Neuregelung des § 218 StGB, der deutsch-deutschen Vereinigung etc. kann sich die *Pro Familia* mit ihrer 40jährigen Geschichte, die immer auch eine von internationalen Aktivitäten war (erinnert sei hier auch an die „Stiftung *Pro Familia* International“), nicht aus der internationalen Zusammenarbeit und Vernetzung zurückziehen, es sei denn zum Schaden ihrer selbst.

Diese (persönlichen) Anmerkungen habe ich bewußt sehr beschreibend gehalten, ohne auszublen, daß entsprechende Analysen anstehen. Als Beispiele seien genannt:

- Auf die oben zitierte Frage: „Wie beurteilen die *Pro Familia*-Beratungseinrichtungen, -projekte und -verbände die Veränderungen in Europa und in der Dritten Welt, und wie sind diese Ergebnisse in die Arbeit einzubeziehen oder auch nicht?“ sind Antworten (über)fällig;

- Hierzu gehört nach meinem Verständnis auch, wie der Verband (und die Region Europa der IPPF) auf das „Europa 1993“ reagieren will (ich empfehle dringend die Lektüre der Studie der Prognos AG „Freie Wohlfahrtspflege im zukünftigen Europa: Herausforderungen und Chancen im Europäischen Binnenmarkt“.);

- Perspektiven der Familienplanungsarbeit (national, regional und international) über das Jahr 2000 hinaus.

Zehn Jahre, bis *Pro Familia* und IPPF in einem hoffentlich guten Zustand 50 werden, sind eine Menge Zeit. Da Zeit ein kostbarer Gegenstand ist (nicht im Sinne von „Time is money“), sollte sich der Verband nicht zuviel Zeit lassen.

Literaturhinweise

- ¹ Ansgar Skriver: Zu viele Menschen? Die Bevölkerungskatastrophe ist vermeidbar. Piper Verlag, München 1986.
- ² GEO Das neue Bild der Erde, 17. 12. 1990, Verlag Gruner + Jahr, Hamburg.
- ³ Alexander King/Bertrand Schneider: Die Globale Revolution: Ein Bericht des Rates des Club of Rome. Spiegel Spezial Nr. 2/1991.
- ⁴ E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit, N 12/1991, Verlag u. Vertrieb: Frankfurter Societäts-Druckerei, Frankfurt/Main (ferner: E+Z 4/1989: Themenschwerpunkt: Bevölkerungswachstum und Entwicklung).
- ⁵ Jahresberichte 1985, 1986, 1988, 1989, 1990, vorgelegt von den MitarbeiterInnen der Bundesgeschäftsstelle der *Pro Familia*, Frankfurt am Main.
- ⁶ *pro familia magazin*: 4/84 Schwerpunktthema: Familienplanung international, 2/85 Schwerpunktthema: Familienplanung in Europa, 2/87 Schwerpunktthema: Familienplanung anderswo, 6/90 Schwerpunktthema: Ideologie und Familienplanung, 1/91 Schwerpunktthema: Schwangerschaftsabbruch in anderen Ländern.
- ⁷ Familienplanung international: Aufgaben und Forderungen nichtstaatlicher Familienplanungsorganisationen. Herausgegeben und eingeleitet von Jürgen Heinrichs. Gerd J. Holtzmeier Verlag, Braunschweig 1991.
- ⁸ Planned Parenthood in Europa (Ed. IPPF Europe Region, London): Vol. 18 No. 2 Winter 1989: Special Feature: Family Planning and Declining Populations, Vol. 19 No. 2 Sept. 1990: Special Feature: Eastern Europe.

⁹ *Entre Nous*: The European Family Planning Magazine (ed. by Sexuality and Family Planning Unit, WHO Regional Office for Europe, Copenhagen): No. 14/15 June 1990: Special Survey of East and Central Europe (Part 1), No. 16 Sept. 1990: Special Survey of East and Central Europe (Part 2).

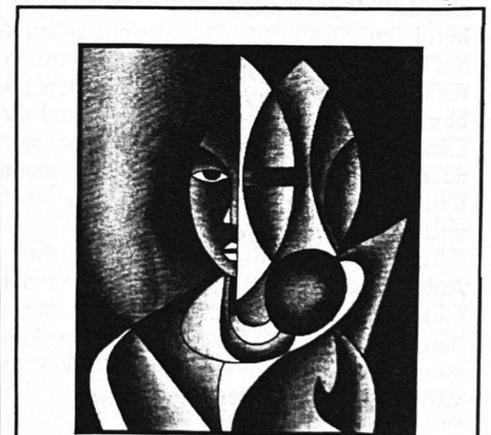
¹⁰ *International Planned Parenthood Federation*: Annual Report 1990-91: Sowing the seeds of change: IPPF London, July 1991.

¹¹ Bank für Sozialwirtschaft GmbH (BfS) (Hrsg.): Freie Wohlfahrtspflege im zukünftigen Europa: Herausforderungen und Chancen im Europäischen Binnenmarkt: Studie der Prognos AG im Auftrag der BfS, Köln/Berlin 1991.

Robert Bolz (50) Dipl.-Päd., Mitglied und Mitarbeiter der *Pro Familia* München: 1976-84 einer der beiden ständigen Mitglieder der *Pro Familia* im Regionalrat der Europa-Region der IPPF; Mitarbeit in regionalen Projekten der IPPF; Vertreter der *Pro Familia* in den Members'Assemblies der IPPF 1977, 1980 und 1983; seit 1984 Ansprechpartner des LV Bayern für IPPF und Internationales.



- Anzeige -



Familienplanung international

Jürgen Heinrichs (Hrsg.):

Familienplanung international

Aufgaben und Forderungen nicht-staatlicher Familienplanungsorganisationen, die weltweit im Internationalen Verband für geplante Elternschaft (IPPF) zusammengeschlossen sind.

Eine Zusammenstellung wichtiger Veröffentlichungen. Zentraleuropäische Mitglieder der IPPF stellen sich vor. Zudem wird die aktuelle Diskussion um die Familienplanung dokumentiert und kommentiert.

Broschur 160 Seiten
ISBN 3-923722-38-9 DM 26,-

Gerd J. Holtzmeier Verlag

Männer einbeziehen

Bei organisierter Familienplanungsarbeit gehört die Gleichberechtigung von Frauen und Männern seit Anfang an zu den grundlegenden Prinzipien. Dennoch hat es gelegentlich Jahre der Männerherrschaft gegeben, was auch damit zu tun hatte, daß Männer früher die beruflichen Voraussetzungen erfüllen konnten. Das hat sich fast überall geändert und sich zum Teil in das Gegenteil verwandelt.

Auch die familien-, bevölkerungs- und sexualpolitischen Randbedingungen unterliegen Änderungen. In vielen Gesellschaften wurden und werden die Schwangerschaft sowie ihre Verhütung und ihr Abbruch als Aufgaben der Frau angesehen, bei denen sich der Mann seiner Verantwortung entziehen kann. Das hat auch etwas mit kulturellen Traditionen zu tun. Dabei werden oft natürliche Grundlagen des menschlichen Lebens mißachtet; die Fruchtbarkeit und die Erzeugung der nächsten Generation sind auch beim Menschen zweihäusig. Mann und Frau sollen ihre Verantwortung beide und gemeinsam wahrnehmen.

Es ist eine wichtige – aber nicht leichte – Aufgabe der Sexualberatung und Sexualpädagogik, beide Geschlechter einzubeziehen und einen menschenfreundlichen Umgang mit Sexualität und Fruchtbarkeit zu vermitteln, von früher Jugend an.

Entwicklung in anderen Ländern

In vielen Ländern wird die Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß zur geplanten Elternschaft auch verantwortliche Väter gehören, um Mütter vor Schäden zu bewahren („Responsible Fatherhood for Safe Motherhood“ in Pakistan). Es wird gelegentlich auch auf eine fortschrittliche Entwicklung in neuerer Zeit hingewiesen: „The importance of male involvement and male support for family planning programmes has only recently been realized, although the need for family planning is usually highest in male dominated societies.“

Das sollte einer der Gründe dafür sein, weitere Methoden der Schwangerschaftsverhütung für Männer und Paare zu entwickeln, denn bis heute bleibt der Mann auf Kondome oder die Sterilisation angewiesen. Zugleich müssen aber auch die Ursachen für männliche Infertilität ernstgenommen werden.

In dem von mir herausgegebenen Buch

„Familienplanung International“ (Braunschweig, 1991) ist auf den Seiten 94 bis 97 ein Text von Renuka Rajkumar abgedruckt mit dem Titel „Männer einbeziehen: Familienplanung – wessen Recht, wessen Verantwortung?“. Darin heißt es:

IPPF nimmt die Herausforderung an

Der Internationale Verband für geplante Elternschaft (IPPF) ist eine der Organisationen, die die Herausforderung angenommen hat, bei der Frage der gleichen Verantwortung für geplante Elternschaft eine führende Rolle zu spielen, und sie hat seit 1982 eine spezielle Handlungsstrategie für die Miteinbeziehung der Männer in ihre Planung mitaufgenommen.

Dem Verband als ganzem ist die Idee nicht neu. Seit einigen Jahren experimentieren seine ihm angeschlossenen Familienplanungsorganisationen mit einer Vielfalt von Möglichkeiten, die den Bedürfnissen und Traditionen bestimmter Gemeinschaften angepaßt sein sollen, um Männer zu informieren und mitzubeteiligen. Rikschakulis aus den Slums von Comilla in Bangladesch, Polizisten in Thailand, Armeeeoffiziere in Guatemala, Imams und Häuptlinge in Ländern des Mittleren Ostens und Afrikas wurden dafür gewonnen, Familienplanung zu verbreiten und unter anderen Männern das Bewußtsein zu wecken, daß Verhütung ihre Würde als fürsorgliche Ehemänner und Väter heben kann.

Das Verhältnis von Männern zur Familienplanung, die damit verbundenen Probleme und Möglichkeiten sollten noch weiter erforscht werden und die Forschungsergebnisse veröffentlicht werden.

Jürgen Heinrichs



Sexualität BRD/DDR im Vergleich

Im Juli 1990 trafen sich in Bad Nenndorf über 200 Frauen und Männer aus der früheren BRD und der früheren DDR zu einer Tagung unter dem Motto „Sexualität BRD/DDR im Vergleich“. Es war das erste und letzte Mal, daß sich Fachfrauen und -männer aus den beiden deutschen Staaten trafen, um Fragen wie gesellschaftliche Normen, rechtliche Regelungen und professionelle Praxis zu diskutieren. Die Referentinnen und Referenten aus beiden Staaten wußten zu dem Zeitpunkt noch nicht, daß sie ab 3. Oktober 1990 Bürgerinnen und Bürger ein und desselben Staates sein würden. Die in diesem Band wiedergegebenen Vorträge sind daher eine sicher einzigartige Dokumentation zu diesem Thema aus jener kurzen Zeitspanne, als es zwei demokratische deutsche Staaten gab. Die Referate geben Rückblicke auf die Entwicklungen in den beiden Staaten, weisen aber auch Perspektiven auf. Veranstalter war der Pro Familia-Landesverband Niedersachsen (auch Herausgeber dieses Bandes) zusammen mit der Leitstelle Leipzig für Ehe- und Sexualberatung, der Abteilung Sexualmedizin der Medizinischen Akademie Magdeburg sowie dem Arbeitsbereich Sexualmedizin der Medizinischen Hochschule Hannover.

Broschur
ISBN 3-923722-40-0

448 Seiten
DM 33,—

Gerd J. Holtzmeier Verlag

Buchbesprechungen

Prof. Dr. med. Johannes Huber

Kinderlos- warum?



Antworten
und Lösungen



Johannes Huber:
Kinderlos - warum?
Antworten und Lösun-
gen. Genf/München:
Ariston Verlag, 1991.
232 Seiten, DM 33,-.

Dieses Buch erhebt den Anspruch, eine wichtige Ergänzung für die Praxis zum Thema „Fertilitätsstörungen“ darzustellen. Der Autor arbeitet als Medizinprofessor in Wien und lehrt auch in den USA.

Das vorgelegte medizinische Fachbuch konzentriert sich auf weibliche Fertilitätsstörungen, was auch der Autor für einseitig hält. „Bei fast der Hälfte aller kinderlosen (Ehe-)Paare ist es nämlich der Mann, der eine Schwangerschaft verhindert. Faßt man die Ursachen der Kinderlosigkeit zusammen, so findet man in 40 Prozent der Fälle ein Spermium mit eingeschränkter Qualifikation vor.“ (Seite 183f.)

Bei den kurzen Ausführungen über mögliche Ursachen bei Männern werden auch am Rande „Umwelteinflüsse“ erwähnt: „Neben emotionalem Streß sollen auch Motorenlärm und mechanische Vibrationen sowie Umweltbelastungen für die herabgesetzte Spermaqualität mitverantwortlich sein.“ (Seite 201)

Weshalb sollen solche Faktoren nicht auch bei Frauen Infertilität verursachen? Die inzwischen vorliegenden Forschungsergebnisse im Bereich der Sexualökologie scheinen in Wien noch nicht richtig bekannt zu sein. Auch die Erkenntnisse der Arbeitsmedizin sind für Frauen zu berücksichtigen.

Jürgen Heinrichs



Frank Herrath/Uwe Sielert: Lisa und Jan.
Beltz Verlag, Wein-
heim/Basel 1991. 40
Seiten, DM 24,80.

Das Buch erzählt von Lisa und Jan, beide 6 Jahre alt. Ihr Alltag, ihre Umgebung, ihre

häuslichen Verhältnisse und ihre Vorlieben und Abneigungen werden kindgerecht beschrieben.

Viele alltägliche Dinge, die jedes Kind kennt, werden in diesem Buch behandelt.

Aufklärung und Sexualität werden immer wieder in alltäglichen Situationen angesprochen. Sie werden nicht als einzelnes Thema – in sich abgeschlossen – behandelt, sondern sind in jedem Kapitel vorhanden. Das Vorhandensein von Gefühlen und die positive Einstellung hierzu sind ein wichtiger Bestandteil des Buches. Die Texte sind einfach, klar und verständlich.

Die Bilder sind leider nicht so gelungen, obwohl sie als Hauptanreiz gelten sollen. So ist eine Geburt so dargestellt, daß man den Eindruck gewinnt, es sei ein Kinderspiel, bei dem ein Kind ruhig helfen kann, weil ja der Arzt die Hände in der Tasche behält.

Die Absicht und der Ansatz des Buches – die Sexualität nicht als Geheimnis, sondern als etwas Alltägliches, Wichtiges, Schönes darzustellen – sind sicherlich im Text einigermaßen gelungen. Die Bilder dagegen stören die Harmonie.

Ganz anders ist es mit dem Elternbegleitheft. Hier sind die Eltern wirklich nicht alleingelassen mit ihrer Absicht einer aufmerksamen Sexualerziehung. Das Heft ist in die gleichen Kapitel gegliedert wie das Buch und gibt den Eltern Hinweise für alle möglichen Fragen ihrer Kinder.

Es beschreibt und erklärt präzise und gibt den Eltern nach eigener Aussage „Hilfestellungen für Sexualerziehung als freundliches Begleiten“.

Für interessierte Eltern ist das Begleitheft empfehlenswert, das Bilderbuch kann fehlen.

Karin Rock



Heide Mertens:
Wunschkinder, Natur,
Vernunft und Politik.
Münster: Westfälisches
Dampfboot, 1991. 249
Seiten, DM 38,-.

Der Titel ist harmlos, man würde nicht danach greifen. Zu Unrecht. Hinter der Farblosigkeit des Titels, der das Problembeußsein der Autorin nicht errahnen läßt, verbirgt sich eine sehr wichtige, kritische

und höchst lesenswerte Arbeit. Eine Pflichtlektüre für alle diejenigen, die im Bereich der Bevölkerungspolitik, im Bereich der Ökologie und Familienplanung arbeiten und forschen.

In fünf umfassenden Kapiteln befaßt sich Heide Mertens mit der Geschichte der Bevölkerungsdebatte (auch im Zusammenhang mit der Ökologiediskussion) seit der Aufklärung. Sie zeigt, wie Gesellschaften jeweils verschieden die Probleme des Zeugens und Gebärens bearbeiten bis hin zur Humangenetik und Pränataldiagnostik, die die Möglichkeiten geplanter Elternschaft revolutionieren. Sie befaßt sich mit den staatlichen pro- und antinatalistischen Familienpolitiken, auch in der Dritten Welt, die dieses scheinbar natürliche Ereignis beeinflussen und bestimmen.

Insgesamt ist ihr Buch ein Plädoyer für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren eigenen Körper und für ein Mehr an gesellschaftlicher Verantwortung für die Kinder – aber indem sie die Fragestellung der Vermittlung von individueller Selbstbestimmung und gesellschaftlichem Interesse historisch-analytisch faßt, gelingt ihr nicht nur eine inhaltsreiche Darstellung verschiedener Denkansätze, sie ist vor allem in der Lage, eine differenzierte Erfassung des Begriffes Selbstbestimmung vorzulegen, der sich auf das „natürliche“ Ereignis, die Geburt bezieht, und von der Vernunft – der Freiheit der Wahl – bestimmt ist, die für die Gesellschaft nützlich sein soll.

In diesem Zusammenhang zeigt sie, sorgfältig belegt, wie die Trennung des Menschen von der Natur eine Bewegung hervorruft, die nicht nur die objektive Bearbeitung der Natur, wie ihre Freisetzung zu wissenschaftlichen Zwecken und Zielen zuläßt, sondern gleichzeitig den Menschen erfaßt, ihn vom Subjekt zum Objekt degradiert und damit seine Selbstbestimmung tendentiell gefährdet und aufhebt. Die Ausdehnung der Herrschaft über die Natur schließt die Ausdehnung der Herrschaft über Menschen, besonders über Frauen ein, die der Rationalisierung der Fortpflanzung bedürfen, ihr gleichzeitig aber auch unhinterfragt unterworfen sind.

Heide Mertens zeigt – und damit stellt sie die Diskussion über Familienplanung auf eine neue Grundlage –, wie sich diese Herrschaft im wesentlichen unwidersprochen und unkontrolliert mit Hilfe eines Vernunftbegriffes etablieren kann, der, entscheidend geformt durch die Aufklärung, umfassend und unteilbar, letztlich totalitär ist und in seinem Funktionalitäts-Anspruch jede

Form von Abweichung tendentiell vernachlässigt oder bestraft, wie er auch das historisch sozial gewachsene „Andere“ brutal unterdrückt (hierzu Familienplanung in der Dritten Welt).

Die Schaffung des rationalen Menschen verlangt die unbedingte, nicht teilbare Verinnerlichung des rationalen Prinzips und, konsequent weitergedacht, den Eingriff in die Materie (Gen-Manipulation etc.), um den vollkommenen Menschen zu formen. Da, wo die subtile Unterwerfung von Wünschen unter ein Rationalitätsprinzip nicht gelingt, wo das Zeugen und Gebären sich der ratio entzieht, „schützen“ bürokratische, pädagogische, medizinische, therapeutische Maßnahmen vor jeder Form von Irrationalität, vor dem Unnützlichen, dem Nicht-Funktionalen, vor dem historisch Gewachsenen, dem Fremden, dem Anderen.

Diesem „Schutz“ obliegen im Namen eines individuellen Glücksversprechens besonders Frauen, die tendenziell ohne Mitspracherecht (siehe Zwangsberatung §218 StGB) „aufgeklärt“ und erzogen werden, deren Körper verwaltet wird, da er sich „selbstständig“ dem vernünftigen Denken und Handeln entzogen hat.

Kurz, Heide Mertens zeigt, der Vernunft zum Trotz, daß die Diskussion differenzierter zu führen ist, als es bisher geschah und verweigert, auf dem Altar der technischen Vernunft das Subjekt – hier wie in der Dritten Welt – zu opfern.

Barbara Knieper

Neuerscheinungen

In dieser Rubrik teilt die Redaktion mit, welche Neuerscheinungen ihr zugesandt wurden. Eine Beurteilung ist mit dem Abdruck nicht verbunden.

Régine Pernoud: Leben der Frauen im Hochmittelalter. Centaurus, Pfaffenweiler 1991. 234 Seiten, DM 38,-.

Schmid/Engelmohr/Maidhoff-Schmid: Elternselbsthilfegruppen. Schmidt-Römhild, Lübeck 1991. 358 Seiten, DM 19,80.

Christoph Badelt (Hrsg.): Brennpunkt Erziehungsgeld. Böhlau, Wien 1991. 173 Seiten, DM 42,-.

Birgit Panke-Kochinke: Die anständige Frau. Centaurus, Pfaffenweiler 1991. 168 Seiten. DM 29,80.

Manfred Wolter: Frank – Umweg ins Leben. Morgenbuch, Berlin 1991. 198 Seiten, DM 24,80.

Dieter Lenzen: Vaterschaft. Rowohlt, Reinbek 1991. 264 Seiten, DM 22,80.

Sabine Fahrenbach/Achim Thom (Hrsg.): Der Arzt als „Gesundheitsführer“. Mabuse Verlag, Frankfurt 1991. 200 Seiten, DM 29,80.

Ulrich Schnürle: Vasektomie und Refertilisierung. Mabuse Verlag, Frankfurt 1991. 57 Seiten, DM 14,80.

Badura/Elkeles/Grieger/Huber/Kammerer: Zukunftsaufgabe Gesundheit. Mabuse Verlag, Frankfurt 1991. 340 Seiten, DM 39,80.

Frauen lernen Leben (Hrsg.): Die unerträgliche Schwere des weiblichen Seins. Zu beziehen bei Frauen lernen Leben, Hanse-mannstr. 43, 5000 Köln 30.

Lebenshilfe: Meine Schwester ist behindert. Für DM 4,- erhältlich bei der Bundesvereinigung Lebenshilfe, Postfach 80, 3550 Marburg.

Schmutzer/Hutterer/Krickler/Brandstätter: Aids – ein lexikalisches Handbuch. Verlag der Apfle, Wien 1991. 99 Seiten, DM 29,-.

Zmarzlik/Zipperer/Viethen: Mutter-schutz. Heymanns Verlag, Köln 1991. 674 Seiten, DM 124,-.

Dieter Lenzen: Krankheit als Erfindung. Fischer, Frankfurt 1991. 208 Seiten, DM 18,80.

CLIO – eine feministische Zeitschrift zur gesundheitlichen Selbsthilfe: Nr. 34, erscheint im März 92 mit den Themen: Gesundheitscheck-up, Gesundheitliche Folgen sexueller Gewalt, Selbsthilfegruppen nach Gebärmutterentfernung, Erfahrung von Frauen mit dem Gesundheitswesen der DDR und den neuen Bundesländern. Preis: 6 DM + 1.30 DM (Porto). Zu bestellen beim FFGZ, Bam-berger Str. 51, 1000 Berlin 31.

Termine, Veranstaltungen

Verein zur Weiterbildung für Frauen (Venloer Str. 405, 5000 Köln 30): Rhetorik für Frauen (19.–21. 5.), Einführung in Mädchenberatung (20.–22. 5.), Sexueller Mißbrauch (1.–5. 6.).

Arbeitsgruppe k&m (Auf der Körner-wiese 9, 6000 Frankfurt): Seminarreihe für moderne Öffentlichkeitsarbeit. Nähere Informationen bei Judith Faul-Burbes, Gartenfeldplatz 8, 6500 Mainz.

Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (PF 1343, 7400 Tübingen): Sexueller Mißbrauch in der Therapie. Workshop vom 12.–14. Juni.

Gesellschaft für Sexualerziehung und Sexualmedizin (L 1,1, 6800 Mannheim): Sexueller Mißbrauch geistigbehinderter Menschen. Fachtagung vom 2.–4. 4.

Haus Buchberg (Hornisgrindestr. 15, 7540 Neuenbürg): Eltern erleben Pfingsten (6.–9. 6.), Ferienwoche für Alleinerziehende und ihre Kinder (11.–17. 7.), Orientierungskurs für Sozialberufe (25.–27. 5.).

Institut für Gruppenanalyse (Märzgasse

Hinweis des Verlages: Nach einem kürzlich ergangenen höchstrichterlichen Urteil dürfen wir kostenlose Veranstaltungshinweise aus Wettbewerbsgründen nur noch in Kurzfassung veröffentlichen. Ausführliche Hinweise können wir als bezahlte Anzeige bringen.

5, 6900 Heidelberg): Theorie und Technik der gruppenanalytischen Großgruppe. Seminar am 16. Mai. Einführungskurs für Gruppenanalyse von September 1992 bis Juni 1993.

Fortbildungswerk des Paritätischen (Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 6000 Frankfurt): Berufsbegleitende Fortbildung zur Sexualpädagogik und psychosozialen Beratung. Eine vierteilige Seminarreihe von Oktober 1991 bis September 1993.

Leserinnenbrief

Heft 1/92: Schwerpunkt Religion

„Ihr Teil ist die dunkelste Finsternis. Denn sie reden stolze Worte, da nichts hinter ist, und reizen durch Unzucht zur fleischlichen Lust diejenigen, die kaum entronnen waren denen, die im Irrtum wandeln, und versprechen ihnen Freiheit, obwohl sie selbst Knechte des Verderbens sind. Denn von wem jemand überwunden ist, dessen Knecht ist er geworden. Denn wenn sie durch die Erkenntnis des Herrn und Heilandes Jesus Christus entflohen sind dem Unrat der Welt, werden aber wiederum von demselben betört und überwunden, dann ist's mit ihnen am Ende ärger geworden als zuvor. Denn es wäre ihnen besser, daß sie den Weg der Gerechtigkeit nicht erkannt hätten, als daß sie ihn erkennen und sich abkehren von dem heiligen Gebot, das ihnen gegeben ist. Es ist ihnen widerfahren das wahre Sprichwort: Der Hund frißt wieder, was er gespien hat; und: Die Sau wälzt sich nach der Schwemme wieder im Kot.“

2. Petrus 2, 17–22

Zu Ihrer Agitation im Kindermord und Manipulation der Öffentlichkeit:

„Wer aber Ärgernis gibt einem dieser Kleinen,“ (die ungeborenen Kleinen sind dabei nicht ausgeschlossen, R. S.) „die an mich glauben, dem wäre besser, daß ein Mühlstein an seinen Hals gehängt und er ersäuft würde im Meer, wo es am tiefsten ist.“

Matthäus 18,6

Und ganz speziell für Ihre Organisation: „Es ist unmöglich, daß nicht Ärgernisse kommen; aber wehe dem, durch welchen sie kommen! Es wäre ihm besser, daß man einen Mühlstein an seinen Hals hänge und werfe ihn ins Meer, als daß er einem dieser Kleinen Ärgernis gibt. Hütet euch!“

Lukas (Arzt) 17, 1–3

Freundliche Grüße – auch an Ihre sophistischen Schriftgele(e)hrten!

Köln

Roswitha Schröder

PRO FAMILIA INFORMATIONEN

Die *Pro Familia Informationen* erscheinen als Teil der Zeitschrift *pro familia magazin*. Redaktion der *Pro Familia Informationen* und für den Inhalt verantwortlich: Ausschuß für innerverbandliche Kommunikation (Helga Glufke, Astrid Gothe, Jürgen Heinrichs, Annette Rethemeier, Elke Thoß). Anschrift der Redaktion: *Pro Familia*, Cronstettenstraße 30, 6000 Frankfurt am Main 1.

Familienplanungszentrum Hannover eröffnet

Pünktlich zum 40. Geburtstag hat die *Pro Familia* ein weiteres Wunschkind bekommen: Das Familienplanungszentrum in Hannover.

Am 24. Februar 1992 eröffnete Waltraud Schoppe, die Niedersächsische Frauenministerin und ‚Geburtshelferin‘ des FPZ, offiziell die neue Einrichtung – und stiftete gleich einen passenden Namen: „Ort gegen die Angst“. Eine rundum stimmige Bezeichnung, die nicht nur dem Credo „Hilfe statt Strafe“ gerecht wird, sondern auch das Hannoversche FPZ-Ambiente spiegelt. In hellen Räumen – keiner ist in den üblichen vier starren rechten Winkeln geschnitten – empfängt ein freundliches Team die Besucher wie zu einer Kunstausstellung. Ganz und gar eine Institution „für die glückliche

Familie“, wie Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister von Hannover, die *Pro Familia* nannte.

Die Geburtstagsfeier mit Prominenz, Cabaret, Kunst und – zu fortgeschrittener Stunde – Bauchtanz, ließ die Anstrengungen der vergangenen Monate vergessen, jene vielen zusätzlichen Arbeitsstunden der Geschäftsleitung, der MitarbeiterInnen, des Vorstandes. Vergessen war auch der Kampf um die gesetzliche Zulassung von Einrichtungen zur Durchführung ambulanter Schwangerschaftsabbrüche: Erst am 19. Februar 1992 hatte der Landtag den Gesetzentwurf verabschiedet.

Aus den vier Aufgabenbereichen Medizin, psychosoziale Beratung, Sexualpädagogik und Forschung hob Frau Schoppe be-

sonders die Sexualpädagogik hervor: Sie soll in der präventiven *Pro Familia*-Arbeit eine zentrale Rolle spielen.

Der Bundesverband und die Redaktion des *pro familia magazin* wünschen dem neuen Team von Herzen alles Gute für die Zukunft, für die sich Christa Falkenstein, die Leiterin des FPZ, vor allem erhofft, „daß sich die Menschen, die zu uns kommen werden, bei uns gut aufgehoben und rundum wohl fühlen“.

Neben dem FPZ, dem eine überregionale Aufgabe zukommt, besteht in Hannover selbstverständlich weiterhin die Beratungsstelle Am Hohen Ufer 3A. „Bewährtes soll erhalten bleiben“, betonte Monika Ganseforth, Vorsitzende des Landesverbands Niedersachsen. R. K.-B.

Günther Schmidt †

Das niedersächsische *Pro Familia* - Ehrenmitglied, Dr. med. Günther Schmidt, ist am 13. Januar 1992 im achtzigsten Lebensjahr verstorben.

Der in Hannover niedergelassene Frauenarzt hat mit einem kleinen Kreis engagierter Menschen die *Pro Familia* 1965 in Niedersachsen gegründet und war gleichzeitig bis 1973 Vorsitzender der niedersächsischen Gesellschaft.

Seinem Ideenreichtum und unermüdlichem Engagement für den Gedanken der Sexualerziehung und Familienplanung ist es zu verdanken, daß *Pro Familia* heute mit 18 Beratungsstellen, mehreren Nebenstellen, mit rd. 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vertreten ist.

Günther Schmidt hat unsere Arbeit bis zuletzt mit großem Interesse begleitet. Dem Verstorbenen gilt unser Dank.

Vorstand und Mitglieder der *Pro Familia* werden ihn in ehrenvoller Erinnerung behalten.



Das Team des FPZ Hannover: (obere Reihe) Hans Werner Brun (Psychologe), Bernd Drägerstein (Sozialarbeiter), Evelyn Otte (Krankenschwester), Karin Helke (Sozialpädagogin); (mittlere Reihe) Christa Falkenstein (Psychologin) und Iris Kreimeyer (Krankenschwester); (vordere Reihe) Ruth Fischer (Hebamme) und Marlene Pauli (Arztshelferin/Sozialpädagogin). Auf dem Foto fehlt der Arzt Rainer Habekost. Foto: Achim Detering

Neu erschienene Informationsmaterialien

An der Überarbeitung und Neuerstellung von Informationsmaterialien waren viele Fachleute aus dem Verband, aus den Fachgebieten und Beratungsstellen beteiligt. Fachlich unterstützt und kritisch begleitet wurde diese Arbeit von Expertinnen und Experten außerhalb des Verbandes, beispielsweise aus dem wissenschaftlich-klinischen Bereich.

Die Broschüre „Schwangerschaftsabbruch“ wurde gänzlich neu bearbeitet und erscheint nun in der Reihe „Körper und Sexualität“ (25 Seiten, 1. Auflage 1991). Hierbei wurden medizinische Informationen aktualisiert und die wichtigsten in der Beratungspraxis auftretenden Fragen erörtert. Darüber hinaus wurden neu mitaufgenommene Informationen u. a. zu den in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch sowie Hinweise zu RU 486.

Die Broschüre „Die Pille“ (16 Seiten, 3. Auflage 1991) wurde sprachlich und inhaltlich überarbeitet. Da es nicht „Die Pille“ gibt, sondern über 60 Pillenpräparate mit unterschiedlichen Hormondosierungen, liefert die Broschüre ausführliche Informationen zur Wirkungsweise der verschiedenen Pillentypen sowie über deren Vor- und Nachteile. Neu hinzu kamen u. a. Hinweise zur Mikropille und praktische Tipps zu Pilleneinnahme bei reisebedingten Zeitverschiebungen.

Mit der Broschüre „Die Portiokappe“ (19 Seiten, 1. Auflage 1991) vervollständigt der Bundesverband seine Broschürenreihe über die in Deutschland gängigsten Verhütungsmethoden. Sie informiert über die Funktionsweise und die Vielfalt der Kappentypen. Darüber hinaus gibt die Broschüre aber auch praktische Hinweise, wie das Einsetzen der Kappe zu erlernen ist, und mit welchen anderen Verhütungsmethoden sie kombiniert werden kann.

Bestellungen bitte an Pro Familia – Bundesgeschäftsstelle, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Cronstettenstraße 30, 6000 Frankfurt/Main 1.

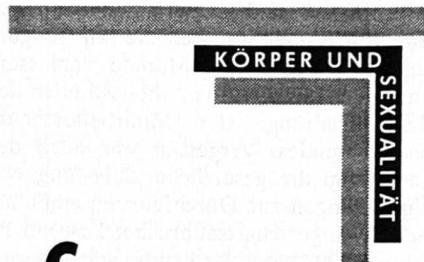
Zur Unterstützung der in der Aufbau- phase befindlichen Landesverbände und Beratungsstellen in den fünf neuen Bundesländern wurden spezielle Informationsmaterialien entwickelt.

Das Informationsplakat (1. Auflage 1991, 5000) macht den Namen Pro Familia bekannt, skizziert die Themen, zu denen Pro Familia Information und Beratung anbietet

und weist auf die nächstgelegene Beratungsstelle hin.

Das Plakat mit Pro Familia – Signet (1. Auflage 1991, 5000) ermöglicht mit seiner großen Freifläche individuelle Gestaltung und Werbung für spezielle Angebote und Veranstaltungen.

Das Faltblatt (1. Auflage 1991, 50000) stellt das Beratungsangebot der Pro Familia vor und kann auch zur Mitgliederwerbung eingesetzt werden.



SCHWANGERSCHAFTS- ABBRUCH

Was Sie wissen müssen –
Was Sie beachten sollten



PRO FAMILIA
Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung
und Familienplanung e.V.



Die Pille

PRO FAMILIA
Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung
und Familienplanung e.V.

PRO FAMILIA

Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e.V.
Cronstettenstraße 30, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon 069/55 09 01

INFORMATIONEN UND BERATUNG ZU:

Sexualität
Familienplanung
Verhütung
Schwangerschaft

Wir sind konfessionell nicht gebunden und parteiunabhängig.
Unsere Beraterinnen und Berater unterliegen der Schweigepflicht.
Unsere Informationsmaterialien erhalten Sie kostenlos.

IHRE NÄCHSTE KONTAKT- UND
BERATUNGSSTELLE

INFORMATIONEN UND BERATUNG ZU:

Sexualität
Familienplanung
Verhütung
Schwangerschaft

PRO FAMILIA

Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e.V.
Cronstettenstraße 30, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon 069/55 09 01

Mitgliederversammlung 1992

Die diesjährige Mitgliederversammlung des Pro Familia-Bundesverbands findet am 23./24. Mai 1992 im DAG-Technikum-Hotel in Würzburg-Heuchelhof statt. Zum 40jährigen Jubiläum wird die Mitgliederversammlung in eine öffentliche Vortragsveranstaltung und die eigentliche Mitgliederversammlung geteilt. Für den öffentlichen Teil sind Referentinnen zu den Themen Sexuelle Selbstbestimmung der Frau sowie Globale Entwicklungstendenzen und neue Verantwortlichkeiten der nicht-staatlichen Organisationen angefragt worden. Im internen Teil werden neben den Organisationsperspektiven des Bundesverbands die Neuwahlen zum Bundesvorstand im Zentrum stehen.

Wer Interesse hat, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen, wende sich bitte nachmittags zwischen 15.00 und 17.00 Uhr an Michael Altmann in der Bundesgeschäftsstelle (069/550901).

Pro Familia-Landesverbände

Baden-Württemberg:
Planckstraße 8
W-7000 Stuttgart 1
Telefon (0711) 461151

Bayern:
Türkenstraße 103/I
W-8000 München 40
Telefon (089) 399079

Berlin:
Ansbacher Straße 11
W-1000 Berlin 30
Telefon (030) 2139013

Brandenburg:
Heinrich-Mann-Allee 103
O-1580 Potsdam

Bremen:
Stader Straße 35
W-2800 Bremen
Telefon (0421) 443944

Hamburg:
Tesdorpfstraße 8
W-2000 Hamburg 13
Telefon (040) 44195322

Hessen:
Schichaustraße 3-5
W-6000 Frankfurt/Main 1
Telefon (069) 447061

Mecklenburg-Vorpommern:
c/o Uni, Insitut f. Sozialmed.
Leninallee 70
O-2500 Rostock
Telefon (81) 396960/74

Niedersachsen:
Am Hohen Ufer 3 A
W-3000 Hannover 1
Telefon (0511) 363608

Nordrhein-Westfalen:
Loher Straße 7
W-5600 Wuppertal 2
Telefon (0202) 2822-157

Rheinland-Pfalz/Saarland:
Schillerstraße 24
W-6500 Mainz
Telefon (06131) 236350

Sachsen:
Erich-Ferl-Str. 95
O-7050 Leipzig
Telefon (41) 61530

Sachsen-Anhalt:
im Gesundheitszentrum
Silberhöhe
W.-v.-Klewiz-Str. 11
O-4070 Halle
Telefon (46) 74110

Schleswig-Holstein:
Am Marienkirchhof 6
W-2390 Flensburg,
Telefon (0461) 86930

Thüringen:
Falkstr. 23
O-5300 Weimar

Pro Familia-V gesellschaft in

schon ein kleines Jubiläum: 45
fünf Jahre alt.

Nicht ohne Stolz können wir
rückblicken und freuen uns,
Unternehmen Fuß zu fassen
an der Stelle all jenen Menschen
die aufgebaut haben, ob in
Familia. Der positive Name des
Netz und Wohlwollen verschafft
Unser Kundenkreis ist das
tätigen, die Sexualpädagogik
zualbereich oder Schule tätig
teil abgeben oder verkaufen

Im Moment orientieren wir
tätigkeiten bauen wir aus, die
aufgegeben oder neu geordnet
talog widerspiegeln.

Drei neue Bücher wollen
Sielert, Uwe: *Sexualpädagogik*
für die Fortbildung von Multi-
20,-.

Christiansen, A., Linde, I
macht! 100 und 1 Idee zur Mä-
Garbe, Elke: *Martha*, Psyche
dem Mißbrauch, 144 S. ca. 1,-

In wenigen Wochen präsenti-
Aufklärungsvideo für 11-13-
siert mit mir? (Arbeitstitel) Z
ist die Pubertät und ihre Kör-
Min., Farbe, VHS, DM 49,-

Video für Jugendliche: *Sc-*
chentrückfilm für Jugendliche
Eltern. Ca. 20 Min. VHS, D
Beide Filme wurden von uns
möglich.

Anfragen, Anregungen un-
Pro Familia Vertriebsgesells-
Main, Tel. 069/252712.

Jubiläum am Rande

Seit März 1982, also seit genau
im Gerd J. Holtzmeier Verlag, de-
wurde. Als Verleger und Redaktör
ben, dem Magazin zu seiner heu-
den Frauen und Männern, die al-
hin bekannten Fachbuchreihe m-
haben. Auf gute weitere Zusam-

pro familia magazin

Sexualpädagogik und Familienplanung

Die einzige deutsch-
sprachige Zeit-
schrift für
Familienplanung
und Sexualberatung.
Alle zwei Monate
mit einem
Schwerpunktthema.

Bezugspreis: Im Abonnement DM
6,50 pro Heft (Ausland DM 7,-) ein-
schließlich Versandkosten und
MwSt. Ein Einzelheft kostet 6,50
DM zuzüglich Versandkosten.

Für Mitglieder der Pro Familia ist
der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Erscheinungsweise: 6 x jährlich (je-
weils Anfang Januar, März, Mai,
Juli, September und November).

pro familia magazin

Themen 1992

Heft 1 (Januar): „Sexualität und Religion“
Heft 2 (März): „40 Jahre Pro Familia“
Heft 3 (Mai): „Neue Keuschheit“
Heft 4 (Juli): „Kinderwunsch“
Heft 5 (September): „Europa“
Heft 6 (November): „Psychosomatik“

pro familia magazin

Erscheint alle 2 Monate

An: Gerd J. Holtzmeier Verlag
Weizenbleek 77, 3300 Braunschweig

Bitte, schicken Sie mir das „Ken-
nenlernpäckchen“ des *pro familia*
magazin (4 Hefte ab 1981 je nach
Lagerbestand) zum Kennenlern-
preis von DM 10,- (Schein/Scheck
beigefügt)

Name _____
Vorname _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Datum, Unterschrift _____

2/92

Übrigens: Pro Familia ist ein Mitgliederv
erheblichen Teil der Kosten aus eigenen
Wenn Sie Mitglied bei Pro Familia werden
sich an die Ihnen nächstgelegene Beratung
Sie dem zuständigen Landesverband.



Maja Langsdorff

Kleiner Eingriff – großes Trauma?

Schwangerschaftskonflikte,
Abtreibung und
die (seelischen) Folgen

Können Abtreibungen seelisch krankmachen? Immer wieder hört und liest man davon, daß Frauen, die ihre ungewünschte Schwangerschaft abbrechen lassen, Depressionen und andere psychische Probleme drohen. Das Risiko einer gefühlsmäßigen Irritation nach einer Abtreibung besteht tatsächlich, doch es ist nicht scheidungsbedingt. Meist sind die seelischen Schwierigkeiten, die Frauen „danach“ beklagen, hausgemacht oder zumindest durch eine Vielzahl von Faktoren provoziert. Manche Depression, manches Schuldgefühl und manches Absinken der Selbstachtung wäre vermeidbar, würden Mutterschaft einerseits und das „Nein“ zum Kind andererseits nicht unter ideologischen und moral-ethischen Aspekten zu Weltanschauungsfragen hochstilisiert. Entgegen allen anderslautenden Gerüchten haben nur wenige Frauen nach einem Schwangerschaftsabbruch – vorübergehend – seelische Beschwerden. Den meisten Frauen bleibt allerdings die Zeit „davor“ viel frischer und viel grausamer im Gedächtnis haften – die Zeit der Angst, der Konflikte, des Zeitdrucks, des Entscheidungszwangs, der Organisation. Das wird in diesem Buch dargelegt.

Broschur
ISBN 3-923722-39-7

180 Seiten
DM 26,80

Postvertriebsstück S 4483 F
Gebühr bezahlt
Gerd J. Holtzmeier, Verlag,
Weizenbleek 77,
3300 Braunschweig

Nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs: „Memmingen“ bleibt traurige Realität

Die Prozesse von Memmingen gegen Frauen und den Arzt Dr. Theissen werden vom Bundesgerichtshof im wesentlichen für rechters gehalten. Somit bleiben die Vorgänge von Memmingen traurige Realität und kein „Fehltritt“ der Justiz.

Demnächst werden Augsburger Richter eine Neuauflage von Memmingen zu verhandeln haben. Das macht diese Dokumentation erneut zur Pflichtlektüre.

„Im übrigen wäre es gut, wenn Männer, – soweit sie im Rechtsstaat dazu berufen sind, besonders behutsam über die Lage der Frauen urteilten.“

Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 24. Mai 1989

Die Verfahren gegen über 100 Frauen und das Urteil gegen den Memminger Frauenarzt Dr. Horst Theissen haben 1989 Aufsehen erregt wie kaum ein anderer Prozeß. In diesem Buch werden die Vorgänge um die Prozesse und die Reaktionen darauf ausführlich dokumentiert. Zum Beispiel:

- Fragen der Staatsanwaltschaft Memmingen zur Beschuldigtenvernehmung (Fragebogen der Kriminalpolizei)
- Plädoyers der Anwältinnen und Anwälte
- Urteile wegen Abbruchs einer Schwangerschaft
- Forderungen des Deutschen Juristinnenbundes zur Sicherung der 1976 erfolgten Reform des § 218 StGB
- Pressereaktionen

224 Seiten, DM 20,- ISBN 3-923722-36-2

In jeder guten Buchhandlung



Bücher aus dem Verlag, in dem auch das
„pro familia magazin“ alle zwei Monate erscheint.

Gerd J. Holtzmeier Verlag

Fordern Sie unseren Prospekt „Frauen-/Männer-Sexualität, Familienplanung, Beratung, Empfängnisverhütung“ an. Bücher aus dem Verlag, in dem auch alle zwei Monate das *pro familia magazin* erscheint.

Gerd J. Holtzmeier Verlag, Weizenbleek 77, 3300 Braunschweig

Beilagenhinweis: Einen Teil der Auflage dieser Ausgabe ist ein Informationsblatt des Versandhauses Sancho Pansa (Freiburg) beigelegt.